

# Landtag des Saarlandes

## 16. Wahlperiode



Pl. 16/51  
08.03.21

### 51. Sitzung

am 08. März 2021, 09.00 Uhr, in der Saarlandhalle  
Saarbrücken

Beginn: 09.05 Uhr  
Ende: 16.12 Uhr

#### **PRÄSIDIUM:**

Präsident Toscani (CDU)  
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)  
Zweiter Vizepräsident Heinrich (CDU)  
Dritte Vizepräsidentin Spaniol (DIE LINKE)  
Erste Schriftführerin Berg (SPD)  
Zweiter Schriftführer Thielen (CDU)  
Dritter Schriftführer Müller (AfD)

#### **REGIERUNG:**

Ministerpräsident, auch zuständig für die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technologie, Hans (CDU)  
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Rehlinger (SPD)  
Minister für Finanzen und Europa sowie Minister der Justiz Strobel (CDU)  
Minister für Inneres, Bauen und Sport Bouillon (CDU)  
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Bachmann  
Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Jost (SPD)  
Ministerin für Bildung und Kultur Streichert-Clivot

#### **Es fehlt:**

Abg. Ries (SPD)

Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung .....	3729	Abg. Lafontaine (DIE LINKE) zur Begründung der Anträge Drucksache 16/1611 und 16/1626.....	3740
Änderung der Tagesordnung .....	3729	Abg. Kuhn-Theis (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1628 - neu.....	3744
Redezeitordnung .....	3730	Abg. Dörr (AfD) zur Begründung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/1613 sowie des Antrages Drucksache 16/1622.....	3745
Persönliche Erklärung des Abgeordneten Hecker (fraktionslos) .....	3730	Abg. Commerçon (SPD).....	3747
Abg. Hecker (fraktionslos) Persönliche Erklärung.....	3730	Abg. Hecker (fraktionslos).....	3749
Abg. Thielen (CDU).....	3731	Abg. Wegner (CDU).....	3750
<b>Abgabe einer Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten Tobias Hans zum Thema „Entschlossen handeln - Perspektiven aufzeigen: Unsere Strategie gegen die dritte Corona-Welle“ .....</b>	<b>3732</b>	Abg. Dörr (AfD).....	<b>3752</b>
Ministerpräsident Hans.....	3732	Abg. Renner (SPD).....	3752
<b>5. Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Saarländischen COVID-19-Rechtsverordnungs-aufhebungsgesetzes (Drucksache 16/1613) .....</b>	<b>3740</b>	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1628 - neu, Annahme des Antrages .....	<b>3755</b>
<b>11. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Impf-Gerechtigkeit schaffen - Impf-Reihenfolge nach Alters-Jahrgängen sicherstellen (Drucksache 16/1611) .....</b>	<b>3740</b>	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1611, Annahme des Antrages .....	<b>3756</b>
<b>12. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Mehr verhältnismäßige Rücksicht auf Jugend, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundrechte und Freiheit wiederherstellen, Pflegebedürftige schützen (Drucksache 16/1622) .....</b>	<b>3740</b>	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1626, Ablehnung des Antrages .....	<b>3756</b>
<b>19. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion und der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland ist unverzichtbar (Drucksache 16/1628 - neu) .....</b>	<b>3740</b>	Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1613, Ablehnung .....	<b>3756</b>
<b>21. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Lockdown beenden - Öffnung unter klaren Hygieneschutz-Vorgaben wie in Österreich (Drucksache 16/1626) .....</b>	<b>3740</b>	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1622, Ablehnung des Antrages .....	<b>3756</b>
		<b>1. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Krisen meistern - berufliche und soziale Sicherheit von Frauen nachhaltig stärken (Drucksache 16/1624) .....</b>	<b>3756</b>
		<b>19. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Frauen in der Corona-Krise entlasten: Ungleichheit bei Einkommen beenden - Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen (Drucksache 16/1627) .....</b>	<b>3756</b>
		Abg. Heib (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1624.....	3756

Abg. Spaniol (DIE LINKE) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1627.....	3759	<b>4. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes Saarland (BQFG-SL) (Drucksache 16/1608) .....</b>	<b>3774</b>
Abg. Baltés (SPD).....	3761	Ministerin Bachmann zur Begründung.....	3774
Abg. Müller (AfD).....	3763	Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (SGFF) .....	3774
Abg. Berg (SPD).....	3765	<b>6. Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Schulpflichtgesetzes (Drucksache 16/1554) .....</b>	<b>3775</b>
Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1624, Annahme des Antrages .....	3767	Abg. Dörr (AfD) zur Begründung.....	3775
Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1627, Ablehnung des Antrages .....	3767	Abg. Becker (SPD).....	3775
<b>17. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (Drucksache 16/1625) .....</b>	<b>3767</b>	Abg. Spaniol (DIE LINKE).....	3777
Minister Bouillon zur Begründung.....	3767	Abg. Johann (CDU).....	3778
Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (IS) .....	3767	Abg. Dörr (AfD).....	3779
<b>2. Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Landtagswahlgesetzes (Drucksache 16/1587) .....</b>	<b>3768</b>	Abstimmung, Ablehnung in Erster Lesung	3780
Abg. Dörr (AfD) zur Begründung.....	3768	<b>7. Erste Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten ersten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Naturschutzgesetzes (Drucksache 16/1614 - neu) .....</b>	<b>3780</b>
Abg. Schäfer (CDU).....	3769	Abg. Döring (SPD) zur Begründung.....	3780
Abg. Georgi (DIE LINKE).....	3771	Abg. Georgi (DIE LINKE).....	3781
Abg. Zimmer (SPD).....	3771	Abg. Fretter (CDU).....	3782
Abstimmung, Ablehnung in Erster Lesung	3772	Abg. Dörr (AfD).....	3783
<b>3. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 vom 26. November 2019 (BGBl. I S. 1851) in der Fassung der Änderung durch das Gesetz zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes vom 03. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2675) (Zensusausführungsgesetz 2022) (Drucksache 16/1609) .....</b>	<b>3773</b>	Minister Jost.....	3783
Minister Strobel zur Begründung.....	3773	Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (UV) .....	3784
Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (HF) .....	3773	<b>8. Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Hochschulgesetzes und der Gesetze über die künstlerischen Hochschulen (Drucksache 16/1590) .....</b>	<b>3784</b>
		(Erste Lesung: 50. Sitz. v. 15. Februar 2021)	
		Abg. Renner (SPD), Berichterstatter....	3784

Abg. Spaniol (DIE LINKE).....	3784	Corona-Politik, der Weltfrauentag und der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zum LSVS.
Abg. Schmitt-Lang (CDU).....	3786	
Abg. Dörr (AfD).....	3787	Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu dieser Sitzung für heute, 09.00 Uhr, einberufen und die Ihnen bisher vorliegende Tagesordnung festgesetzt. Erlauben Sie mir einige geschäftsleitende Bemerkungen zu unserer Tagesordnung.
Abg. Renner (SPD).....	3787	
Abstimmung, Annahme in Zweiter und letzter Lesung .....	3788	
<b>18. Zweite Lesung des Gesetzes über den Einsatz der Informationstechnik bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Landesamtes für IT-Dienstleistungen (IT-Dienstleistungszentrum, IT-DILZ) (Drucksache 16/1480)</b> .....	3788	Ministerpräsident Tobias Hans hat mit Schreiben vom 05. März 2021 mitgeteilt, dass er beabsichtige, in der heutigen Sitzung eine Regierungserklärung zu dem Thema „Enschlossen handeln - Perspektiven aufzeigen: Unsere Strategie gegen die dritte Corona-Welle“ abzugeben.
(Erste Lesung: 44. Sitzung v. 11. November 2020)		Die Landtagsfraktion DIE LINKE hat zum Thema Corona den Antrag betreffend „Impf-Gerechtigkeit schaffen - Impf-Reihenfolge nach Alters-Jahrgängen sicherstellen“, Drucksache 16/1611, eingebracht. Das ist Punkt 11 unserer Tagesordnung.
Abg. Zimmer (SPD), Berichterstatter...	3788	Die AfD-Landtagsfraktion hat zum Thema Corona ein „Saarländisches COVID-19-Rechtsverordnungs-aufhebungsgesetz“, Drucksache 16/1613, eingebracht, das als Tagesordnungspunkt 5 ausgewiesen ist.
Abstimmung, Annahme in Zweiter und letzter Lesung .....	3789	
<b>9. Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses „System der Sportförderung im Saarland“ (Drucksache 16/1621)</b> .....	3789	Außerdem hat die AfD-Landtagsfraktion den Antrag betreffend „Mehr verhältnismäßige Rücksicht auf Jugend, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundrechte und Freiheit wiederherstellen, Pflegebedürftige schützen“, Drucksache 16/1622, eingebracht. Das ist Tagesordnungspunkt 12.
Abg. Heib (CDU), Berichterstatterin.....	3789	
Abg. Flackus (DIE LINKE).....	3790	Das Erweiterte Präsidium ist übereingekommen, dass dieses Gesetz und die beiden Anträge im Rahmen der Aussprache zur Regierungserklärung eingebracht beziehungsweise begründet und beraten werden. Hierfür ist ein Grundredezeitmodul vorgesehen.
Abg. Wagner (CDU).....	3793	
Abg. Müller (AfD).....	3795	
Abg. Berg (SPD).....	3796	Herr Ministerpräsident Tobias Hans hat mit Schreiben vom 02. März 2021 das Gesetz zur Änderung des Saarländischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes, Drucksache 16/1625, eingebracht. Es wurde interfraktionell vereinbart, dass dieses Gesetz heute ohne Aussprache in der Ersten Lesung behandelt werden soll.

**Präsident Toscani:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne unsere heutige Plenarsitzung und darf Sie sehr herzlich willkommen heißen. Es ist die 51. Plenarsitzung der laufenden Legislaturperiode. Es handelt sich heute nicht um eine Sondersitzung, sondern wir haben die für vergangenen Mittwoch geplante Sitzung auf den heutigen Tag verlegt. Wir haben das getan, weil wir Rücksicht auf das Ministerpräsidententreffen mit der Bundeskanzlerin genommen haben und um die Ergebnisse dieses Treffens heute beraten zu können. Schwerpunkte der heutigen Sitzung sind einmal mehr die

Wer für die Aufnahme des Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung und Beratung in Erster Lesung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass dieses Gesetz als Punkt 17 in die Tagesordnung aufgenommen ist. Wir behandeln es entsprechend unserer üblichen Systematik im Anschluss an Tagesordnungspunkt 1.

**(Präsident Toscani)**

Der Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung hat in seiner Sitzung am 25. Februar 2021 abschließend über das Gesetz über den Einsatz der Informationstechnik bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Landesamtes für IT-Dienstleistungen (IT-Dienstleistungszentrum, IT-DLZ), Drucksache 16/1480, beraten. Er schlägt dem Plenum für die heutige Sitzung die Annahme des Gesetzes in Zweiter und letzter Lesung vor.

Wer für die Aufnahme des Gesetzes über den Einsatz der Informationstechnik bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Landesamtes für IT-Dienstleistungen auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung und für die Beratung in Zweiter Lesung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass das Gesetz als Punkt 18 in die Tagesordnung aufgenommen ist. Entsprechend unserer üblichen Systematik behandeln wir es im Anschluss an die Ersten Lesungen der neu eingebrachten Gesetze nach Tagesordnungspunkt 8.

Die Fraktionen der CDU, SPD und DIE LINKE haben einen zur Regierungserklärung korrespondierenden Antrag eingebracht, nämlich den Antrag betreffend „Die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland ist unverzichtbar“, Drucksache 16/1628. Wer dafür ist, dass wir diesen Antrag als Punkt 19 in die Tagesordnung aufnehmen, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag als Punkt 19 in die Tagesordnung aufgenommen ist und im Rahmen der Aussprache zur Regierungserklärung behandelt wird.

Die Fraktion DIE LINKE hat zur Regierungserklärung einen weiteren korrespondierenden Antrag eingebracht. Der Titel des Antrags lautet „Lockdown beenden - Öffnung unter klaren Hygieneschutz-Vorgaben wie in Österreich“, Drucksache 16/1626.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend „Krisen meistern - Berufliche und soziale Sicherheit von Frauen nachhaltig stärken“, Drucksache 16/1624, hat die Landtagsfraktion DIE LINKE mit der Drucksache 16/1627 den korrespondierenden Antrag betreffend „Frauen in der Coronakrise entlasten: Ungleichheit bei Einkommen beenden - Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen“ eingebracht.

Wer dafür ist, dass die beiden Anträge der LINKEN, Drucksachen 16/1626 und 16/1627, als Punkte 20 und 21 in die Tagesordnung aufgenommen werden, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass die Anträge als Punkte 20 und 21 in

die Tagesordnung aufgenommen sind. Punkt 20 wird gemeinsam mit Punkt 1 beraten, Punkt 21 wird im Rahmen der Aussprache zur Regierungserklärung behandelt.

Um die umfangreiche Tagesordnung in angemessener Frist abarbeiten zu können, haben sich die Fraktionen im Erweiterten Präsidium auf folgende Redezeitvereinbarung verständigt. Mit je einem Grundredezeitmodul soll die Aussprache zu folgenden Punkten durchgeführt werden: zur Regierungserklärung, zum heutigen Schwerpunktthema Weltfrauentag und zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses „System der Sportförderung im Saarland“. Die weiteren Tagesordnungspunkte, bei denen Aussprachebedarf besteht, sollen mit je einem halben Grundredezeitmodul debattiert werden. Für die Beratung der Änderung des Naturschutzgesetzes und der Tagesordnungspunkte, die bereits in vorangegangenen Sitzungen behandelt worden sind, ist ein Viertel Redezeitmodul vereinbart. Sollte die Plenarsitzung bis heute Nachmittag um 15.30 Uhr noch nicht beendet sein, werden alle dann noch offenen Tagesordnungspunkte auf die nächste Plenarsitzung verschoben. Besteht Einvernehmen über die heutige Strukturierung der Sitzung, wie ich sie eben vorge tragen habe? - Es regt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegt mir ein Antrag des fraktionslosen Abgeordneten Hecker vor. Er möchte gemäß § 42 Geschäftsordnung vor Eintritt in die Tagesordnung zum Thema der Tagesordnung unserer heutigen Sitzung eine persönliche Erklärung abgeben. Ich darf dem Kollegen Hecker dazu das Wort erteilen.

**Abg. Hecker (fraktionslos):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Das Erweiterte Präsidium hat mir durch die Verwaltung mitteilen lassen, dass mein Antrag „Automobilstandort Saarlouis - Perspektiven bieten, neue Chancen nutzen“ nicht in die Tagesordnung für die heutige Sitzung aufgenommen wurde. Gegen diese Übereinkunft des Erweiterten Präsidiums - Beschlüsse darf dieses Gremium überhaupt nicht fassen - möchte ich an dieser Stelle schärfstens protestieren. Es handelt sich um ein hochaktuelles und brisantes Thema, das ganz sicher nicht nur die um ihre Zukunftsperspektive bangenden Ford-Mitarbeiter interessiert, es geht hier auch um etwas anderes. Es geht nämlich darum, wie mit einem Mitglied des Landtages umgegangen wird.

Das Erweiterte Präsidium hat mir im Sommer mitgeteilt, dass ich das Recht hätte, in jeder Landtagssitzung einen Tagesordnungspunkt zu setzen. Dass man nun übereingekommen ist, einem frei gewählten Abgeordneten dieses Recht nach Gutsherrenart wieder zu entziehen, stellt einen Tiefpunkt in der de-

**(Abg. Hecker (fraktionslos))**

mokratischen Geschichte des saarländischen Landtags dar. Ich möchte betonen, dass ich in der Vergangenheit immer bereit war, Kompromisse zu schließen, wenn der Wunsch aus dem Erweiterten Präsidium an mich herangetragen wurde. Wenn nun aber einfach fristgerecht beantragte Tagesordnungspunkte gestrichen werden, ohne überhaupt den Versuch zu unternehmen, mit dem Antragsteller einen Kompromiss zu erreichen, beziehungsweise wenn überhaupt nicht mit dem Antragsteller vor dieser Entscheidung gesprochen wird, stellt es eine grobe Missachtung der Rechte eines Mitgliedes dieses Hohen Hauses dar. Den Gipfel der Unverschämtheit stellt dann die kolportierte Begründung dar: Der Landtag soll in Corona-Zeiten doch nicht länger als sechs Stunden tagen. - Ich frage Sie: Wie wollen Sie einem Saarländer, der täglich acht, zehn oder mehr Stunden arbeitet, erklären, dass der Landtag in seinem Elfenbeinturm, der in der größten verfügbaren Halle im Land tagt, alle noch so strengen Hygieneregeln problemlos einhalten kann und dem vor allen anderen kostenlose Selbsttest zur Verfügung gestellt wurden, nicht länger als sechs Stunden am Stück arbeiten kann? - Das ist absurd! Es zeugt von einer ungeheuren Abgehobenheit eines elitären Zirkels.

(Abg. Funk (CDU): Was Sie sagen, ist falsch!)

Ich fordere Sie auf, Herr Präsident, dafür zu sorgen, dass die Rechte aller Abgeordneten - und Sie haben betont, dass Sie der Präsident aller Abgeordneten sein wollen - gewahrt und respektiert werden. Es soll in diesem Land sogar Parlamente geben, die zwei oder drei Tage am Stück tagen. Warum sollte so etwas bei uns nicht möglich sein?

Für den Fall, dass das Erweiterte Präsidium mir künftig noch einmal einen Antrag von der Tagesordnung streicht, werde ich mir juristischen Beistand suchen und auf anderem Weg meine Rechte einfordern. Ich setze für den Moment jedoch darauf, dass das nicht nötig sein wird und die Selbstreinigungskräfte dieses Hohen Hauses stark genug sind, parlamentarische Rechte frei gewählter Abgeordneter zu schützen.

(Beifall bei der AfD.)

**Präsident Toscani:**

Da es sich in der Sache um eine Debatte zur Tagesordnung handelt, gebe ich den anderen Fraktionen die Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Zu Wort gemeldet hat sich der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion Stefan Thielen.

(Aufgrund der durch die Corona-Pandemie notwendigen Hygienemaßnahmen wird das Rednerpult bei jedem Rednerwechsel desinfiziert und die Mikrofon-Schaumstoffhülle gewechselt.)

**Abg. Thielen (CDU):**

Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Hecker, ich muss sagen, normalerweise sind Geschäftsordnungsanträge sachlich und in einer Art und Weise zu begründen, dass man argumentieren kann, wie das Ganze vorgeht. In der Art und Weise, wie Sie hier heute agiert haben, bin ich persönlich betroffen, weil alles, was Sie gesagt haben, nicht der Wahrheit entspricht und Sie den Landtag in ein Licht rücken, das ihm nicht gerecht wird.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Bei allen politischen Meinungsverschiedenheiten können wir gerade für den Landtag im Saarland sagen, dass wir bei allen wichtigen Themen konsensual und kollegial zusammenarbeiten. Für uns steht immer im Fokus, dass wir keine Minderheitenrechte beschneiden. Das hat immer im Fokus gestanden und davon rücken wir auch nicht ab, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Es spielt keine Rolle, ob es dabei um das Thema Redezeiten, Abläufe oder Umgang mit Kollegen geht. In allen Fällen, in denen Sie Anträge gestellt haben, sind wir Ihnen entgegengekommen. Wir haben mit Ihnen geredet und wir haben Ihre Anträge meist auf die Tagesordnung gesetzt - egal, ob es in den Ausschüssen oder in den Plenarsitzungen war. Wir haben bei Ihnen als fraktionslosem Abgeordneten keinen Unterschied gemacht! Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal ganz besonders betone.

Mich stört, dass Sie hier mit falschen Argumenten agieren. Das kann man nicht einfach so stehen lassen. Es geht nicht darum, dass wir um 15.00 Uhr den Betrieb einstellen wollen - ganz im Gegenteil. Die Tagesordnung ist sehr voll und für alle Themen, die sich heute auf der Tagesordnung befinden, ist es notwendig, dass sie heute debattiert und beschlossen werden. Wir haben mit Ihnen gesprochen und Ihnen signalisiert, dass wir diesen Antrag, der natürlich für das Saarland wichtig ist, beim nächsten Mal besprechen wollen. Es gibt momentan keine aktuellen Punkte zu Ihrem Antrag, die hier besprochen werden müssen. Deswegen haben wir uns darauf verständigt, dass wir ihn beim nächsten Mal debattieren.

Die Worte wie „Säuberung“, die Sie benutzt haben, gehören nicht an diese Stelle. Der Wortschatz, den Sie verwendet haben, wird dem Landtag nicht gerecht. Ich weise dies in aller Deutlichkeit zurück.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich möchte an Sie appellieren, zur Sachlichkeit zurückzukehren und solche Unterstellungen zu unterlassen. Ich denke, ich spreche damit auch für den Großteil der Kollegen. - Vielen Dank.

(Abg. Thielen (CDU))

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

**Präsident Toscani:**

Der Kollege Hecker hat eine Kurzintervention signalisiert. Ich darf allerdings darauf hinweisen, dass zu persönlichen Bemerkungen und zu Geschäftsordnungsdebatten keine Kurzinterventionen zugelassen sind, sondern nur zu normalen Tagesordnungspunkten.

Weil keine sonstigen Wortmeldungen vorliegen, beginnen wir mit unserer Tagesordnung. Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Tobias Hans das Wort zur Abgabe seiner Regierungserklärung mit dem Titel:

**„Entschlossen handeln - Perspektiven aufzeigen: Unsere Strategie gegen die dritte Corona-Welle“**

**Ministerpräsident Hans:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Am Internationalen Frauentag vor allem: Sehr geehrte Kolleginnen Abgeordnete! Herr Kollege Ulrich Commerçon hat Rosen an die Frauen verteilen lassen. Das ist eine sehr schöne Geste, aber gleichzeitig wird auch deutlich, dass in diesem Parlament noch zu wenig Frauen sind. Das muss besser werden.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Saarländerinnen und Saarländer, ist es wichtig, dass wir uns den Sachthemen widmen. Ich werde heute wieder eine Regierungserklärung zur aktuellen Corona-Thematik einbringen.

Vor gut einem Jahr, am 03. März 2020, hatten wir den ersten nachgewiesenen Corona-Fall im Saarland. Damals ahnte noch kaum jemand, wie sehr und wie lange uns diese Pandemie im Griff haben würde. Auch heute, ein Jahr später, können wir nicht verlässlich ein Ende der Pandemie, ein Ende der Sorgen und Nöte, ein Ende der zahlreichen Beschränkungen, ein Ende der extremen Durststrecke für viele Unternehmen, Gewerbetreibende, Beschäftigte und Kulturschaffende voraussagen.

Zwei widerstreitende Kräfte bestimmen derzeit den Pandemieverlauf. Auf der einen Seite sind das unsere Instrumentarien zur Pandemiebekämpfung, mit denen wir das Infektionsgeschehen reduzieren wollen. Auf der anderen Seite steht das Coronavirus, das - wie wir derzeit sehen - in immer wieder mutierten Varianten zur Ausbreitung drängt und die Infektionen erneut nach oben treibt.

Zu unseren Instrumentarien gehört zunächst die Kontaktbeschränkung in Verbindung mit Hygienemaßnahmen. Mit diesem Instrument ist es uns ge-

lungen, die erste Welle im vergangenen Jahr fast zum Erliegen zu bringen. Sie hat auch in dieser zweiten Welle das Infektionsgeschehen maßgeblich reduziert. Wie jede Therapie hat aber dieses Mittel Nebenwirkungen. Diese Nebenwirkungen sind für viele sehr schmerzhaft. Sie belasten den Alltag der Menschen, vor allem in seiner sozialen Dimension. Sie führen bei vielen Unternehmen und Kultureinrichtungen zu großen Existenzängsten. Das wird an mich herangetragen und Sie als Abgeordnete spüren das tagtäglich. Diese Nebenwirkungen beeinträchtigen die Bildung junger Menschen. Sie stellen uns nicht zuletzt in eine verfassungsrechtliche Extremsituation. Nie in der Geschichte der Bundesrepublik mussten Grundrechte so massiv eingeschränkt werden wie während dieser Pandemie.

Deshalb müssen wir dieses Instrumentarium immer wieder auf den Prüfstand stellen und seine Verhältnismäßigkeit hinterfragen. Ich nehme für uns in Anspruch, dass wir dies stets getan haben. Wir haben im Frühjahr letzten Jahres nach Abflauen der Pandemie Schritt für Schritt gelockert und vor allem auch das Versammlungs- und Demonstrationsrecht früh wieder freigegeben. Wir haben es zu Beginn der zweiten Welle im November mit einem leichten Lockdown versucht - mit verhältnismäßig geringfügigen Einschränkungen. Das hat sich leider als unzureichend erwiesen, sodass wir uns, um ein erneutes exponentielles Infektionswachstum zu vermeiden, schärfere Kontaktbeschränkungen auferlegen mussten.

Ein weiteres Instrumentarium, das uns seit Ende letzten Jahres zur Verfügung steht, sind die Impfungen. Es ist schon fast selbstverständlich geworden, dass wir darüber reden, obwohl wir vor einem Jahr nie geglaubt hätten, dass wir so schnell Impfungen zur Verfügung hätten. In Rekordzeit wurden mehrere Impfstoffe entwickelt, die nach anfänglichen Startschwierigkeiten - das muss man an dieser Stelle einräumen - nun mehr und mehr zum Einsatz kommen. Bis jetzt sind im Saarland insgesamt mehr als 90.000 Dosen verimpft worden. Alle Bewohner von Pflegeeinrichtungen haben ihre Erstimpfung erhalten, etwa die Hälfte ihre Zweitimpfung. Bis unsere Impfkampagne in der Masse der Bevölkerung - und darauf kommt es in der Bekämpfung der Pandemie an - spürbare Wirkungen zeigt, wird es aber noch dauern. Bei den vulnerablen Gruppen, vor allem bei den über 80-Jährigen, deuten sich allerdings schon Erfolge der Impfungen in Kombination mit den Testungen an: Lag der Anteil der über 80-Jährigen an den Neuinfizierten vor wenigen Wochen noch bei über 13,4 Prozent, so beträgt er heute rund 6 Prozent. Der Anteil hat sich also mehr als halbiert. Das, meine Damen und Herren, sind doch sehr gute Nachrichten.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

**(Ministerpräsident Hans)**

Das dritte Instrument sind schließlich regelmäßige Testungen in der gesamten Breite der Bevölkerung. Ähnlich wie bei den Impfungen stehen uns die Antigen-Schnelltests erst jetzt in hinreichender Menge zur Verfügung, sodass man es für Gesamtdeutschland in Angriff nehmen kann.

Alles in allem verfügen wir somit heute über eine weitaus breitere Palette an Möglichkeiten zur Pandemie-Bekämpfung als vor einem Jahr. Wir werden das bestmöglich nutzen, nicht nur, um das Infektionsgeschehen weiterhin unter Kontrolle zu halten, sondern auch - das ist für die Menschen eine ganz wichtige Botschaft - um uns bei den Kontaktbeschränkungen mehr Freiräume erlauben zu können. Das ist wichtig für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Schließlich - und das stimmt mich durchaus hoffnungsvoll - erwarten wir uns aufgrund der Impfungen einen signifikanten Rückgang bei den schweren Krankheitsverläufen und Todesfällen sowie eine deutliche Entlastung unserer Intensivstationen. Es ist über das letzte Jahr unsere allergrößte Sorge gewesen, dass uns in den Intensivstationen der Kollaps droht. Dadurch verliert die Pandemie, falls sich unsere Erwartungen erfüllen, gewaltig an Schrecken.

Das heißt aber nicht - das will ich auch deutlich machen -, dass von jetzt an die Infektionszahlen an Bedeutung verlieren. Erstens würde ein erneutes exponentielles Wachstum der Infektionen zu vermehrten schweren Verläufen auch in jüngeren Altersgruppen führen. Es wird immer angeführt, dass es nur die Alten betrifft. Das ist nicht der Fall, denn COVID-19 ist nicht nur für ältere Menschen eine ernsthafte oder gar tödliche Krankheit. Reden Sie mit den Expert\*innen auf den Intensivstationen, ganz zu schweigen von den Langzeitschädigungen - Stichwort Long-COVID, die wir noch gar nicht alle kennen und vor denen auch die asymptomatisch Erkrankten nicht sicher sind. Man muss nach einem Jahr Pandemie eingestehen, dass wir noch längst nicht alles über diese Erkrankung wissen.

Mindestens genauso wichtig ist aber ein weiterer Aspekt und damit wäre ich bei der anderen widerstrebenden Kraft im Infektionsgeschehen. Das ist das Virus in seiner ganzen tückischen Natur. Diejenigen, die meinen, die Inzidenzen, also die Zahl der Neuinfektionen, seien nebensächlich, möchte ich auf folgenden Zusammenhang hinweisen: Je größer die Zahl der Infektionen und je länger die Dauer der Pandemie, desto mehr wächst die Wahrscheinlichkeit von Mutationen. Einige der daraus entstehenden Varianten sind weitaus gefährlicher als die Basis-Variante - sei es, weil sie leichter übertragbar sind, sei es, weil sie schwerere Krankheitsverläufe hervorbringen, oder beides zusammen. Das ist im Übrigen nicht der Corona-Pandemie eigen, es ist bei vielen Pandemie der Fall. Sie können gefährlicher sein als die Basis-Variante. Das merkt man gerade

bei der südafrikanischen Variante, bei der man viele Beispiele nennen kann. Wir sehen das etwa in Einrichtungen, die der Pflege dienen. Dort, wo die südafrikanische Variante Einzug gehalten hat, erkranken die Menschen, obwohl die gleichen Schutzmaßnahmen wie noch vor einem halben Jahr angewandt werden. So sieht man, dass sie ansteckender oder geeigneter ist, schwerwiegendere Krankheitsverläufe mit sich zu bringen. Damit haben wir es aktuell zu tun.

Solche Mutanten verbreiten sich auch in Deutschland. Ihr Anteil an allen Infektionen beträgt laut den Schätzungen von Professor Lehr und seinem Team von der Universität des Saarlandes bereits um die 50 Prozent. Dominant ist hierzulande die britische Variante. Diese Mutanten dürften auch der Grund dafür sein, dass die Zahl der Neuinfektionen, die 7-Tage-Inzidenzen und auch der R-Wert bundesweit seit Mitte Februar wieder ansteigen.

Bei unseren Nachbarn im Département Moselle verbreitet sich zurzeit die südafrikanische Variante deutlich stärker als andernorts. Dort ist die 7-Tage-Inzidenz auf einen Wert von über 300 gestiegen. Diese Variante haben wir nun auch vermehrt - das liegt in der Natur der Sache - bei uns im Saarland. Dabei ist es keineswegs ausgeschlossen, dass weitere gefährliche Varianten entstehen, die etwa den Immunschutz einer bereits durchgemachten Corona-Infektion umgehen und damit eine bereits erworbene Herdenimmunität wieder zunichtemachen können. Das hat man genauso in Südafrika gesehen. Genauso ist diese Variante entstanden. Es gab eine Bevölkerung, die besonders stark durchseucht gewesen ist. Dann hat die Variante die Hürde der Immunisierung der Bevölkerung übersprungen und hat zu neuen Erkrankungen geführt.

All das mahnt uns weiterhin zu äußerster Vorsicht. All das mahnt uns weiterhin zu möglichst weitgehenden Kontaktbeschränkungen, dies umso mehr, als wir in den kommenden Wochen mit weiter ansteigenden Fallzahlen rechnen müssen. Professor Lehr rechnet bei allzu leichtfertigen Lockerungen und allzu großer Unachtsamkeit für den Monat April wieder mit 7-Tage-Inzidenzen von über 200.

Wir stehen also erneut vor einer großen Herausforderung. Vor der Herausforderung, einerseits das Pandemiegeschehen auch mit den neuen Varianten unter Kontrolle zu halten, andererseits aber auch dem dringenden und - das will ich deutlich machen - verständlichen Bedürfnis nach mehr Freiräumen ein Stück weit nachzukommen. Dies meine Damen und Herren, ist uns ein sehr ernsthaftes Anliegen. Dafür müssen wir aber alles aufbieten, was wir an Instrumentarien jenseits der Kontaktbeschränkungen mobilisieren können.

Es wird in den kommenden Wochen ein Ringen sein zwischen beiden die Pandemie bestimmenden Kräf-



(Ministerpräsident Hans)

ten: der Einsatz dieser Instrumentarien einerseits, die Aggressivität des SarsCov-2-Virus andererseits. - Dabei sehe ich durchaus Chancen, dass wir eine dramatische Entwicklung wie in Großbritannien oder in Portugal vermeiden können. In diesen Ländern war es so, dass die neue Variante sich aus einer Phase weitgehender Lockerungen heraus verbreitete. Sie haben das Pech gehabt, dass sie gelockert haben, als die Varianten gerade angegriffen haben. Bei uns vermehren sich diese Varianten in einer Phase des Lockdowns. Deswegen wollen wir die Phase des Lockdowns auch nicht verlassen - Herr Kollege Lafontaine hat einen entsprechenden Antrag eingebracht. Wir wollen nicht aufs Spiel setzen, das uns Ähnliches passiert. Mit diesem Lockdown kann es uns gelingen, auch diese Varianten unter Kontrolle zu halten.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Darüber waren wir uns auch in der Ministerpräsident\*innen-Konferenz mit der Bundeskanzlerin alleinig. Und das tragen, wie Sie wissen, auch alle an den Landesregierungen beteiligten Parteien mit, also die Union, die SPD, die GRÜNEN, die FDP und die Linkspartei. Von daher appelliere ich wirklich eindringlich an alle Akteure: Wir haben jetzt lange Zeit durchgehalten, wir haben lange Zeit Verantwortung gezeigt - dies keineswegs allein als Landesregierung, sondern als Gesellschaft insgesamt. Das gilt selbstverständlich auch für das gesamte Parlament, ich will da niemanden ausnehmen. Wir müssen jetzt auch die nächsten Monate, bis der Impferfolg eintritt, weiter verantwortungsbewusst agieren. Wir dürfen diesen hart erarbeiteten Erfolg nicht gefährden. Er ist ja nicht durch uns, die wir hier sitzen, hart erarbeitet worden. Es ist für den Erfolg ja gleichgültig, ob wir hier acht, neun oder zehn Stunden sitzen. Hart erarbeitet wurde er durch die Menschen, die sich an die Vorgaben, die wir ihnen aufgebürdet haben, gehalten haben.

Er wurde erarbeitet von der Wirtschaft, die sich angestrengt hat, trotz der Beschränkungen auch noch ein bisschen Geld zu verdienen, wo immer das möglich war, und so staatliche Zuschüsse zu vermeiden. Es ist ja keineswegs der Traum eines jeden Unternehmers, nun plötzlich ein bisschen staatlichen Zuschuss abzuholen. Man muss sagen: Gerade im Einzelhandel ist es doch so, dass die Leute nicht zu Hause herumgelegen haben. Sie haben vielmehr in ihren Geschäften gesessen und darauf gewartet, dass irgendjemand zwecks Click-and-Collect die Tür reinkommt. Sie haben das getan, um eben nicht nur auf die Hilfen angewiesen zu sein, meine Damen und Herren!

Es wäre auch angesichts dessen geradezu absurd und widersinnig, würde man jetzt, zu diesem Zeitpunkt, das Ganze abbrechen. Das werden wir nicht machen. Gefährden wir nicht den Erfolg! Verlieren wir jetzt nicht die Nerven! Ich weiß, der Druck ist

groß und auch verständlich. Dennoch sollten wir keine falschen Erwartungen wecken. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe hier in diesem Hohen Hause, die dritte Pandemie-Welle zu vermeiden. Denn nichts ist schädlicher - auch für unsere Betriebe, auch für unsere Unternehmen - als ein fortgesetztes Rein und Raus aus dem Lockdown. Das wollen wir wirklich nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Deswegen haben wir in der MPK am letzten Mittwoch vereinbart, dass wir grundsätzlich an den Maßnahmen festhalten werden. Sie werden verlängert. Klar ist uns aber auch: Viele Menschen kommen nunmehr angesichts der bestehenden Belastungen an ihre Grenzen. Das hat gar nichts damit zu tun, dass man jetzt kapitulieren würde. Das hat gar nichts damit zu tun, dass man sagen würde, man sehe die Dinge plötzlich anders, weil es nicht mehr schön sei. Nein, die menschliche, die soziale Komponente spielt eben bei einem lange andauernden Lockdown eine Rolle! Man braucht also nicht etwa wegen der Entwicklung der Pandemie, sondern wegen des sozialen Drucks eine entsprechende Lockerung. Andernfalls droht die Gefahr, dass die Geduld und die Disziplin allmählich erodieren, dass nach Lücken in unseren Rechtsverordnungen gesucht wird, dass man mehr und mehr die Corona-Auflagen umgeht und dass man auf diese Art sozusagen unter dem Radar den Boden für die verstärkte Verbreitung des Corona-Virus bereitet. Das gilt es zu vermeiden, und das gelingt nur durch eine maßvolle Politik.

Vor diesem Hintergrund haben wir die behutsamen Lockerungsschritte vereinbart und auch Perspektiven für weitere Öffnungen skizziert. Ich betone: Das alles muss - andernfalls wäre das nicht zu verantworten - einhergehen mit einer deutlich beschleunigten Impfkampagne und einem weit ausgerollten Testkonzept. Ich glaube fest daran: Nur mit einem weit ausgerollten Testkonzept gelingt das. Ja, da waren andere vorbildlich; auch hier im Parlament wurde darauf hingewiesen, dass man in Luxemburg vorbildlich testet, im weltweiten Maßstab vorbildlich testet. Das heißt ja nun nicht, dass alles vorbildlich wäre, was man in Luxemburg macht. Das Testen jedenfalls ist aber sehr gut. Daran müssen wir uns ein Beispiel nehmen. Deswegen werden wir im Saarland alles dafür tun - ich werde dazu gleich noch ausführen -, um an dieser Stelle noch etwas zuzulegen. Denn je mehr wir bei den Kontaktbeschränkungen wegnehmen, desto mehr müssen wir auf dieser Seite zulegen, meine Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vor diesem Hintergrund haben wir im Saarland zu Beginn der vergangenen Woche schon einige Lockerungen vorgenommen. Das betrifft die Friseurinnen und Friseure, es betrifft die Gärtnereien und Gartencenter, es betrifft bestimmte Bereiche bezüg-

**(Ministerpräsident Hans)**

lich der Fahr- und der Musikschulen. Auch darf der Einzelhandel nach vorheriger Terminvergabe Kunden einzeln in seine Räume lassen.

Auch die schrittweise Rückkehr in den Präsenzunterricht an den Schulen ist im Gange. Dabei haben wir beim Start der Grundschulen 110.000 Test-Kits ausgeliefert, sodass dort regelmäßige Testungen gewährleistet werden können. Ich kann Ihnen sagen: Es wird auch bundesweit sehr beachtet, wie wir im Saarland diese regelmäßigen Testungen durchführen. Wir sind diesbezüglich im bundesweiten Vergleich wirklich ganz vorne dabei. Das Gleiche gilt bei den weiterführenden Schulen für den sukzessiven Start des Wechselunterrichts; auch diesen werden wir an Testkonzepte knüpfen. Allein schon dadurch werden wir sehr viel mehr testen, als es andere Bundesländer in diesen Bereichen machen, meine Damen und Herren.

Zusätzlich zu diesen Öffnungen haben wir jetzt auch die harte Beschränkung privater Kontakte wieder etwas zurückgenommen. Das ist für viele Familien und für viele Menschen, die noch einmal Freunde sehen wollen, eine wichtige, eine erleichternde Botschaft: Ab heute sind im Saarland private Zusammenkünfte eines Haushalts mit bis zu zwei weiteren Haushalten möglich, soweit die Zahl von insgesamt fünf Personen - das ist eine Zahl, an die wir uns ja schon gewöhnt haben - nicht überschritten wird. Kinder bis 14 Jahre sind erneut ausgenommen, was für Familien mit Kindern ganz wichtig ist. Wichtig ist auch die Botschaft, dass zwei dieser insgesamt drei Haushalte in einer familiären Beziehung zueinander stehen müssen. Wir haben hier im Saarland Wert darauf gelegt, dass die Familie besonders berücksichtigt wird. Diesbezüglich hatten wir im vergangenen Jahr hier im Land auch einschlägige Rechtsprechung.

Um ein Rückfall-Szenario zu haben, falls sich die Zahlen in die falsche Richtung entwickeln sollten, haben wir eine Notbremse eingeführt: Steigt die 7-Tage-Inzidenz an drei aufeinanderfolgenden Tagen auf mehr als 100, treten ab dem zweiten darauffolgenden Werktag die Regeln, die bis zum 07. März gegolten haben, wieder in Kraft. Vor diesem Hintergrund bleibt es bei der Botschaft, die immer wieder zu vermitteln ist: Auch wenn man sich nun wieder mit mehr Menschen treffen kann - und es wird sicherlich dringend notwendig sein, das hie und da zu tun; als Familienvater kann ich gut nachvollziehen, wie das an einem nagt -, muss man die Möglichkeiten nicht immer zur Gänze ausschöpfen. Nur wenn wir auch weiterhin die Kontakte freiwillig auf das nötige Maß reduzieren, werden wir es schaffen, dass diese Notbremse im Saarland - hoffentlich! - nie greifen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Neu ist auch, dass nun bundesweit Blumenläden, Gartenmärkte, körpernahe Dienstleistungen, Fahrschulen, aber auch Buchhandlungen unter strengen Hygiene- und Abstandsregeln tätig werden beziehungsweise öffnen können. Insoweit haben wir durch bundesweite Regelungen eine Harmonisierung herbeigeführt. Darüber hinaus haben wir in unserer neuen Rechtsverordnung festgelegt, insoweit ebenfalls anpassend an den Beschluss der Ministerpräsident\*innen-Konferenz, dass auch Ladengeschäfte des bisher noch geschlossenen Einzelhandels oder Ladenlokale öffnen dürfen, sofern nach vorheriger Vereinbarung Termine für einen fest begrenzten Zeitraum vergeben werden, bei denen höchstens einer Kundin oder einem Kunden pro 40 Quadratmeter der Zutritt gewährt wird. Das ist also noch etwas lockerer geregelt als das, was wir noch in der vergangenen Woche vorgesehen hatten. In Grenzen haben wir auch kontaktlosen Sport und kulturelle Betätigungen im Freien im Saarland nun wieder ermöglicht.

Letzteres gilt insbesondere - damit komme ich wieder auf das zurück, was ich eben gesagt habe - für Kinder und Jugendliche. Meine Damen und Herren, wir haben hier im Saarland immer besonderen Wert darauf gelegt, gerade für die Jüngsten unter uns die Belastungen möglichst gering zu halten. So ist bei uns im Saarland der kontaktfreie Sport im Außenbereich bei Erwachsenen für eine Gruppe von maximal fünf Personen aus zwei Haushalten erlaubt; das entspricht dem Standard, wie er gemäß MPK-Beschluss gelten soll. Kinder bis 14 Jahre dürfen jedoch zu zehnt draußen gemeinsam kontaktfreien Sport betreiben. Entsprechendes gilt für die kulturelle Betätigung von Kindern im Außenbereich; auch diese ist für eine Gruppe von zehn Kindern bis zum Alter von 14 Jahren möglich. Das kann etwa eine Kindermusikgruppe sein, die draußen musiziert, eine Kindertheatergruppe, die draußen probt. Das alles kann jetzt wieder stattfinden, um gerade den Kindern wieder ein Zusammenkommen zu ermöglichen, auch wenn sie nun nicht die allergrößten Sportskanonen sind. Damit stellen wir für Kinder die kulturelle Betätigung mit der sportlichen gleich. Das ist ein eigener, ein saarländischer Weg, den wir ganz bewusst gewählt haben, meine Damen und Herren, um ein Signal an unsere Vereine zu senden, die sich auch während des Lockdowns, als die Kinder nicht zu den Vereinen kommen durften, ganz rührend um die Kinder gekümmert haben. Das ist aber auch ein Signal an die Familien, dass für Kinder wieder unabhängig von der konkreten Tätigkeit etwas gemacht werden kann. Ich glaube, diese Entwicklung wird sehr wertgeschätzt werden.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Zudem haben Bund und Länder gemeinsam ein Öffnungsszenario nach einem Mehrstufenmodell erarbeitet. Man kann sich das als eine Art „atmendes

(Ministerpräsident Hans)

System“ vorstellen, das je nach Infektionslage entweder mehr oder weniger zulässt. Maßstab für diese Lockerungen ist nun nicht mehr allein der Inzidenzwert. Es wird ja immer gesagt: „die Inzidenzen, die Inzidenzen!“ Es geht aber eben nicht mehr nur allein um den Inzidenzwert, wobei wir bei diesem Wert auch von der 35er-Marke abgerückt sind. Maßstab ist nun auch die Dynamik des Geschehens. Das heißt, steigt die Inzidenz innerhalb von 14 Tagen nicht über die 50er- beziehungsweise 100er-Marke an, so sind weitere Lockerungsschritte möglich. Die Logik lautet also: Ein konstantes Infektionsgeschehen, auch wenn es auf einem vergleichsweise hohen Niveau, das wir eigentlich nicht wollen, stattfindet, ermöglicht fortschreitende Öffnungen. Der Gedanke dahinter: Gelingt es beispielsweise über mehrere Wochen, eine Inzidenz von 75 beizubehalten oder unter 75 zu bleiben - ich bin da sehr zuversichtlich -, so zeigt das: Das Geschehen ist unter Kontrolle. Dieses Mehrstufenmodell beginnt ab einer Inzidenz von 50.

Angesichts der derzeitigen Infektionslage, auch unter Berücksichtigung der Mutationssituation, muss ich ganz ehrlich sagen, dass ich diesen Öffnungsschritt ab einer recht hohen Inzidenz für ein gewisses Wagnis halte. Das muss ich so sagen, ich hätte hier lieber an der 35er-Inzidenz festgehalten, die ja gewählt wurde, weil wir nicht wissen, wie sich die Mutationen verbreiten und die Infektionslage antreiben. Ich sage das ganz offen. Allerdings habe ich mich stets dafür ausgesprochen - das wurde ja auch hier im Parlament immer wieder eingefordert; ich höre durchaus dem zu, was hier gesagt wird, ich höre auch dem zu, was im Präsidium gesagt wird -, bundesweit einheitliche Maßstäbe und Regelungen vorzusehen. Deswegen haben wir entschieden, dieser anderen Lösung zuzustimmen und damit dem Beschluss der MPK zu folgen.

Meine Damen und Herren, alle Öffnungsschritte, die wir nun tätigen, alle Öffnungsperspektiven, die wir heute skizzieren - das ist ja durchaus mehr, als man angesichts der Berichterstattung glauben könnte; es wird ja einiges ermöglicht -, stehen und fallen mit dem Erfolg unserer Impf- und Teststrategie. Es ist mir wichtig, das zu betonen. Unsere Impfkampagne nimmt immer mehr an Fahrt auf. Natürlich wäre es schöner, würde das noch schneller gehen. Wir müssen aber eben mit dem Impfstoff arbeiten, der uns zur Verfügung steht. Bislang wurden von unseren mobilen Teams und in unseren vier Impfzentren rund 90.000 Impfungen durchgeführt, davon etwa zwei Drittel Erst- und ein Drittel Zweitimpfungen. Bei den Erstimpfungen liegen wir aktuell bundesweit an der Spitze. Das ist, so finde ich, ein Zeichen dafür, dass wirklich alles getan wird, damit Impfstoffe nicht liegenbleiben, damit die Impfstoffe an die Menschen herangebracht werden. Nach anfänglichen Schwierigkeiten sind wir diesbezüglich in diesem Land auf einem sehr guten Weg.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Vor einem Monat waren es am Tag knapp 1.500 Impfungen, heute liegen wir schon bei fast 4.000 Impfungen täglich. Unsere Impfzentren sind bereits zu 75 Prozent ausgelastet. Ich weiß nicht, ob Sie das einmal vor Ort gesehen haben. Ich war zu Beginn des Impfens einmal in einem Impfzentrum, damals herrschte dort noch gähnende Leere. Schaut man sich die aktuellen Bilder an, erkennt man: Würde man jetzt ein solches Zentrum besuchen, würde man ganz schön in den Füßen herumstehen. Dort ist schon richtig etwas los! Die Zentren sind mit bis zu 75 Prozent ausgelastet.

Es werden alle Impfstoffe - auch der von AstraZeneca, das sage ich hier deutlich - sehr gut angenommen. Aufgrund der bisherigen Altersbeschränkung von AstraZeneca konnte dieser Impfstoff insbesondere in der Gruppe der beruflich priorisierten Personen zum Einsatz kommen. Ich will hier einmal sagen: Auch für mich ist es schon etwas frustrierend, dass es aus der Wissenschaft zunächst hieß, er sei für die Älteren nicht so gut geeignet, jetzt aber heißt es, er sei besonders gut für die Älteren geeignet. Ich will aber auch sagen: Zwar ist es für uns alle etwas verwirrend und frustrierend, so etwas zu hören, so arbeitet aber nun einmal die Wissenschaft. Stellen Sie sich bitte vor, man hätte den Impfstoff leichtfertig freigegeben, obwohl man einen Zweifel hatte, und es wären ältere Menschen schwer erkrankt oder gar gestorben - auch in diesem Fall wäre es zu großem Gezeter gekommen, dies auch zu Recht. Da ist es mir doch lieber, wenn das vorsichtig abgewogen wird. So funktioniert wissenschaftliches Arbeiten, auch wenn das manchmal nicht in unsere Pläne passt. Es ist gut, dass dieser Impfstoff nun so freigegeben wurde, und er wird nun auch an Menschen, die älter sind, verimpft werden können, meine Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Diese zunächst vorhandene Beschränkung hat uns aber auch ein wenig genutzt, da wir durch diese Priorisierung des Impfstoffs für jüngere Leute vor allem mit der Impfung des Personals in den Krankenhäusern oder Pflegeheimen ein gutes Stück vorangekommen sind. Jetzt haben wir einen Stand erreicht, bei dem sich auch die Bürgerinnen und Bürger der Prioritätsgruppe 2 bereits auf der Impfliste registrieren können. 100.000 Personen haben dies im Saarland schon getan. Wir haben bis Ende März Lieferankündigungen von über 200.000 Dosen, die bereits angewandten Dosen sind dabei mitgerechnet. Es wird also noch mehr als 100.000 zusätzliche Dosen in den kommenden drei Wochen geben. Das ist auch ein Signal an die Menschen, dass sie sich darauf verlassen können, dass diejenigen, die sich jetzt auf die Impfliste einschreiben lassen, zügig einen Impfstoff erhalten werden.

**(Ministerpräsident Hans)**

Bei uns wird übrigens auch schon im Rahmen von Modellprojekten in den Arztpraxen geimpft. In der Boulevardpresse wird ja immer gefragt: Warum bekommt Deutschland das nicht hin? Wieso wird in den Arztpraxen noch nicht geimpft? Die Ärzte können das doch gut! - Ja, deswegen hat unser Gesundheitsministerium als erstes Gesundheitsministerium in Deutschland gesagt: Ja, wir wollen, dass das auch in den Arztpraxen gemacht wird, die schon als Corona-Schwerpunktpraxen tätig waren. Wir wollen, dass die das über das Land verteilt anbieten können. Wir wollen so auch ausprobieren, ob das funktioniert. - Und es funktioniert ja auch sehr gut. Deswegen muss das nun ausgeweitet werden, sowohl in der Fläche bei uns als auch deutschlandweit. Auch deutschlandweit muss es zum Standard werden, dass man sich selbstverständlich auch dort impfen lassen kann, wo man sich auch generell impfen lassen würde: bei den niedergelassenen Ärzten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das Gleiche gilt für die Testungen. Wir haben unser Testungsregime enorm ausgeweitet. An den Schulen und in den Kitas bieten wir auf freiwilliger Basis den Lehrkräften, dem pädagogischen Personal und den Kindern, den Schülerinnen und Schülern zwei Antigen-Schnelltests pro Woche an. Diese werden von geschultem Personal durchgeführt. Wir testen auf breiter Basis auch in den stationären Pflegeeinrichtungen. Allein in der achten Kalenderwoche haben wir bei Beschäftigten und Bewohnern knapp 60.000 Antigen-Schnelltests durchgeführt. In einer Woche! Auch verfügen wir schon heute mit insgesamt sieben Testzentren im Saarland über eine sehr gute Infrastruktur. Damit, meine Damen und Herren, nehmen wir bundesweit eine Spitzenstellung ein. Wir haben das in der MPK auch einmal abgeklopft, und man kann feststellen: Diese Dichte an Testzentren, diese Dichte an Testangeboten gibt es in dieser Form in den allermeisten Bundesländern nicht. Das mag es dort einmal landkreisbezogen geben, aber nicht auf Ebene eines Bundeslands. Was das Testen angeht, was die Möglichkeiten betrifft, den Menschen ein Testangebot zu machen, liegen wir wirklich an der Spitze.

Wir werden uns darauf aber nicht ausruhen. Es geht ja nicht darum, Ihnen hier einfach ein paar Zahlen abzuliefern. Wir werden daher nun diese Infrastruktur auf der Basis eines Drei-Säulen-Modells weiter ausbauen. Dazu gehört die Errichtung weiterer Testzentren, sodass in jedem Landkreis mindestens ein Testzentrum vorhanden ist. Mir ist durchaus bewusst, dass es nicht praktikabel ist, nach Saarbrücken zum Testen zu fahren und anschließend nach Neunkirchen zum Arbeiten. Das würde ja keinen Sinn machen.

Hinzu kommen in der zweiten Säule Testungen durch Apotheken, durch Haus- und Fachärzte. War-

um sollte das nicht funktionieren, wenn man doch ohnehin die Apotheken und Praxen aufsucht?

In der dritten Säule können dann die Landkreise auch die Städte und Gemeinden beauftragen, mit Hilfsorganisationen oder örtlichen Partnern dezentral Testangebote und Testzentren einzurichten. Das funktioniert zum Beispiel in Paris recht gut; ich habe mir das in einem Bericht angeschaut und auch Erfahrungsberichte dazu gehört: Man hat dort kleine Zelte aufgebaut, es gibt dort junge Menschen, wahrscheinlich sind es Studierende, die die Passanten fragen: Wollen Sie nicht einen Test machen? Möchten Sie nicht vielleicht doch wissen, ob Sie gerade Corona-positiv sind? - Man wird ja nicht krank, weil man sich testen lässt. Das ist die Botschaft, die wir ganz dringend auch in Deutschland vermitteln müssen.

Meine Damen und Herren, wir werden mit diesem Modell künftig allen Bürgerinnen und Bürgern, auch denen, die asymptomatisch sind - das Testen ist ja so entscheidend, um die asymptomatischen Fälle aufzudecken -, einen kostenlosen Schnelltest pro Woche anbieten. Ich glaube, wir werden das auch sehr schnell umsetzen können, nachdem der Bund ab heute seine einschlägige Testverordnung auf den Weg gebracht haben wird.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es wird natürlich darüber diskutiert, dass das Testen unangenehm ist. Es gibt Schnelltests, die mit besonders langen Stäbchen ausgestattet sind, damit man besonders tief in der Nase die Probe ziehen kann. Das wird man bei sich selbst nicht so gerne machen, so etwas Unangenehmes wird man sich selbst nur ungern antun. Es ist ja auch so, dass die Probe von Fachpersonal genommen werden muss, damit die Qualität des Abstriches stimmt. Nun will natürlich jeder die Selbsttests zur Eigenanwendung haben, die gerade deshalb zur Eigenanwendung geeignet sind, weil sie eben nicht das lange Stäbchen benötigen, sondern mit einem ganz kurzen Stäbchen auskommen, mit dem man im vorderen Bereich der Nase eine Probe nimmt. Es gibt auch andere Abstrichmöglichkeiten, aber diese im vorderen Nasenbereich finde ich schon okay. Diese Schnelltests zur Eigenanwendung haben wir sehr früh schon zahlreich bestellt: 2,5 Millionen Test wurden bestellt. 500.000 haben wir bereits verteilt, die Lieferung von 500.000 weiteren ist für diese Woche angekündigt. Wir haben alle Vorkehrungen getroffen, um jetzt eine wahre Testoffensive starten zu können.

Ich kann nur an jeden appellieren: Machen Sie regen Gebrauch von diesem Angebot, sich testen zu lassen! Dieser Test macht niemanden krank. Niemand wird krank, weil er sich testen lässt. Entweder ist man krank oder eben nicht. Der Test stellt das nur fest, er hilft damit aber, andere vor einer Infektion zu schützen. Sie schützen damit Ihre Liebsten! Sie

**(Ministerpräsident Hans)**

schützen damit Ihre Kolleginnen und Kollegen! Sie schützen so die Allgemeinheit! Deshalb, meine Damen und Herren, lassen Sie sich bitte testen, wenn Sie nun dieses Angebot bekommen!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich möchte an dieser Stelle auch unserer Gesundheitsministerin Monika Bachmann und ihrem Team Danke sagen. Sie haben wirklich schon sehr früh dafür gesorgt, dass dieses Tests zur Verfügung stehen. Als noch viele vermischt haben, was nun Schnelltest ist, was Test zur Eigenanwendung ist, als vielen der Unterschied noch nicht bewusst war, hat die Gesundheitsministerin diese Tests bestellt und diese Möglichkeit auf den Weg gebracht. Sie war damit im Reigen der Bundesländer ganz vorne mit dabei. Dazu gehört schon was! So war es aber auch schon im vergangenen Frühjahr, als wir uns bemüht haben, die Masken zu beschaffen. Die gesamte Landesregierung hat wirklich alles darangesetzt, Masken zu auch für den Steuerzahler halbwegs erträglichen Preisen zu beschaffen - und vor allem auch genügend Masken vorzuhalten. Erinnern wir uns: Masken waren die Mangelware schlechthin, wie nun auch die Schnelltests zur Eigenanwendung zur Mangelware geworden sind. Natürlich ärgern wir uns auch ein wenig darüber, dass sie nun zuerst bei LIDL und ALDI verkauft werden, bevor wir sie für unsere Schülerinnen und Schüler und für die Allgemeinheit flächendeckend zur Verfügung haben. Selbstverständlich ärgert uns das. Es gehört eben auch dazu, sich an diesem Markt durchzusetzen und rechtzeitig die erforderlichen Entscheidungen zu treffen.

Vor diesem Hintergrund, das will ich hier auch deutlich sagen, ist es einfach unerträglich, dass, was nun herausgekommen ist, andere Menschen, die ebenfalls Verantwortung tragen - für ihren Staat, für ihren Wahlkreis -, Menschen, die gewählt worden sind, sich persönlich bereichert haben, Provisionen bei irgendwelchen Masken-Deals erhalten haben. Es ist, meine Damen und Herren, aus meiner Sicht auch nicht damit getan, dass man aus der Fraktion austritt. Man tritt aus der Unions-Bundestagsfraktion aus. Was, bitte schön, soll das bewirken? Was soll das aussagen? So etwas mag man tun, wenn man sich politisch überworfen hat, wenn man sich nicht mehr mit den Zielen der Fraktion oder einer Partei übereinstimmend sieht. Eine solche Situation haben wir ja auch in diesem Hause schon erlebt. Das ist aber doch etwas völlig anderes als die Situation, die sich nur ergeben hat: Hier gab es persönliches Fehlverhalten. So etwas ist für den deutschen Parlamentarismus nicht tragbar!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Abgeordnete sind dem Wohle des Volkes verpflichtet, ebenso die Regierenden. Daran müssen sie ihr Handeln ausrichten. Kann man dem nicht gerecht

werden, muss man auch die Konsequenzen ziehen und das gewährte Mandat den Bürgerinnen und Bürgern zurückgeben. Alles andere ist keine Lösung bei einem solchen Verhalten.

Damit ist es aber nicht getan: Man muss das aufklären, man muss sich betrachten, wo Entsprechendes möglicherweise ebenfalls zu verzeichnen ist. Es muss nun alles auf den Tisch! Vertrauen ist in der Politik das höchste Gut, Vertrauen ist insbesondere auch in dieser Pandemie das höchste Gut. Können uns die Menschen mich mehr vertrauen, weil es unter uns welche gibt, die sich persönlich bereichert haben, so tritt ein unerträglicher Zustand ein, der der Aufklärung bedarf, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Es mag nun eine etwas seltsame Überleitung sein, Vertrauen war aber auch Thema, als wir uns darüber unterhalten haben, ob man seine Daten in die Corona-Warn-App eingeben sollte. Wir haben ganz besonders darauf hingearbeitet, dass die Menschen in diese technische Lösung vertrauen sollten, damit die Kontakte nachverfolgt werden können. Das ist bisher nicht so ganz optimal gelaufen, trotz der eigentlich guten Rahmenbedingungen. Wir brauchen jetzt endlich mehr elektronische Hilfsmittel. Die Luca-App zur Kontaktnachverfolgung ist in aller Munde; lieber wäre mir noch, die Corona-Warn-App wäre in aller Munde. Wir brauchen aber auch Apps, die grenzüberschreitend anwendbar sind. Für uns hier wäre das besonders wichtig, diesbezüglich sind wir bereits bei der Corona-Warn-App gescheitert. Ich habe zwei Apps installiert, die TousAntiCovid-App aus Frankreich und die Corona-Warn-App aus Deutschland. Das ist eigentlich keine gute Ausgangslage.

Deshalb müssen wir doch jetzt, da wir die Chance haben, über Testnachweise und Kontaktnachverfolgung zu reden, dafür sorgen, dass die Apps grenzüberschreitend anwendbar sind. Wir brauchen Apps, die den Nachweis negativer Testungen per Smartphone mit sicherer Authentifizierung ermöglichen, wenn man zum Beispiel ein Restaurant oder ein Kino betritt. Ich glaube, wir werden es schon hinbekommen mit den Selbsttests, dass man so für sich selbst sicherstellt, negativ zu sein. Das ist aber noch kein Nachweis darüber, negativ zu sein. Wir brauchen einfach eine Lösung, die sicherstellt, dass man, wenn man in ein Restaurant oder ein Kino geht, diesen Nachweis führen kann. Und dahin wollen wir doch zurück, vor allem auch mit Blick auf die Gastronomie hier im Saarland. Dafür brauchen wir eine technische Möglichkeit, mit der man zeigen kann: Hier, ich bin negativ getestet! Deshalb geht von mir eine weitaus geringere Gefahr aus, als es ohne Test normalerweise der Fall wäre! - Wir warten nun auch nicht, bis andere diese Technologien entwickeln. Nein, gerade als Exzellenzregion in Sachen Zukunftstechnologien ist es unsere Pflicht und

**(Ministerpräsident Hans)**

Schuldigkeit, hier an Lösungen mitzuarbeiten. Das geschieht auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Unsere Exzellenz wird auch ernst genommen. Das sieht man unter anderem daran, dass SAP und die Macher der bundesweiten Corona-Warn-App die hier im Saarland entwickelte Kontaktnachverfolgungsplattform, die ENKI-Plattform, aufgreifen. Gemeinsam mit saarländischen Unternehmen wird nun auch die offizielle Corona-Warn-App des Bundes weiterentwickelt. Das ganze Wochenende hindurch haben Teams aus Walldorf, aber auch aus St. Ingbert daran gearbeitet.

Wir haben aber auch mit unserer Landrätin und unseren Landräten gearbeitet und erreicht, dass nun in den Gesundheitsämtern SORMAS ausgerollt werden soll. Das ist eine Kontaktnachverfolgungssoftware, die durchaus grenzüberschreitend funktioniert. Im Département Moselle ist diese Software schon installiert! Bei uns aber eben noch nicht. Das muss nun dringend geschehen. Ich bin ihnen wirklich dankbar dafür, dass wir dazu hier einen gemeinsamen Beschluss fassen konnten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Überwindung der Corona-Pandemie, das ist auch die Überwindung der Zettelwirtschaft in unseren Informations- und Kommunikationssystemen. Das tut dringend not! Wir sollten, wenn wir die Gastronomie wieder öffnen, von diesen Zetteln wegkommen. Wir sollten daraus aber auch lernen, für alle anderen gesellschaftlichen Bereiche. Lassen Sie uns das bitte gemeinsam ernst nehmen! Ich weiß dabei das Parlament an unserer Seite.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Genauso ernst, liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen wir auch unsere Ankündigung, dass Grenzschließungen, wie noch in der ersten Phase der Pandemie vorgenommen, verhindert werden müssen. Obwohl das RKI das Département Moselle zum Virusvariantengebiet erklärt hat, ist uns dies auch gelungen. Es wäre uns noch lieber gewesen, hätten wir verhindern können, dass das RKI das Département zum Virusvariantengebiet erklärt; daran haben wir sehr hart gearbeitet. Wir haben in enger Absprache mit der französischen Staatsregierung, mit der Région Grand Est und mit dem Département Moselle beim Bund alles darangesetzt, um die Belastungen für die Pendler\*innen möglichst gering zu halten, und dies durchaus mit Erfolg.

Ich weiß, dass das alles belastend ist. Ich habe natürlich auch die Demonstrationen zur Kenntnis genommen. Es gefällt mir überhaupt nicht, dass derzeit Menschen daran gehindert werden, ihre ganz normalen familiären und Arbeitsbeziehungen, ihre ganz normalen Sozialbeziehungen so zu leben, wie das normalerweise der Fall ist. Bitte bedenken Sie aber: Im Gegensatz zur Situation an der deutsch-tschechi-

schen oder an der deutsch-österreichischen Grenze konnten wir im Saarland - das ist ein Alleinstellungsmerkmal! - stationäre Grenzkontrollen im Grenzraum verhindern. Bei uns gibt es keine kilometerlangen Staus an den Grenzen! Es gibt keine geschlossenen Übergänge! Wir setzen, wie wir es auf dem Gipfel der Großregion auch gemeinsam mit dem Land Rheinland-Pfalz beschlossen haben, auf Kooperation statt auf Abschottung.

Ein Ergebnis dieser Bemühungen ist das deutsch-französische Testzentrum an der Goldenen Bremm, das wir bereits im Vorfeld der Bundesentscheidung entwickelt und erarbeitet haben, das wir auch ganz eng mit der französischen Seite abgestimmt haben. Dort sind Sapeurs-Pompiers, Feuerwehrleute, im Einsatz, die bei der Testung helfen, damit das wirklich eine gute deutsch-französische Einrichtung wird. Ein solches grenzüberschreitend betriebenes Zentrum gibt es an keinem anderen Ort in Deutschland. Das, meine Damen und Herren, ist das Ergebnis unserer guten Partnerschaft in der Großregion.

Wir setzen uns auch weiterhin beim Bund ein, für die Grenzregion passgenauere Regelungen unter gleichzeitiger Wahrung des Gesundheitsschutzes - denn der Gesundheitsschutz ist uns ebenso wichtig - einzuführen. Meine Damen und Herren, diesen Weg werden wir auch weitergehen, darauf können Sie sich verlassen, darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen - hier, aber auch im Département Moselle.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Liebe Saarländerinnen und Saarländer, Herr Präsident, meine Damen und Herren, auch nach einem Jahr Corona werden wir als Landesregierung nicht müde, alles in unserer Macht, alles in unserer Kraft Stehende zur Bekämpfung der Pandemie zu unternehmen. Neuen Herausforderungen begegnen wir mit neuen Anstrengungen, mit neuen Instrumentarien und, ja, auch immer wieder mit neuen Energien. Wir setzen nun, an der Schwelle zu einer dritten Phase der Pandemie, alles daran, die Entwicklungen unter Kontrolle zu halten. Und wie wir uns vor einem Jahr der ersten Phase gestellt haben, so stellen wir uns auch dieser neuen Aufgabe. Allerdings - und wir sind weiterhin bescheiden genug, um dies einzugestehen - alleine werden wir es nicht schaffen. Wir sind darauf angewiesen, dass alle mit uns an einem Strang ziehen; dass alle mit uns gemeinsam noch ein wenig länger durchhalten. Wir sind darauf angewiesen, dass jede und jeder mit uns gemeinsam alle Kräfte mobilisiert, um diese dritte Phase bereits am Beginn ihrer Entstehung zu bewältigen. Diese Pandemie ist und bleibt eine Bewährungsprobe für unsere gesamte Gesellschaft. Und ich bin nach wie vor sicher und überzeugt: Gemeinsam werden wir diese Bewährungsprobe bestehen! - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Ministerpräsident Hans)

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Präsident Toscani:**

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne nun die Aussprache. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir vorhin bei der Festlegung der Tagesordnung vereinbart haben, im Rahmen der Aussprache zur Regierungserklärung mehrere andere Tagesordnungspunkte zu beraten. Diese Tagesordnungspunkte werden in diesem Rahmen begründet, debattiert und abgestimmt werden. Es handelt sich um folgende Punkte:

**Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Saarländischen COVID-19-Rechtsverordnungsaufhebungsgesetzes (Drucksache 16/1613)**

**Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Impf-Gerechtigkeit schaffen - Impf-Reihenfolge nach Alters-Jahrgängen sicherstellen (Drucksache 16/1611)**

**Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Mehr verhältnismäßige Rücksicht auf Jugend, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundrechte und Freiheit wiederherstellen, Pflegebedürftige schützen (Drucksache 16/1622)**

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion und der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland ist unverzichtbar (Drucksache 16/1628 - neu)**

**Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Lockdown beenden - Öffnung unter klaren Hygieneschutz-Vorgaben wie in Österreich (Drucksache 16/1626)**

Als erstem Redner erteile ich für die Fraktion DIE LINKE ihrem Vorsitzenden Oskar Lafontaine das Wort.

**Abg. Lafontaine (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Saarländerinnen und Saarländer! Jetzt spreche ich zunächst einmal die Saarländerinnen an: Am heutigen Tag wünsche ich Ihnen zunächst einmal, dass Sie gesund bleiben. Dann wünsche ich Ihnen, dass Sie nicht alleine die Hausarbeit

machen müssen. Und damit Sie nicht auf die Idee kommen, hier stünde ein Pharisäer: Ich bin ein guter Koch und ein guter Einkäufer. Das reicht vielleicht noch nicht, sollte aber doch erwähnt werden.

(Beifall bei der LINKEN.)

Einige haben das ja schon gekostet, die können dann auch klatschen. Als Drittes möchte ich aber sagen, vor allem wünsche ich den Frauen, die im Saarland im Niedriglohnssektor und in ungesicherten Arbeitsverhältnissen sind, dass sich das ändert und dass sich das bessern wird.

(Beifall von der LINKEN.)

An dieser Stelle möchte ich wirklich die katholische Kirche und die Caritas heftig kritisieren, ich habe mich sehr geärgert, dass die Caritas den ausgehandelten Tarifvertrag nicht akzeptiert hat. Das geht nicht! Das sage ich auch als treuer Kirchensteuerzahler, so kann man das nicht machen! Da muss sich dringend etwas ändern!

(Beifall von der LINKEN.)

Nun zu dem, was der Ministerpräsident vorgetragen hat. Ich muss hier fast eine Ergänzungserklärung abgeben, denn da ist einiges ausgelassen worden, Herr Ministerpräsident, und darauf möchte ich zu sprechen kommen. Zunächst einmal nenne ich das Schulwesen, denn aus Zeitgründen kann ich nicht alles ansprechen.

Für das Schulwesen hatten Sie vier Sätze übrig und haben den entscheidenden Konflikt ausgeklammert. Wir, die Fraktion DIE LINKE, sind dafür, dass die Schülerinnen und Schüler möglichst alle in die Schule kommen. Wir unterstützen die Kultusministerin bei ihrer Arbeit und deshalb haben wir es für falsch gehalten, dass sich die Koalition da nicht verständigen konnte.

(Beifall von der LINKEN.)

Sie haben sehr viel von Vertrauen gesprochen, Herr Ministerpräsident, ich lese Ihnen und den Saarländerinnen und Saarländern einmal vor, was die Saarbrücker Zeitung dazu geschrieben hat, denn die beziehen Sie ja nicht alle: „Verlierer des Koalitionsstreits sind - mal wieder - Schüler, Lehrer und Eltern. Sie bereiten sich seit 14 Tagen auf einen Präsenzunterricht vor. So hatte das Bildungsministerium es angewiesen. Die Schulen arbeiten Pläne zum Wechselunterricht aus. Welche Klasse hat in welchem Raum in welcher Woche oder an welchem Tag Präsenzunterricht? Wann werden die Schüler und Lehrer, die wollen, getestet? Morgens, wenn eigentlich der Unterricht stattfinden soll, oder nachmittags? Die Terminvergabe, die an einigen Schulen bereits läuft, muss jetzt gestoppt werden. Die Mühen sind vorerst umsonst.“ Weiter heißt es: „Das Vertrauen in die Landesregierung bröckelt (...).“

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Sie haben ja recht, das Vertrauen ist eine wichtige Währung in der Bewältigung der Krise, aber so kann man nicht arbeiten. Ich kritisiere das ganz scharf.

(Beifall von der LINKEN.)

Das ist Ihre Sache, Herr Ministerpräsident. Es ist immer so, dass es in der Regierung Konflikte gibt. Es ist auch immer so, dass Staatssekretäre mal nicht richtig mit ihren Ministern können - darauf komme ich gleich noch zurück -, aber Ihre Aufgabe ist es, dafür Sorge zu tragen, dass solche Konflikte nicht eskalieren und nicht das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Regierung untergraben.

(Beifall von der LINKEN.)

Nun komme ich zur zweiten Ergänzung Ihrer Regierungserklärung, das ist die Situation an den Grenzen. Sie haben mir viel zu positiv dargestellt, was hier passiert ist. Ich nehme Ihnen ja ab, dass Sie sich bemüht haben, das ist völlig in Ordnung, das weiß ich ja auch. Aber wenn ich gelesen habe, dass Jean Rottner, der Ihr Gesprächspartner ist - und dazu haben Sie nichts gesagt -, nicht müde wird, die brutale und unilaterale Entscheidung Deutschlands zu kritisieren, dann muss ich sagen, die Vorgehensweise der deutschen Bundesregierung verdient es, schärfstens kritisiert zu werden!

(Beifall von der LINKEN.)

Ich habe mich enorm geärgert angesichts einer jahrzehntelangen Arbeit für die deutsch-französische Verständigung. Ich denke an zwei Elsässer, mit denen ich immer wieder zusammengearbeitet habe, an Tomi Ungerer und an André Bord. Wenn die heute noch etwas dazu sagen könnten, sie würden das Ganze nicht verstehen. Herr Rottner ist ja auch Elsässer.

Ich habe als junger Mann erlebt, wie sich Charles de Gaulle und Konrad Adenauer verständigt haben. Ich stand auf dem Bonner Marktplatz, als de Gaulle den Deutschen die Hand gereicht hat. Ich habe später gesehen, wie Kohl und Mitterand über den Gräbern von Verdun sich die Hand gegeben haben. Das geht so nicht, dass eine Frau in Berlin auf dem deutsch-französischen Verhältnis herumtrampelt! Ich will das in aller Klarheit sagen!

(Beifall von der LINKEN.)

Ich spreche da noch nicht einmal Herrn Seehofer an, aber das hat mich maßlos geärgert. So kann das nicht weitergehen, wir haben bereits zu viel verspielt im deutsch-französischen Verhältnis. Wir haben drei Minister am Kabinettstisch. Die Frage, wieso die drei nicht widersprochen haben und sagen, dass sie dieses Theater nicht mitmachen, möchte ich auch stellen. Das kann man so nicht machen.

(Beifall von der LINKEN.)

Nun komme ich zum dritten Punkt, der Arbeitsweise des Gesundheitsministeriums. Sie haben die Ministerin gelobt oder ihr gedankt. Ich weiß jetzt nicht mehr genau, wie die Worte waren, aber Sie haben hier eines nicht vorgetragen, dass nämlich die Ministerin mit ihrem Team einen tollen Job macht. Das wäre dann doch des Guten zu viel gewesen und deshalb muss ich hier noch einmal vorlesen, was eigentlich Sache ist.

Der Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung hat vor ein paar Tagen geschrieben: „Monika Bachmann und Stephan Kolling“ - beide CDU - „agieren seit Beginn der Corona-Krise immer wieder unglücklich, wirken häufig überfordert. Der Plauderton der Ministerin, der autoritäre Stil ihres Staatssekretärs und das problembeladene Verhältnis der beiden Führungskräfte sorgen nicht nur im saarländischen Gesundheitsministerium regelmäßig für Irritationen.“

Herr Ministerpräsident, auch hier sind Sie gefordert. Wenn eine Ministerin mit ihrem Staatssekretär nicht kann, dann muss man diesen Konflikt auflösen. Das geht doch zulasten der gesamten Arbeit. Hier spricht nicht jemand, der diese Arbeit nicht kennt. Deshalb sage ich: So geht das nicht! Das muss man lösen!

(Beifall von der LINKEN.)

Der Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung hat sich diese Dinge nicht aus den Fingern gesogen, er hat ja noch mehr Kontakte in Ihre Fraktion als einer von uns. Ich bin sicher, dass er genau wusste, wovon er geschrieben hat.

Wir kritisieren jetzt beispielsweise die Impfungen nach dem Windhund-Verfahren, die Impflotterie, die Sie auf den Weg gebracht haben, und so möchte ich nur ganz kurz unseren Antrag begründen: Das ist für uns eine wirklich unhaltbare Vorgehensweise. Es ist angesichts aller gesundheitlichen Daten nicht vertretbar, einen 70-Jährigen vor einem 79-Jährigen zu impfen. Hier muss eben gerecht vorgegangen werden, nach den gesundheitlichen Erfordernissen.

Ich möchte hier einmal den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen - er ist ja kein Unbekannter hier im Haus - loben: Nordrhein-Westfalen geht nach Altersjahrgängen vor, die reden jetzt nur noch darüber, ob sie nach einzelnen Jahren oder nach Zweijahres-Blöcken vorgehen.

(Beifall von der LINKEN.)

Das beantragen wir auch für das Saarland, weil das viel gerechter ist und den Sacherfordernissen in weitaus größerem Umfang entspricht. Zunächst einmal also diese drei Dinge, bei denen ich sage, hier muss man etwas zur Regierungserklärung ergänzen.

Nun komme ich zu dem entscheidenden Punkt, wie man mit der Pandemie umgeht und was die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz und so



(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

weiter angeht. Hier hat die FAZ den Widerspruch gestern noch einmal aufgemacht: „Massentests könnten Öffnungen gefährden.“ Ich habe selten ein solch unlogischen Dokument gesehen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Hat man das denn immer noch nicht verstanden? Wenn viel getestet wird, gibt es einen hohen Inzidenzwert, und wenn wenig getestet wird, gibt es einen geringen Inzidenzwert. Gott sei Dank wird das außerhalb jetzt mehr und mehr begriffen. Selbst der neue Sportvorstand hat das begriffen.

Sie schütteln den Kopf, Sie scheinen es immer noch nicht erfasst zu haben, Herr Ministerpräsident, ich muss das dann so deutlich sagen. Der neue Sportvorstand ist logisch etwas kundiger, er hat gesagt: Wir werden bestraft, denn wenn mehr getestet wird, wird der Sport wieder ausgesetzt. Das ist jetzt auch von vielen Kollegen bereits eingesehen worden.

Der jetzige Beschluss der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin ist unlogisch, ist unbrauchbar, weil die Vorgehensweise einen unauflösbaren Widerspruch hat. Man kann nicht sagen: Wenn die Inzidenzwerte auf einen bestimmten Wert sinken, dann geben wir frei, werden sie überschritten, muss eben im Extremfall wieder alles geschlossen werden. Und gleichzeitig beschließen wir, die Inzidenzwerte zu erhöhen!

Schauen Sie doch einmal in unsere Nachbarländer, schauen Sie nach Österreich, nach Luxemburg. Schauen Sie beispielsweise nach Israel, wo die Bevölkerung weit durchgeimpft ist, aber immer noch die Inzidenzwerte sehr hoch sind. Das Starren auf die Inzidenzwerte ist einfach falsch. Wenn Sie unlogisch vorgehen, dann gehen Sie unlogisch vor!

(Beifall von der LINKEN.)

Das wird jetzt allmählich in ganz Deutschland begriffen. Es ist an der Zeit, dass auch die Landesregierung das begreift. Es war ja einer Ihrer Kollegen, der hessische Ministerpräsident, der gesagt hat: „Die Leute haben die Schnauze voll. Wir können nicht so weitermachen, wir vernichten Existenzen und unsere Staatsfinanzen.“ Ich habe ihn wörtlich zitiert. Ich möchte hier wirklich noch einmal eine Lanze brechen, insbesondere für Einzelhandel, Gastronomie und für kulturelle Veranstalter und Einrichtungen. Das kann man so nicht weitermachen!

Selbst die Boulevardzeitung ist auf einem besseren Wissensniveau. Hier wird gezeigt, wie viele Todesfälle es in Schweden und in Deutschland gibt, und da können Sie sehen, dass in Schweden die Leute schon im Februar auf der Straße, in Cafés und so weiter sitzen, die haben aber weniger Todesfälle als wir in Deutschland, obwohl hier ja über viele Monate in überheblicher Art berichtet worden ist. Wir können nicht nur auf die Inzidenzen starren, wichtiger sind eben die Krankenhausbelegung, die Belegung der Intensivstationen und die Todesfälle!

(Beifall von der LINKEN.)

Das sind die drei Kriterien, die Sie einsehen müssen. Sie schütteln den Kopf, es ist bedauerlich, Herr Ministerpräsident, dass Sie das nicht akzeptieren oder einsehen wollen. Das setzt sich aber mehr und mehr durch.

Was wir hier vor einiger Zeit als Plan B vorgestellt haben, beginnt sich auch in Deutschland langsam durchzusetzen. Immer mehr Menschen erkennen eben, dass das Starren auf die Inzidenzwerte zu völlig falschen Entscheidungen führt. Sie werden das in den nächsten Wochen erleben. Deshalb möchte ich hier, da wir ja immer so viel danken, auch meiner Fraktion einmal danken, dass sie rechtzeitig einen Plan eingebracht hat, der sich mehr und mehr durchsetzt und in anderen Ländern erfolgreich angewandt wird!

(Beifall von der LINKEN.)

Sie können doch nicht übersehen, dass beispielsweise die Existenzen, von denen ich gesprochen habe, in Österreich besser dastehen, weil sie jetzt die Möglichkeit haben, wieder zu arbeiten und das auch dankbar wahrnehmen. Und wenn es eben so ist, dass die Tests - auch die Selbsttests - in der Lage sind, wie wir es heute in der Zeitung lesen konnten, in hohem Umfang festzustellen, ob Infektionen vorliegen oder nicht, dann ist das doch der Weg. Wenn getestet wird, dann muss man auch die Tests in dem Sinne nutzen, dass zügig geöffnet wird.

Gestern hat vielleicht der eine oder die andere von Ihnen Anne Will geschaut, da war die Vertreterin des Hotel- und Gaststättengewerbes anwesend. Sie hat etwas ganz Richtiges gesagt, was ich in anderen Worten hier auch schon einmal angeführt habe, nämlich dass in der Gastronomie, in gut geführten Betrieben, wo die Abstände eingehalten werden, weniger Gefahr besteht, dass sich die Leute beieinander anstecken, als wenn sie - so hat sie gesagt - an der Isar sitzen und dort picknicken und so weiter. Das ist die Wahrheit. Die Gastronomie kann bei näherer Betrachtung sogar helfen, Inzidenzen oder Ansteckungen zu unterbinden, weil sie dort Hygienekonzepte haben und sich wirklich große Mühe gegeben haben.

(Beifall von der LINKEN.)

Deswegen sage ich auch angesichts der großen Leistung der saarländischen Gastronomen und der Köche: Geben Sie endlich hier frei, damit sie arbeiten können. Es ist nicht länger an der Zeit, die Dinge so zu handhaben, wie das in Deutschland aufgrund der Beschlüsse gehandhabt wird.

Es ist nun einmal so, dass andere Länder anders vorgehen, und wir hätten in der Gastronomie, die ja auch leider im Nachbarland Luxemburg und auch in Österreich noch nicht hinreichend bedient wird, eine Möglichkeit, einen Akzent zu setzen. Die Gastrono-

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

mie ist ein Leuchtturm des Saarlandes und deswegen plädieren wir dafür, deutlich zu machen, wie wichtig die Gastronomie auch für das tägliche Zusammenleben der Menschen ist.

(Beifall von der LINKEN und der AfD.)

Nun kommt die Frage, wie wir durch die nächsten Monate kommen werden. Da ist natürlich das Testen von ganz entscheidender Bedeutung. Sie haben gesagt, das läuft alles ganz gut hier an der Saar. Ja, es läuft an. Wir haben dafür plädiert, dass man das Testen auf Apotheken, Arztpraxen und so weiter ausweitet, damit wir die Möglichkeit haben, beispielsweise den Einzelhandel früher zu öffnen, damit wir die Möglichkeit haben, die Gastronomie früher zu öffnen. Sie haben darauf hingewiesen, dass in Paris beispielsweise auf dem Boulevard de Clichy Zelt an Zelt Tests gemacht werden. Wir können da wirklich noch etwas zulegen, es ist noch nicht alles in Ordnung. Nicht nur beim Impfen geht es zu langsam voran, auch beim Testen geht es zu langsam voran.

(Beifall von der LINKEN.)

Wir müssen ja nur - und Sie haben das eingeräumt - nach Luxemburg schauen oder nach Österreich oder nach sonst wo. Ich sage, was die Österreicher, die Franzosen, die Luxemburger können, das müssen wir doch auch können! Wir sollten uns ein Beispiel an unseren Nachbarn nehmen und von ihnen auch lernen. Sie haben das im Hinblick auf Luxemburg, was die Testerei angeht, angenommen. Das sollten wir aber generell so sehen. Auch unsere Nachbarn haben richtige Erkenntnisse, und wenn wir sagen, gemeinsam können wir diese Pandemie bewältigen, dann gilt das eben nicht nur gemeinsam für die Bundesrepublik, sondern für Gesamteuropa, Stichwort Grenze. Deshalb plädiere ich dafür, auch zu sehen, wie die Nachbarn es machen. Die machen es nämlich gar nicht so schlecht, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde, das wäre eine richtige Herangehensweise!

(Beifall von der LINKEN.)

So, nun will ich die Dinge nicht allzu sehr ausweiten, ich will mir noch etwas Zeit lassen, um zu antworten. Wenn wir alleine die Punkte, die ich hier angesprochen habe, korrigieren, dann kommen wir ein entscheidendes Stück weiter. Wie gesagt, ich plädiere hier ja nicht dafür, alles aufzumachen und dass uns das alles völlig gleichgültig sein soll und so weiter, sondern ich plädiere dafür, nach den neuesten Erkenntnissen vorzugehen: Was leistet die Impfung, was leisten die Tests? Deswegen habe ich bei der Impfung das israelische Beispiel angeführt, weil viele das vielleicht nicht so wissen. In Israel sind sehr hohe Inzidenzwerte, trotz des enormen Durchimpfens der Bevölkerung. Das ist alles noch nicht geklärt. Deswegen war ein Satz in Ihrer Regierungserklärung sehr zu unterstreichen, nämlich dass wir immer noch viel zu wenig wissen.

Es ist auch einiges zu sagen zu den Mutationen. Da wird von einem Teil der deutschen Wissenschaftler, vor allem von denen, die sich in den Talkshows rumtreiben, immer wieder die Gefahr beschworen. Es gibt aber auch eine ganz andere Schule in der Welt, die darauf hinweist, dass es eine Selbstverständlichkeit ist, dass Viren mutieren, die darauf hinweist, dass es auch eine Selbstverständlichkeit sein kann, dass bestimmte Viren ansteckender sind, also leichter zu den Menschen vordringen können, die aber auch sagen, dass sich diese Viren abschwächen. Deshalb ist es erstaunlich, dass in Talkshows immer wieder bestimmte Leute auftauchen und sagen, dass das gefährlich ist.

Es gibt quer durch die Welt eine ganz andere Diskussion. Es ist eine widersprüchliche Meldung, eine widersprüchliche Erklärung. Da ist es noch einmal notwendig, darauf hinzuweisen - das gilt auch für Leute, die Wissenschaftler sind, aber nie klinisch gearbeitet haben -, dass es unter dem Gesichtspunkt des Gesundheitswesens nicht sinnvoll ist, die Leute in Angst zu versetzen. Das ist nicht sinnvoll, das gefährdet ihre Gesundheit und deswegen ist jeder Arzt, der ein bisschen Erfahrung hat, gut beraten, immer wieder darauf hinzuwirken und Dinge zu sagen, die den Leuten Mut machen, anstatt die Leute immer nur in Angst und Schrecken zu versetzen!

(Beifall von der LINKEN.)

Ich fasse zusammen: Es gibt noch einiges aufzuarbeiten. Wenn wir das aufarbeiten wollen, dann dürfen wir die Dinge nicht unter den Teppich kehren und müssen vor allem den Mut haben - ich habe das immer wieder angemahnt -, kritische Dinge hier anzusprechen. Ich weiß, eine Koalitionsregierung ist schwerer zu führen als eine Regierung mit absoluter Mehrheit, das ist nun einmal so, Herr Ministerpräsident. Aber ich habe auch zehn Jahre lang in Saarbrücken in einer sozialliberalen Koalition gearbeitet, allerdings die zweite Hälfte mit der absoluten Mehrheit. Aber das ist alles handhabbar. Die Konflikte dürfen nicht so eskalieren - Stichwort Schulstreit -, dass das Vertrauen der Bevölkerung verloren geht.

Das ist unser Appell an Sie: Wir müssen Vertrauen herstellen und Mut machen, nicht nur Angst! Dann kommen wir gut durch die Pandemie! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall von der LINKEN.)

**Präsident Toscani:**

Der nächste Beitrag zur Aussprache zur Regierungserklärung kommt von der CDU-Landtagsfraktion. Im Rahmen der Aussprache zur Regierungserklärung, aber auch zur Begründung des gemeinsamen Antrags von CDU, SPD und DIE LINKE-Landtagsfraktion erteile ich der Abgeordneten Helma Kuhn-Theis das Wort.

**Abg. Kuhn-Theis (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist meiner Fraktion, der CDU-Landtagsfraktion, ein besonderes Anliegen, heute zu diesem Antrag zu sprechen, der die deutsch-französische Freundschaft betrifft. Wir sind Ihnen, der Fraktion DIE LINKE, auch sehr dankbar, dass Sie dieses Thema aufgegriffen haben. Ich glaube, wir sind uns in der Einschätzung einig, dass wir den gemeinsamen Weg nach Europa gehen müssen, auch angesichts der Tatsache, dass wir hier in unserem Petite Europe quasi zu einer großen europäischen Familie zusammengewachsen sind.

Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft und diesen Begriff muss man auch wörtlich nehmen. Wir leben zusammen und das Schicksal auf der saarländischen Seite ist eng verknüpft mit dem Schicksal auf der französischen Seite, was die Familien, unsere Kinder und Eltern anbetrifft. Deswegen ist es mir und natürlich auch unserem Fraktionsvorsitzenden ein ganz besonderes Herzensanliegen - den Ministerpräsidenten brauche ich an der Stelle nicht zu erwähnen, das ist selbstverständlich -, dass wir diesem Thema mehr Beachtung schenken müssen.

Es war in den letzten Jahren alles wunderbar gelaufen, auch hier in diesem Parlament. Wir waren immer die Treiber in der Großregion, wenn es darum ging, Fortschritte zu erzielen, was die deutsch-französische, die großregionale Sicht und die Projekte angeht, die wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Und wir waren immer sehr erfolgreich. Aber auf diese Krise waren auch wir hier in unserem kleinen Europa nicht vorbereitet.

Sie sprechen zu Recht von Mut, Herr Kollege Lafontaine. Diesen Mut müssen wir jetzt gemeinsam haben, neue Wege zu beschreiten, um eine europäische, sprich großregionale Krise zu bewältigen, aber ohne gegenseitige Vorhaltungen. Das bringt uns überhaupt nicht weiter, auch wenn Sie zu Recht sagen, dass Sie zornig sind mit Blick auf Berlin und Paris. Das sind wir alle, aber man muss sich dann auch ein bisschen im Zaum halten und die Wortwahl etwas mäßigen, zumal es nicht um irgendjemanden geht, sondern um eine Frau, die weltweit eine große Reputation hat und die auch für die Bundesrepublik Deutschland und Gesamteuropa ihre Verdienste hat. Daher bitte ich, auch wenn es schwerfällt, sich in der Wortwahl etwas zu mäßigen.

(Beifall von der CDU.)

Ich stehe heute hier vor Ihnen, nicht um zu klagen und zu jammern, sondern um ganz konkrete Vorschläge zu machen, wie wir gemeinsam diese Großregion aus der Krise führen können. Wenn ich den Ministerpräsidenten, der hier neben mir sitzt, anschau und überlege, was Tobias Hans in den letzten Wochen und Monaten auch gerade in Berlin an Gesprächen geführt hat zugunsten der Menschen,

die hier leben, dann muss ich sagen: Tobias, das hast du gut gemacht! Mit den Möglichkeiten, die wir haben, mit den Instrumenten, die uns das Gesetz gibt, hast du wirklich einen tollen Job gemacht, und dafür danke ich dir sehr herzlich, auch als Europäerin!

(Beifall von der CDU.)

Ich bin dem Europaausschuss sehr, sehr dankbar. Wir hatten am letzten Donnerstag eine Sitzung, der Kollege Roth - er sitzt gerade vor mir -, auch der Kollege Oberhausen und alle, die dem Ausschuss angehören, waren mit mir einer Meinung, dass wir schneller agieren müssen. Es dauert alles viel zu lange hier an der Grenze. Deswegen brauchen wir neue Instrumentarien, Ausnahmeregelungen, die es uns ermöglichen, hier vor Ort die Entscheidungen zu treffen. Die Entscheidungen für die Großregion, für unsere Grenze, müssen hier getroffen werden!

Ich wünsche mir, dass Tobias Hans der Entscheider hier vor Ort ist, der mit seinen Kollegen jenseits der Grenzen sagt, was jetzt gemacht wird, wie es aussieht, wie es mit den Testungen geht, wann die Geschäfte geschlossen werden, wie es mit dem Schulbetrieb aussieht. Das ist meine Vision einer Handlungsempfehlung, die wir leider Gottes im Moment nicht haben, aber die wir gemeinsam hinbekommen können. Ich gehe einmal davon aus, dass wir das alle wollen. Die Mitglieder des Europaausschusses wollen das.

Wir haben beschlossen, dass wir jetzt gemeinsam über den Interregionalen Parlamentarierrat versuchen, ganz schnell in einer Sondersitzung diese Dinge zu besprechen. Vorerst können wir die saarländische und die französische Seite bemühen, ich habe auch schon Kontakt aufgenommen mit unserem Landtagspräsidenten, der das Ganze natürlich sehr unterstützt. Ich glaube, es muss unser gemeinsamer Weg sein, eine belastbare Grundlage zu finden, auf der unsere Entscheider vor Ort die Entscheidungen treffen, die für die Menschen hier, die es ja betrifft, wichtig sind. Das ist alles, was für uns als Parlamentarier zählen muss: Das Wohl der Menschen, die hier in der Grenzregion leben!

(Beifall von der CDU, bei der SPD und bei der LINKEN.)

Es gibt ja den Aachener Vertrag. Dieser Aachener Vertrag - und das ist meine Hoffnung - wird es hergeben, dass wir eine gemeinsame Grundlage finden, eine Basis, auf der wirklich vor Ort entschieden werden kann. Meine Redezeit ist leider zu Ende, ich bedaure das sehr. Aber lassen Sie mich ein Letztes sagen zu einem Satz in der heutigen Saarbrücker Zeitung, den eine Frau ausgesprochen hat anlässlich der Demonstrationen am Wochenende. Dieser Satz bringt für meine Begriffe alles auf den Punkt. Sie hat gesagt: „Dabei sind wir, die Menschen an der Grenze, das, was Europa ausmacht.“ Diesen

**(Abg. Kuhn-Theis (CDU))**

Menschen sind wir verpflichtet. Wir werden als Europausschuss die Initiative ergreifen und diesen Weg gehen. Ich hoffe auf Unterstützung. - Ganz herzlichen Dank!

(Beifall von den Regierungsfraktionen und der LINKEN.)

**Präsident Toscani:**

Als Nächstes spricht der Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion, Herr Josef Dörr. Er wird sich im Rahmen der Aussprache zur Regierungserklärung äußern und außerdem den Gesetzentwurf der AfD-Fraktion sowie den Antrag der AfD-Fraktion einbringen.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Saarländerinnen und Saarländer! Ich möchte natürlich zuerst einmal unsere Frauen in den Mittelpunkt stellen. Ich möchte ihnen herzlich gratulieren, möchte ihnen alles Gute wünschen für die Zukunft und für die Dinge, die wir in der Politik machen können, damit ihr Leben etwas leichter wird. Ich hoffe, dass wir das als Privatpersonen sowieso schon machen.

Ich möchte zuerst einmal auf meine Vorrednerin eingehen, auf Frau Kuhn-Theis, eine überzeugte und engagierte Europapolitikerin über Jahrzehnte. Sie hat hier wichtige Dinge gesagt und versucht, uns noch einmal aufzumuntern und uns zu ermutigen, wichtige Dinge für Europa zu tun.

An dem Antrag, der von drei Fraktionen eingebracht wurde, möchte ich aber etwas bemängeln, und zwar wird von einem breiten Engagement des Parlaments gesprochen, aber wir von der Fraktion der AfD sind hier nicht einbezogen worden, uns hat man nicht gefragt. Dabei könnten wir zum Beispiel - ich weiß nicht, ob das alle Fraktionen könnten - locker unsere Fraktionssitzungen auf Französisch machen. Dazu sind wir schon in der Lage, das heißt, wir sind in der Tat für Europa und für die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit. Und deshalb wäre es doch ordentlich und normal gewesen, dass man uns in dieses Anliegen einbezogen hätte. Wir hätten gerne mitgemacht!

Am Wochenende hat man gesehen, dass das ein wichtiges Thema ist, als bei der Goldenen Bremm Hunderte Leute gegen die Corona-Regeln demonstrieren haben, gegen die Tests und alle anderen Dinge, die damit verbunden sind. Da kann man von einer Volkserklärung reden. Wir haben eine Regierungserklärung gehört, die sich eher angehört hat wie der Bericht einer Gesundheitsministerin oder eines Gesundheitsministers, aber dort hat eine Volkserklärung stattgefunden, und eine Volkserklärung findet auch statt, wenn es heißt, dass die Einzel-

händler nicht unzufrieden, sondern empört sind, so hat es in der Zeitung gestanden. Dazu gehört schon einiges.

Ich habe ja nur eine sehr kurze Redezeit, um diese Volkserklärung vorzuführen, deshalb muss ich mich auch kurzfassen. Mich stört immer schon, wenn ich hören und miterleben muss, dass unser Ministerpräsident in diese Ministerpräsidentenkonferenz unter Führung der Bundeskanzlerin gehen muss. Die beschließen dann, was wir hier im Saarland zu machen haben, oder sie vereinbaren etwas, und es wird sich mehr oder weniger daran gehalten.

Das ist aber nicht Aufgabe der Kanzlerin. Sie hat im Saarland in der Gesundheitspolitik nichts zu suchen. Was sie tun kann, sind zwei Dinge: Impfstoff besorgen und Medikamente gegen die Krankheit besorgen. Impfstoff besorgen: Note mangelhaft. Medikamente besorgen: Note ungenügend, wir haben nämlich noch keine. Das andere ist Sache des Landes selbst.

Es wurde schon gesagt, dass vor ziemlich genau einem Jahr, am 03. März, die Gesundheitsministerin zum ersten Mal feststellen musste, dass es hier im Saarland einen Corona-Fall gab. Was haben wir seither alles erleben müssen? Einsperrungen und Aussperrungen, Schließungen aller Art - Geschäfte und Schulen -, Besuchsverbote, Versammlungsverbote und so weiter. Eigens zu den Impfpannen könnte man eine ganze Sitzung machen, Herr Lafontaine hat auch schon einiges genannt. Ich will das nicht mehr wiederholen. Ich habe auch schon sehr oft gesagt: Man hätte von Anfang an das machen können, was man erst jetzt tut, man hätte loslassen und die Gesundheitsämter planen lassen müssen, die dann die Arztpraxen einbezogen hätten, und dann wäre man gleich vor Ort gewesen und hätte die Situation gesehen. Aber vielleicht - die Ministerin hat es hier auch einige Male zu ihrer Verteidigung gesagt - sollte auch verschleiert werden, dass nicht genug Impfstoff da ist.

(Zuruf des Abgeordneten Funk (CDU).)

Das ist nun mal so. Dann haben wir gelernt, dass es eine Menge Fremdworte im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gibt. Da fällt mir immer nur ein: Man muss die seichten Wasser trüben, um Tiefe vorzutäuschen. Das Wirtschaftsleben ist in Teilen lahmgelegt, von einem gesellschaftlichen Leben kann nicht mehr die Rede sein, in das Familienleben wird in der eigenen Wohnung eingegriffen. Ich lese Ihnen mal die Regel zum Besuch bei Familien vor, da ist wirklich an alles gedacht: Private Zusammenkünfte in der Öffentlichkeit, in Privaträumen und auf privaten Grundstücken sind mit bis zu fünf Personen möglich, die aus maximal drei Haushalten stammen dürfen. Dabei müssen zwei der Haushalte in einer familiären Beziehung zueinander stehen. - Da ist nicht genau ausgeführt, wie verwandt sie sein müs-

(Abg. Dörr (AfD))

sen, im Dorf ist man ja Gott sei Dank mit fast jedem verwandt. - Kinder bis 14 Jahre sind von der Höchstzahl ausgenommen. Haushalte mit mehr als vier Personen dürfen sich mit zwei weiteren Personen treffen, wovon höchstens eine nicht aus dem familiären Bezugskreis des gastgebenden Haushaltes stammen darf. Ehepaare, Lebenspartner und nicht-eheliche Lebensgemeinschaften - es ist wirklich an alles gedacht - gelten auch dann als ein Haushalt, wenn sie nicht im gleichen Haushalt leben. - Da fehlen nur noch eine Härteklausele und vielleicht noch ein Ausschuss, der dann über diese Härtefälle berät. Ich würde jetzt mal behaupten, dass nicht alle Mitglieder der Regierung auswendig wissen, was da erlaubt ist und was nicht.

Wir erleben eine Zeit, in der die Corona-Hysterie beziehungsweise Corona-Psychose schon mehr Opfer gefordert hat als das Virus selbst. Alte Menschen sterben an Einsamkeit in Heimen, junge Menschen verzweifeln, weil ihnen ihre Lebensgrundlage geraubt wurde, Familien zerbrechen, Kinder bekommen nicht die ihnen zustehende Bildung und Erziehung und so weiter. Die Bevölkerung wird seit Monaten in Sicherheit gewiegt und dann in Angst und Schrecken versetzt. Wir sind wichtiger Grundrechte beraubt worden, das muss noch einmal klargemacht werden. Hier geht es darum, dass durch Verordnungen Grundrechte ausgehebelt werden. Zum Beispiel ist in Artikel 21 unserer Landesverfassung ganz klar festgelegt, was ein Grundrecht ist: „Die Grundrechte sind in ihrem Wesen unabänderlich. Sie binden Gesetzgeber, Richter und Verwaltung unmittelbar.“ Mit Verwaltung ist die Regierung gemeint, welche also unmittelbar an die Grundrechte gebunden ist und diese Grundrechte werden einfach abgeschafft. Da könnte ich auch eine Bemerkung machen, was die AfD betrifft, die man ja beobachten will, weil sie vielleicht nicht verfassungstreu ist. Aber es gibt in Deutschland keine Partei, die die Verfassung für wichtiger hält als die AfD.

(Beifall von der AfD. - Vereinzelt Lachen und Sprechen.)

Einen Großteil der Folgen der jetzigen Misere verschulden die Regierungen in Berlin und Saarbrücken: Die unfähige Regierung in Berlin, die grob gesagt den Ausverkauf Deutschlands betreibt, maßt sich Befugnisse an, die ihr nicht zustehen, erfüllt aber nicht ihre Aufgaben - das habe ich eben schon ausgeführt. Und die Regierung in Saarbrücken beugt sich ohne jedes Selbstbewusstsein der Berliner Anmaßung. Wo bleibt unsere Selbstachtung, wo bleibt unser Mut? Es ist grober Unfug, das Virus mit flächendeckenden einheitlichen Maßnahmen bekämpfen zu wollen. Das Virus muss am einzelnen Menschen, wo es auftritt, bekämpft werden. Dazu gehört dann die ganze Palette der Maßnahmen, angefangen mit der Vorbeugung bis zur Heilung mit Medikamenten im Krankheitsfalle. Die falsche Den-

ke, dass alles besser ist, wenn es deutschlandweit einheitlich und gleichzeitig und notfalls natürlich auch noch mit Gewalt durchgeführt wird, ist nur schwer aus den Köpfen der Regierenden herauszubringen. Das Virus sollte dort bekämpft werden, wo es auftritt, nicht dort, wo es auftreten könnte. Wenn ein Kind in der Grundschule in Wemmetsweiler erkrankt, wird man nicht das Robert-Schuman-Gymnasium in Saarlouis schließen. Wenn ein Stahlarbeiter in Dillingen erkrankt, wird man nicht gleich das ganze Werk oder vielleicht Villeroy & Boch in Mettlach schließen.

Zu den Schulen: Ich habe die Zahlen der Infektionen und Testungen in den letzten Tagen noch mal gelesen. Da habe ich festgestellt, dass in allen Gymnasien im ganzen Saarland kein einziger Fall aufgetreten ist. In Kleinblittersdorf gab es fünf Neuinfektionen, im Durchschnitt also einen Fall auf jeden der fünf Ortsteile verteilt. Ich frage mich wirklich, wo da das Problem liegt. Wie haben unsere Großeltern das gemacht? Haben sie Krankheiten nachgeschnüffelt, die keine Symptome gezeigt haben? Sie hatten genug mit den Krankheiten zu tun, die Symptome gezeigt haben. Ich will hier unter keinen Umständen die Corona-Pandemie verharmlosen, ich habe in der eigenen unmittelbaren Umgebung miterleben können, wie sich diese Krankheit auswirkt. Das ist eine ganz schlimme Krankheit. Ich habe mich dann natürlich sofort testen lassen, um zu verhindern, dass ich andere anstecke, falls ich selbst infiziert bin. Aber werde ich mich jetzt alle zwei Stunden testen lassen, um mich einer Scheinsicherheit hinzugeben?

Zum Testen ist auch schon einiges gesagt worden. Es wird immer mehr getestet und je mehr man testet, desto mehr wird sich auch der Inzidenzwert erhöhen. Man kann nicht mehr von der Hand weisen, dass es auch Leute gibt, die an den Tests verdienen, sogar Politiker in verantwortungsvollen Stellen. Der Ministerpräsident hat zu Recht gesagt, dass sei stark zu verurteilen. Mit solchen Dingen muss man rechnen.

Etwas möchte ich noch sagen - ich sehe schon, dass meine Redezeit bald zu Ende ist.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Jung (SPD).)

Ich weiß, Herr Jung, Sie können nicht gut hören, was ich hier sage.

(Abg. Dr. Jung (SPD): Grausam! - Abg. Renner (SPD): Furchtbar!)

Es ist eine ganz schlimme Sache, dass man immer noch an diesem Inzidenzwert klebt und nicht loslassen will. Ich sage es mal unverblümt, ich halte davon null! Ich begründe an einem Beispiel, was passiert, wenn man diesen Inzidenzwert als Maß aller Dinge nimmt: Je mehr ich teste, umso höher ist die Inzidenz bei gleichbleibender Corona-Lage. Wenn bei 100 Testungen eine positiv ist, dann sind es nach

**(Abg. Dörr (AfD))**

der Wahrscheinlichkeit bei 100.000, was ja die Grundlage ist, 1.000 positive Tests, sodass man dann einen Inzidenzwert von 1.000 hat. Wenn ich also den Inzidenzwert aus irgendeinem Grunde - aus welchem Grund auch immer - hochhalten will, muss ich testen, testen, testen.

Aus den hier gemachten Ausführungen schließen wir in der AfD-Fraktion, dass diese Verordnungen per Gesetz - wie es unser Antrag vorsieht - zurückgenommen werden sollen. Wir sind nicht so zuversichtlich, dass Sie das annehmen wollen, aber wir haben es trotzdem vorgeschlagen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD.)

**Präsident Toscani:**

Nächster Redner in der Aussprache ist der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ulrich Commerçon.

**Abg. Commerçon (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Brot und Rosen - so heißt eine große Streikparole aus dem Jahr 1912. Diese Streikparole wurde auch zum Lied der Internationalen Frauenbewegung. Die Rosen habe ich heute mitgebracht und für das Brot kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit 1863. Gerade in der Pandemie ist es deutlich geworden: Frauen halten unsere Gesellschaft am Laufen, im Beruf, in der Pflege, in der Kinderbetreuung, zu Hause beim Homeschooling, im Homeoffice und im Haushalt, im Übrigen auch hier in der Regierung, und das Ganze häufig mit zu wenig Zeit, zu wenig Geld und unter zu viel Druck. Für viele Frauen war die Corona-Pandemie ein Rollback in alte Geschlechterrollen, ein Karrierekiller und eine Zeit der Mehrfachbelastungen. Deswegen Brot und Rosen. Das Brot steht für den gerechten Lohn. Die Rosen sind nicht nur schöne Blumen, sie stehen in dieser Tradition - und so ist dieser Liedtext gemeint - für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen. Deswegen muss klar sein: Brot und Rosen heißt auch, es geht nicht nur um schöne Blumen, sondern um tatsächliche Gleichstellung in allen Lebensbereichen. Ich finde, das muss an diesem Tag sehr deutlich ausgedrückt werden.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aktuell wird viel über Pandemiemüdigkeit geschrieben und gesprochen, ein Gefühl, das uns vermutlich allen mittlerweile nur allzu vertraut ist. Der SPIEGEL-Journalist Sascha Lobo geht in einem seiner neuesten Texte noch einen Schritt weiter. Er schreibt, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Nach der Wut kommt die Müdigkeit, aber irgendwann ist man selbst für

Müdigkeit emotional zu erschöpft, und dann bleibt ein tiefer, dumpfer Dauergroll, der nicht so scharfkantig ist wie die Wut. Aber gefährlicher.“ Sascha Lobo adressiert explizit das Gefühl eines angeblichen Politikversagens, ein Gefühl, das leider viele und immer mehr Menschen in unserem Land teilen. Ich glaube in der Tat, es bricht niemandem ein Zacken aus der Krone, wenn wir anerkennen, dass bei der Bewältigung der Pandemie nicht immer alles optimal gelaufen ist, dass es Anlaufschwierigkeiten gab und Fehler unterlaufen sind. Genauso klar ist aber auch: Den größten Fehler begehen diejenigen, die nichts tun, denn wer handelt, macht auch Fehler, wer nichts tut, begeht allerdings den größten Fehler.

Deswegen will ich an dieser Stelle eine Bitte an die Öffentlichkeit richten. Wir leben glücklicherweise in einer offenen Gesellschaft. Dazu gehört die kritische Diskussion, aber diese kritische Diskussion hat nicht das Ziel, andere schlechtzumachen, sondern Verbesserungen durchzusetzen. So verstehe ich unsere Aufgabe hier im Parlament und ich glaube, dem werden wir auch ganz gut gerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Für ein vollständiges Bild muss aber auch anerkannt werden, dass die Pandemie bestehende Problemlagen in Deutschland schmerzhaft offengelegt hat, Problemlagen, die sich nicht in zwölf Monaten beheben lassen, auch wenn wir uns das wünschen würden. Es sind aber auch erhebliche Fortschritte erreicht worden, bei der Digitalisierung, bei der Stärkung unserer Gesundheitsversorgung, im Bildungssystem, auch dort bei der Digitalisierung, aber auch mit der Schaffung von mehr Lehrerinnen- und Lehrernstellen, bei aktiver Ansiedlungspolitik, bei der Förderung von Kultur und Kunst, beim Testen und auch beim Impfen. Wir müssen aber - explizit auch in diesem Haus und diesem Land - bei der Schere zwischen Arm und Reich nachlegen, damit diese nicht noch weiter auseinandergeht. Wir werden uns auch weiter darum kümmern, wie das gelingen kann. Wir haben das kürzlich als Fraktion im Rahmen eines Sozialgipfels mit den Sozialverbänden getan. Wir werden auch in den nächsten Wochen und Monaten weiter daran arbeiten und konkrete Vorschläge machen.

(Beifall von der SPD.)

Ich möchte für meine Fraktion fünf Ziele für die nächsten Wochen skizzieren. Das erste Ziel ist: Wir wollen und müssen bei den Impfungen bundesweit an der Spitze bleiben. Das ist ein riesiger Fortschritt, das waren wir nicht immer. Im März werden wir so viel Impfstoff erhalten wie nie zuvor. Wir können dann drei Mal so viel impfen wie im Februar. Das muss ein wichtiges Ziel sein und möglichst reibungslos gelingen. Zweitens: Wir wollen auch beim Testen Spitzenreiter werden. Der massenhafte Einsatz von

(Abg. Commerçon (SPD))

Schnelltests hilft, unerkannte Infektionsketten zu unterbrechen, und könnte uns gemeinsam mit dem Impfen wieder einen Weg in die Normalität bahnen. Drittens: Wir wollen allen Schülerinnen und Schülern ein gutes schulisches Angebot machen. Ich werde später noch darauf eingehen, was Schulschließungen für Kinder und Jugendliche bedeuten.

Viertens: Wir wollen, dass gesellschaftliche Teilhabe nicht vom Geldbeutel abhängt. Es ist gut in dem von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossenen Plan, weitere Öffnungsschritte auch an negative Schnelltests zu knüpfen, aber nicht, wenn sich diese nicht jede und jeder leisten kann. Es wäre nicht gut, wenn jetzt noch mehr Zeit ins Land ginge, bis wir allen Bürgerinnen und Bürgern kostenlose Testangebote machen können. Nebenbei bemerkt: Ein Gratis-test pro Woche wird nicht reichen, davon bin ich überzeugt. An dieser Stelle werden wir nachlegen müssen.

Der fünfte Punkt hat in der Debatte heute Morgen auch schon eine Rolle gespielt: Wir wollen und müssen mit unseren Nachbarinnen und Nachbarn in der Großregion freundschaftlich zusammenleben. Für uns ist Europa kein abstraktes Lebensgefühl, sondern für uns ist Europa Alltag und ein Alltag muss reibungslos funktionieren, angefangen beim öffentlichen Nahverkehr bis zur grenzüberschreitenden Arbeit und Zusammenarbeit. Wir müssen auch in der nächsten Zeit sehr akut, sehr hart daran arbeiten, dass unser Alltag in der Großregion wieder funktioniert, nicht nur für die vielen Beschäftigten, sondern auch für die vielen familiären und freundschaftlichen Verknüpfungen. Ich finde es besonders schmerzhaft zu sehen, dass es offenkundig Schwierigkeiten gibt. Da müssen wir gemeinsam rangehen, damit die Schülerinnen und Schüler aus Frankreich ans Deutsch-Französische Gymnasium gehen können. Es müssen alle gemeinsam daran arbeiten, dass dies wieder möglich ist, nicht nur, weil es ein wichtiges Symbol ist, sondern weil es für die Schülerinnen und Schüler dort ganz dringend notwendig ist.

(Beifall von der SPD, bei der CDU und vereinzelt bei der LINKEN.)

Ich bin deswegen sehr dankbar, dass wir heute mit der Linksfraktion und der CDU einen gemeinsamen Antrag verabschieden. Das ist ein gutes und starkes Signal und das verbindet uns.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Signale sind wichtig, aber gerade für die Kleinen und Kleinsten in unserer Gesellschaft reichen Signale nicht aus. Es gab bei wenigen Themen in diesem Haus eine so große Einigkeit wie bei dem Grundsatz, dass Schulen und Kitas als letzte geschlossen und als erste wieder geöffnet werden. Das muss sich jetzt auch beweisen, nicht, weil ich fürchte, dass wir dort den Konsens zu verlieren drohen, sondern weil die Belastungssituation für Kinder und Jugendliche so

enorm ist. Millionen Kinder sitzen deutschlandweit seit Monaten den ganzen Tag zu Hause, sind unterbeschäftigt, teilweise gelangweilt, aber gleichzeitig von den Erwartungen überfordert. Sie sind sozial isoliert und in ihrer Entwicklung eingeschränkt, ihnen fehlen positive Zuwendung und soziale Interaktion. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, die das auch mal wegstecken können. Kinder sind Kinder.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Mittlerweile zeigt jedes dritte Kind eine psychische Belastung. Depressive Symptome nehmen alarmierend zu. Kinder leiden auch körperlich unter der mentalen Belastung. 40 Prozent unserer Kinder leiden unter Einschlafproblemen, 40 Prozent beklagen Bauchschmerzen, circa 30 Prozent unserer Kinder leiden unter Kopfschmerzen. Neben diesen akuten Auswirkungen werden Kinder auch langfristig gesundheitlich belastet, ihnen fehlen Bewegung und gesundes Essen, sowohl Übergewicht als auch Essstörungen nehmen zu. Das ist besorgniserregend, eine Situation, die wir ernst nehmen und anerkennen müssen. Ich verstehe, dass und warum der Handel, körpernahe Dienstleistung, Kunst, Kultur und viele andere lautstark eine Öffnungsperspektive einfordern. Mich treibt aber wirklich um, dass die Lobby für Kinder in diesem Land noch viel zu leise ist. Ich glaube, diese Lobby müssen wir in Zukunft stärken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und bei der LINKEN.)

Ich bin deswegen sehr dankbar, dass Bundesfamilienministerin Franziska Giffey in diesem Kontext in der letzten Woche einen sehr treffenden Satz gesagt hat - er war hart und hat viele verstört, aber ich finde, sie hat recht: „Es kann nicht sein, dass Hunde früher in die Schule gehen als Kinder.“ Ich finde, dieser Satz trifft es im Kern. Wir befinden uns aktuell in einer Situation, in der die Interessen von Kindern mit denen von vielen anderen konkurrieren müssen. Ich war nie überzeugter, dass wir aus dieser Pandemie lernen müssen, dass wir Kinder stärker in unserer Gesellschaft beteiligen müssen, in der Mitbestimmung in der Schule, in Jugendgemeinderäten, Jugendparlamenten, auch hier im Land, und ja: Wir als SPD werden auch weiter dafür streiten, dass das Wahlrecht auf 16 Jahre abgesenkt wird. Kinder und Jugendliche wollen auch eine Stimme haben, das haben wir gesehen und das ist zentrales Ergebnis der Befragung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Studie für den 5. Kinder- und Jugendbericht des Saarlandes. Dieses Ergebnis und der Wunsch, Kinder und Jugendliche stärker zu beteiligen, wird sich auch in einem zusätzlichen Gipfel, einem Kinder- und Jugendgipfel widerspiegeln, den wir als SPD-Fraktion demnächst durchführen und zu dem wir Sie natürlich gerne einladen werden.

(Vizepräsident Heinrich übernimmt die Sitzungsleitung.)

**(Abg. Commerçon (SPD))**

Zurück zu den Schulen. Wir sind weit davon entfernt, dass Schulen wieder im Normalbetrieb geöffnet werden können. Aber es ist richtig und mehr als wichtig, dass unsere Kinder endlich in die Schulen zurückkehren können, im Wechselunterricht begleitet von den strengen Hygienemaßnahmen, dem Angebot kostenfreier Schnelltests und einem zügigen Impfangebot für die Lehrkräfte. Ich möchte Sie alle bitten, dass wir gemeinsam alles dafür tun, dass das gelingt. Unterstützen wir dabei die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und Lehrkräfte, die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, unterstützen wir aber auch das Bildungsministerium und die Ministerin, die das hervorragend vorbereitet hat. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, dass das gelingt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich appelliere an Sie und bitte Sie um Unterstützung, weil es eine der wichtigsten Aufgaben ist, die wir in den nächsten Wochen zu bewältigen haben. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Glück auf!

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich danke dem Fraktionsvorsitzenden und rufe den fraktionslosen Abgeordneten Hecker als weiteren Redner auf.

**Abg. Hecker (fraktionslos):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Einzelhandel, Hotellerie, Gastronomie, Fitnessstudios, Bars, Clubs, Diskotheken, Museen, Theater, Sportvereine, die Liste der Branchen, die ihre Tätigkeiten par ordre du mufti verboten bekommen haben, ist schier endlos. Was glauben Sie eigentlich, als Landesvater mit Rückendeckung der Ministerpräsidentenrunde bei Frau Merkel noch alles anrichten zu können? Seit Monaten nehmen Sie den Unternehmen die Freiheit, ihr Geschäft ausüben zu können. Sie stützen sich dabei auf bunte Bildchen von Professor Lehr, der seine Weisheiten mittlerweile auch im bundesweiten Fernsehen zum Besten geben kann, deren Aussagekraft dennoch nur marginal über null liegt.

Ich habe mir gestern den letzten Bericht des CoSim-Simulators von Professor Lehr angeschaut. Was genau glauben Sie eigentlich, daraus entnehmen zu können? Haben Sie irgendeinen kausalen Zusammenhang festgestellt zwischen der Infektionsgeschwindigkeit und einer Zulassung von einem Kunden pro 10, 20 oder 40 Quadratmetern Geschäftsfläche? Ich habe diesen Zusammenhang jedenfalls nicht erkannt, weil es ihn auch nicht gibt. Es gibt allenfalls eine Annahme, wie sich irgendeine Lockerung auf die Kontakthäufigkeit und dadurch auf die Infektionsausbreitung auswirken könnte. Irgendwelche Belege dafür sind schlichtweg nicht vorhanden. Um das noch mal ganz klar zu sagen: Sie nehmen

ganzen Branchen die Luft zum Atmen, ohne irgendeine kausale Begründung dafür anführen zu können. Und Sie tun das nach der Art absolutistischer Feudalherren, die Grundrechte nach Gusto nehmen oder verteilen. Das hat mit der Verfassung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung schlichtweg nichts mehr zu tun.

Nun erklären Sie, dass mittlerweile alle Heimbewohner durchgeimpft seien, viele bereits mit der zweiten Impfung. Ganz ähnlich sehe es auch bei allen über 80-Jährigen aus. Damit ist doch nun absehbar der Schutz der Risikogruppen erreicht, welchen nicht nur wir immer gefordert haben. Natürlich kommt dann passgenau letzte Woche die Meldung, dass wir im Saarland über 60 Prozent der Menschen in die Risikogruppe einstufen müssten. Wer soll so etwas eigentlich noch ernst nehmen? Wir wissen doch mittlerweile genau, dass der weit überwiegende Teil schwerer Verläufe bei den über 80-jährigen vorkranken Personen auftritt. Was spricht also nun dagegen, wo wir doch die größte Risikogruppe mittlerweile weitgehend schützen können, diesen dramatischen Lockdown ein für alle Mal zu beenden? - Schutz der Risikogruppen, Eigenverantwortung freier Menschen, Öffnung aller Branchen, Vereine, Kultureinrichtungen mit bewährten Hygienekonzepten!

Einen Aspekt habe ich in Ihrer Regierungserklärung vergeblich gesucht: Am letzten Mittwoch während der Kanzlerrunde hat die BILD-Zeitung über eine Schaltkonferenz von RKI-Chef Wieler mit Chefärzten berichtet und viele weitere Medien haben das aufgegriffen. Der Chefarzt einer Moerser Lungenklinik hatte deutlich und wenig interpretationsfähig formuliert: „Nach meiner Erhebung hatten immer über 90 Prozent der intubierten, schwerstkranken Patienten einen Migrationshintergrund. Wir haben uns intern darauf geeinigt, dass wir solche Kranke als ‚Patienten mit Kommunikationsbarriere‘ bezeichnen wollen.“

**Vizepräsident Heinrich:**

Herr Kollege Hecker, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Hecker (fraktionslos):**

Vielen Dank für die drei Minuten, die ich hier für sechs Tagesordnungspunkte habe.

(Abg. Pauluhn (SPD): Wir haben Sie nicht aus der Fraktion herausgeschmissen. - Abg. Commerçon (SPD): Sie haben mehr als jeder andere Abgeordnete im Schnitt. Echt eine Unverschämtheit! - Gegenruf des Abgeordneten Hecker (fraktionslos). - Unruhe.)



**Vizepräsident Heinrich:**

Ich rufe als weiteren Redner den Abgeordneten Bernd Wegner für die CDU-Landtagsfraktion auf.

**Abg. Wegner (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte dort einsteigen, wo ich glaube, dass Sie, Herr Lafontaine, recht haben. Wir sind nach drei Monaten eines harten Lockdowns in der Situation, darum kämpfen zu müssen, dass draußen die Akzeptanz für die Maßnahmen, die von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, den Landesregierungen und uns als Parlament auf den Weg gebracht worden sind, weiterhin bestehen bleibt. Die Stimmung - da gebe ich Ihnen vollkommen recht - ist nicht gut draußen. Viele sind der Sache überdrüssig und kämpfen darum, wieder in die Normalität zurückzukehren. Deshalb ist es wichtig, dass wir von dieser Stelle aus Mut machen. Das heißt aber nicht, dass wir sagen, es sei jetzt alles wieder gut, sondern Mut machen heißt, darüber zu diskutieren, wie wir die Probleme so lösen können, dass wir möglichst schnell wieder in eine Normalität zurückkehren können.

Deswegen bin ich dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er heute Morgen in seiner Regierungserklärung in aller Deutlichkeit klargemacht hat, dass wir am Anfang einer Situation stehen, die man die dritte Welle nennen könnte. Wir hoffen, dass wir sie nicht so zu spüren bekommen, und müssen alles dafür tun, dass es diese dritte Welle in der Art und Weise nicht geben wird. Herr Ministerpräsident, Sie haben über B.1.1.7, die Varianten und Mutationen - die brasilianische und die andere - gesprochen. Die Kollegin Helma Kuhn-Theis hat, gerade was die grenzüberschreitenden Aspekte anbelangt, eine wichtige Anregung gegeben und das, was Sie, Herr Lafontaine, gesagt haben, auch ein Stück weit zurückgenommen. Sie haben in einer besonderen Art und Weise das Sozial- und Gesundheitsministerium angegriffen und ich glaube, es ist nicht in Ordnung, wie Sie das gemacht haben.

Wir sind im Bereich der Impfungen Spitze, auch deutschlandweit, was die Erstimpfungen angeht - der Kollege Commerçon hat das eben gesagt. Auch bei den Zweitimpfungen liegen wir ganz weit vorne. Wir sind Vorreiter, was die Einbindung von Arztpraxen angeht. Auch da befinden wir uns als Bundesland an der Spitze und leisten in diesem Bereich eine hervorragende Arbeit. AstraZeneca wird verimpft und nicht irgendwo liegengelassen. Es wird für die Gruppen genutzt, die es wirklich notwendig haben, weil sie unsere Kranken versorgen.

Es ist auch ganz wichtig zu sagen, dass die Tests in den Schulen laufen. Wir haben einige Bundesländer, die nicht darauf gewartet haben, vom Bund bedient

zu werden. Das Saarland ist hier ein Vorreiter und deshalb auch in der Lage, die schrittweise Präsenz, die notwendig ist, um die Kinder und junge Menschen heranzuführen, umzusetzen. Deshalb sage ich: Das Gesundheitsministerium mit Stephan Kolling und Monika Bachmann macht einen hervorragenden Job. Das heißt natürlich nicht, dass es nicht irgendwo auch einmal Fehler gibt, aber trotzdem machen sie einen tollen, einen hervorragenden Job und sind damit bundesweit vorne.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Herr Lafontaine, ich wundere mich schon sehr, dass Sie Zeitungsberichte erwähnen und vorlesen. Mir ist den letzten 30 bis 40 Jahren Oskar Lafontaine in den Zeitungen schon öfter aufgefallen, das muss ich sagen. Ich hoffe für Sie, es hat nicht alles gestimmt, was ich da über Sie gelesen habe. Ich glaube auch nicht, dass man über das Lesen der Zeitung ein Ministerium als gut oder schlecht beurteilen kann. Ich habe die Realität und die Fakten genannt. Ich wiederhole: Ich hoffe für Sie, dass nicht alles, was in der Zeitung über Sie steht, wahr ist.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Zu den Testungen haben Sie gesagt, jeder wisse, wenn man mehr Testungen mache, würden auch mehr positive Fälle auffallen und die Zahlen nicht sinken. Das stimmt, aber nur in den ersten 14 Tagen. Grund der Testung ist ja, möglichst früh die sogenannten Superspreader herauszufiltern und sie in Quarantäne beziehungsweise in eine Situation zu bringen, in der sie nicht noch weitere Personen anstecken können. Das haben wir bisher. Deshalb ist das Testen auf Dauer eine hervorragende Maßnahme, die Zahlen zu drücken, wie erwähnt nicht in den ersten 14 Tagen, aber dann ganz sicher. Deswegen ist es richtig, dass wir testen und die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Sie haben gestern Abend Frau Anne Will im Fernsehen verfolgt und gesagt, man müsse sich damit auseinandersetzen, dass man es in Österreich, Frankreich, Dänemark, Schweden oder England anders handhabe, man müsse sich ein Beispiel daran nehmen. Ich behaupte erstens, dass wir hier von Momentaufnahmen sprechen. Alles, was Sie genannt haben, sind Momentaufnahmen. Ministerpräsident Haseloff hatte gestern Abend eine schöne Studie dabei, mit der er gezeigt hat, wie die Auswirkungen und vor allen Dingen die Belastungen der Bevölkerung durch die Maßnahmen beziehungsweise durch die Inzidenzen waren. Deutschland und Dänemark lagen weit unten, alle anderen waren weit oben. Deshalb glaube ich, dass die Ministerpräsidenten, die Landtage und letztendlich der Bundestag in den letzten Monaten nicht so viel falsch gemacht haben, denn schließlich haben wir eine sehr gute Entwicklung.

(Abg. Wegner (CDU))

Herr Hecker, Sie haben über Lockdown-Unseligkeiten und andere Dinge gesprochen. Ich will dazu nicht viel sagen, schauen Sie sich doch die Welt einfach einmal an. In Frankreich redet man über den vierten oder fünften Lockdown, schauen Sie sich Nachbarländer wie zum Beispiel England an. All dies ist hier schon mehrfach gesagt worden. Ich will mir also die Zeit sparen, darauf noch einzugehen. Manchmal ist es gut, wenn jemand nur 3 Minuten Redezeit hat. Dann braucht man auch nicht auf zu viel Unsinn zu antworten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Herr Lafontaine, ich habe viel Verständnis für Ihren Antrag, den Lockdown zu beenden. Ich glaube, es geht jedem von uns so. Hier ist wohl niemand im Raum, der sagt, er wolle den Lockdown noch haben, es müsse so weitergehen. Es ist unser Bedürfnis, damit so schnell wie möglich zu einem Ende zu kommen. In der Regierungserklärung kam das zum Ausdruck, auch wenn man sich mit Fachleuten unterhält, stellt man dies fest.

Gestern war Herr Lauterbach in einer Fernsehsendung und sagte, die Lockerung käme nicht zustande, weil die Zahlen steigen würden, sodass man keine Lockerung durchführen könne. Ich bin da anderer Meinung. Man schaue sich die Dinge an, die das Gesundheitsministerium im Saarland durchgeführt hat. An dieser Stelle möchte ich ganz besonders betonen: Ich habe hohen Respekt vor den Saarländerinnen und Saarländern da draußen. Vor drei oder vier Wochen haben wir hier gegessen und uns darüber unterhalten. Wir waren in den Werten deutlich über dem Bundesschnitt, aber dieses Land war diszipliniert und hat seine Maßnahmen ergriffen. Heute liegen wir unter dem Bundesschnitt. Ein herzliches Dankeschön an alle, die in dieser Gesellschaft dazu beitragen, dass wir so gut dastehen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Drei Monate Lockdown bedeuten, dass Lebensträume vor dem Aus stehen, dass Jahrzehnte an Aufbauarbeit futsch sind. Die Rücklagen der Unternehmerinnen und Unternehmer neigen sich dem Ende zu. Ich kenne viele, die wirklich hart an der Grenze sind und überlegen, ob sie noch weitermachen können. Ich habe gestern erfahren, dass in meinem Heimatort ein Schuhgeschäft, das seit drei Generationen existiert, wahrscheinlich nach dem Lockdown nicht weitergeführt werden wird, weil jetzt Ware für den Sommer und Herbst eingekauft und vorfinanziert werden müsste. Das ist für die Besitzerin ein zu hohes Risiko, das sie nicht mehr eingehen möchte. Wir müssen versuchen, die Hilfen so schnell wie möglich an die Unternehmen und in die Häuser zu bringen. Ich gebe Ihnen recht, dass wir schneller werden müssen, denn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Angst um ihre Zukunft. Wir

müssen unbürokratisch und schnell sein, wir müssen vor allen Dingen Perspektiven geben.

Deshalb bin ich auch froh, dass am 03. März dieser Gruppe Perspektiven gegeben worden sind. Man mag über Inzidenzen streiten oder nicht, aber in diesem Bereich wird nicht nur auf die Inzidenz geguckt. Wir haben einen Plan, wie wir mehr wirtschaftliche Tätigkeit vor allen Dingen im Einzelhandel und in vielen anderen Bereichen der Wirtschaft gewähren können. Wir haben mittlerweile drei Landkreise, die unter die 50er-Marke gerutscht sind. Tobias Hans hat es in seiner Regierungserklärung genannt und auch Sie haben angesprochen, dass wir nun mit technische Lösungen wie der Luca-App von Smudo, der bekanntesten App, wie man so etwas machen kann, weiter vorankommen werden. Ich weiß auch, dass Herr Alkassar in der Staatskanzlei mit regionalen App-Betreibern an einer Lösung arbeitet, die uns in diesem Bereich voranbringen wird. Ich kann verstehen, dass Sie in Ihrem Antrag schreiben, dass wir so schnell wie möglich in die Normalität zurückkommen müssen, aber wenn wir testen, sollte das technisch so dokumentiert werden können, dass jemand, der morgens in seiner Firma getestet worden ist, mittags an Kultur oder Sport teilnehmen oder den Einzelhandel besuchen kann. Dann sind wir auf dem richtigen Weg. Daran wird gearbeitet. Es wird noch ein bisschen dauern, aber vielleicht gelingt es uns, bis Ende des Monats, wenn neue Verhandlungen stattfinden, hier einen Sonderweg vorbereitet zu haben. Ich würde mich freuen, wenn Tobias Hans das mit in die Konferenz nehmen könnte.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Wirtschaft ist natürlich darauf aus, ihr wirtschaftliches Handeln durchzuführen. Natürlich hat das auch mit Begegnungen zu tun. Ich glaube, dass die Wirtschaft sehr gut vorbereitet ist und sehr viel investiert hat. Wenn ich mich hier so umschaue, erkenne ich, dass die meisten von Ihnen recht gut frisiert sind. Dies bedeutet, dass die eine Woche Öffnung der Friseurläden etwas gebracht hat. Bei mir war es am Samstag so weit. Ich bin darüber auch sehr froh. Ich will jedoch auf etwas anderes aufmerksam machen: Ich kam in meinen Friseurladen, wo vieles verändert wurde. Man hat noch mehr Platz geschaffen, um Ansteckungen zu vermeiden. Man hat Lüftungsgeräte angeschafft und entsprechend investiert, um die Infizierung und das Weitertragen von Corona und der Mutationen zu vermeiden. Ich glaube, dass die Wirtschaft gut aufgestellt und in der Lage ist, in Zukunft die Punkte der Öffnung, die im Plan der Bundesregierung und der Länderchefs angedacht worden sind, zu erreichen. Darüber bin ich sehr froh, ich glaube aber auch, dass es noch lange nicht reicht.

Ich werde mit Sicherheit in den nächsten Monaten, wenn wir ein Stück weit über die Pandemie hinweggekommen sind, wie ich hoffe, und die Wirtschaft

**(Abg. Wegner (CDU))**

wieder arbeiten kann, neue Themen aufrufen: Wie und wo können wir die Wirtschaft fördern, wie können wir den Handel so fördern, dass es vorangeht? Ich wiederhole: Wir müssen im Bereich der Gewerbesteuer, der Verlustrückübertragung, der Abschreibungen und der kommunalen Förderung gute Wege gehen. Ich glaube, dieses Thema ist heute nicht zum letzten Mal im Plenum.

Lassen Sie mich zum Abschluss eines sagen: Wir müssen Hoffnung verbreiten, wir müssen deutlich machen, dass wir tolle Menschen in diesem Land haben, die alles dafür tun, dass diese Krankheit überwunden wird und wir zurück in die Normalität kommen. Ich danke allen, vor allen Dingen auch meinen Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitsausschuss, denn jede Woche setzen wir uns vier oder fünf Stunden damit auseinander, was Dr. Rissland und die anderen Protagonisten uns darüber berichten, wie wir die notwendigen Maßnahmen voranbringen. Ich danke vor allen Dingen all jenen, die daran arbeiten, dass wir in die Normalität kommen. Ich bin da sehr sicher, denn der Frühling ist da und wir können Außenräume ganz anders nutzen. Wir werden die Inzidenz und die Ansteckung ein Stück weit in den Griff bekommen. Mit den Menschen in diesem Land, mit ihrer Disziplin und viel Arbeit werden wir es schaffen. Die Menschen haben es verdient, dass wir uns für sie einsetzen. Wir werden es schaffen, dass es auch der saarländischen Wirtschaft in dieser Gesellschaft wieder besser geht. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

In der Aussprache rufe ich als weiteren Redner für die AfD-Fraktion den Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr auf.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Bernd Wegner, Respekt vor den Saarländern zu haben, ist wichtig, aber diesen Respekt muss man ihnen auch zeigen. Man kann ihnen den Respekt jetzt zeigen, weil - wie auch die Vorredner schon gesagt haben - in der Bevölkerung inzwischen eine große Mehrheit nicht mehr mit den Maßnahmen einverstanden ist. Sie wollen ihre Freiheit, die Freiheit ihres Handels wiederhaben.

Unsere politisch Verantwortlichen haben meiner Ansicht nach ein Demokratieproblem. Die Bundeskanzlerin traut den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten nicht zu, dass sie ihre Sachen selbst verhandeln und nachher selbst handeln können. Unser Ministerpräsident mit seiner Regierung traut den Bürgermeistern nicht zu, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Herr Hans, Sie haben gesagt, Sie hätten überlegt, ob man es für das Saarland insge-

samt oder für die Kreise einzeln sehen sollte. Man hätte doch auch die Kreise einzeln sehen können - mit anderen Worten: Die Regierungen haben ein Demokratieproblem und unsere junge Demokratie im Aufbau ist in ständiger Gefahr. Sie kann nur gerettet werden, indem man sie dauernd fortentwickelt und schließlich verwirklicht.

(Zuruf des Abgeordneter Renner (SPD).)

Man muss Vertrauen haben in die Leute, die man vertritt. Wer sind diese Leute? - Gehen Sie doch mal in ein Wohnviertel in einem beliebigen Dorf oder irgendwo in der Stadt und schauen Sie sich die Häuser an. Sie sind in der Regel picobello, die Gärten sind hervorragend gepflegt. Wer hat das gemacht? War das die Regierung? - Nein, das waren einzelne Leute, es war das einfache, oft unterschätzte Volk. Es sind Bäcker, Schreiner, Lehrer, Ärztinnen, Journalistinnen, alle Berufe sind vertreten. Sie können ihre Sachen hervorragend lösen und sie können für ihre Gesundheit sorgen, natürlich mithilfe der Regierung, die ihnen Ratschläge gibt, und natürlich mithilfe des Gesundheitssystems, aber sie müssen es selbst tun und sie werden es selbst machen können. Deshalb sind wir dafür, dass man ihnen die Freiheit des Handels zurückgibt.- Danke schön.

(Beifall von der AfD.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Als weiteren Redner rufe ich für die SPD-Landtagsfraktion den Abgeordneten Jürgen Renner auf.

**Abg. Renner (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, um an das anzuknüpfen, was der Kollege Commerçon vorhin in Bezug auf Kinder und Jugendliche gesagt hat. Lassen Sie mich vorab noch einen Einschub machen. Herr Dörr, Sie haben eben der Regierung ein Demokratiedefizit unterstellt. Ich komme deshalb nicht drum herum, Ihnen, der Sie auch Volksvertreter sind, genau dieses Demokratiedefizit zu unterstellen und Ihnen Folgendes zu bescheinigen: Wenn man sieht, wie Ihr parlamentarischer Alltag in den Ausschüssen, aber auch hier im Plenum aussieht, dann, so muss ich sagen, erkennt man, dass Sie ein schlechter Volksvertreter sind und dass Sie in diesem Hause das größte Demokratiedefizit zu verzeichnen haben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Der Kollege Commerçon hat darauf hingewiesen, dass Kinder und Jugendliche in der öffentlichen Debatte zu kurz kommen. Ich teile diesen Eindruck ausdrücklich. Wir sind sehr schnell, wenn es um die Bewältigung von Pandemiefolgen geht, bei der Wirtschaft und bei den Arbeitsplätzen. Ich will die Notwendigkeit dessen gar nicht in Abrede stellen, im

**(Abg. Renner (SPD))**

Gegenteil, das ist sehr wichtig, aber dennoch kommen in der öffentlichen Auseinandersetzung Kinder und Jugendliche zu wenig zu Wort, auch in der Bildungsdebatte und bei dem, was wir in der letzten Woche beschlossen haben. Wir haben zuletzt beschlossen, dass heute die Klassen 5 und 6 in den weiterführenden Schulen im Wechselunterricht an den Start gehen. In der öffentlichen Debatte wird eher darüber gesprochen, wer, was und warum angekündigt hat oder nicht und wer recht hat oder nicht. Ich halte diese Debatte nicht für klug, um es zurückhaltend zu formulieren.

Um was geht es denn wirklich? Vergangene Woche war im Tagesspiegel Berlin zu lesen, dass zwei Schülerinnen Mitschülern zwei einfache Fragen gestellt haben: Wie geht es dir? Was muss sich ändern? - Es handelt sich im Übrigen um Schülerinnen und Schüler mit guten Ergebnissen. Es gab circa 100 Antworten, die jetzt auch in anonymisierter Form öffentlich einsehbar sind. Ich will einige daraus zitieren: Meine Schwester hat einfach aufgegeben und sitzt nachts weinend im Bett und schläft tagsüber. Sie nimmt am Homeschooling nicht mehr teil, weil es ihr zu viel wird. Wir haben Stress, ich trinke mehr, ich rauche, ich nehme Drogen. Es muss sich dringend etwas ändern. Ich kann nicht schlafen durch Panik, Angst, Herzrasen. Ich habe Angst, mich zu melden, Angst drangenommen zu werden. Ich habe keine Zeit mehr, über mich selbst nachzudenken. Morgens, mittags Beruhigungstees, um nicht mehr nervös zu sein und nicht mehr Angst vor dem Stapel Aufgaben zu haben. Abends und nachts trinke ich Energydrinks, um mich wachzuhalten und die restlichen Aufgaben zu machen. Ich werde nicht müde, ich kann nicht schlafen, ich habe keine Energie. Ich will neben meinen Mitschülerinnen sitzen und mit den Lehrerinnen und Lehrern face to face kommunizieren, bitte! Ich gebe absolut mein Bestes, aber es reicht nicht. Ich hole alles nach und lerne bis spät in die Nacht, aber es ist nicht genug. Ich weiß einfach nicht weiter. - Einige Aussagen aus dieser Befragung, die in Berlin auf große Resonanz stößt und Diskussionen hervorruft.

Zweitens. In Frankreich sind Schulen und Kitas geöffnet. Dort berichtet Robert Cohen, der Sprecher des Verbandes der Kinder- und Jugendärzte über mehr und mehr Einweisungen in Krankenhäuser wegen psychischer Erkrankungen, Depressionen, Selbstmordversuchen. Er sagt: „Wir können da auch von einer Epidemie sprechen. (...) Die Kinder erkranken am Eingesperrtsein.“ Heinz-Elmar Thenort von der Leopoldina sagt, dass Corona die Bildungsverhältnisse der Vormoderne wiederhergestellt hat. In Österreich wurde letzte Woche eine Studie veröffentlicht, in der landesweit 3.042 Schülerinnen und Schüler über 14 Jahre befragt wurden. Die Studie wurde unterstützt und gefördert vom dortigen Bundesbildungs- und Forschungsministerium. Demnach gab es einen deutlichen Anstieg psychischer Sym-

ptome. 56 Prozent der Befragten zeigen Anzeichen einer Depression. Die Hälfte leidet unter Angstsymptomen und Schlafstörungen. Diese Anzahl hat sich verfünfbis verzehnfacht. Besonders erschreckend ist, dass jeder sechste Schüler ab 14 Jahren suizidale Gedanken hat.

Jetzt gibt es solche Untersuchungen bei uns im Lande nicht, aber ich vermute mal, dass sich in der Tendenz dies bei uns auch abzeichnen wird. Das ist bei allen Debatten darüber, warum, wann und wer etwas sagt, warum und wer etwas ankündigt über die Vorbereitung der Schulen auf Tests und so weiter und wer, wann an den Start geht, doch die Motivation, um zu sagen, dass wir so schnell wie möglich zurück in den Präsenzunterricht müssen. Das ist wichtig. Der Kollege Wegner sagt, wir müssen Perspektiven und Hoffnung geben. Es ist deshalb wichtig, dass wir abends nicht nur auf die Zahlen des Gesundheitsministeriums schauen, die dankenswerterweise zur Verfügung gestellt werden, dass wir nicht nur schauen, wie es mit Tests, Inzidenz, Erstimpfungen, Zweitimpfungen und so weiter aussieht, sondern dass wir das alles übereinbringen mit der Lebensrealität und mit diesem Teil der gesellschaftlichen Realität, den ich eben angeführt habe. Das möchte ich heute betonen. Jede Schulwoche, jeder Schultag und jede Unterrichtsstunde, die in Präsenzform abgehalten werden können, sind Hilfe in akuter Not.

(Beifall von der SPD und vereinzelt bei der CDU.)

Wir haben uns seit September, mit dem Ende der Schulferien und Beginn des neuen Schuljahres auseinandersetzen müssen mit Debatten, wonach Schulöffnungen um jeden Preis stattfinden sollten, komme, was da wolle. Ich muss heute, im März 2021 feststellen, dass der Preis für die Kinder und Jugendlichen verdammt hoch ist. Ich glaube, wir müssen alles dafür tun - whatever it takes -, dass wir nach dem Plan nach den Osterferien wirklich in den Präsenzunterricht zurückkehren, damit diese Kinder und Jugendlichen wieder Halt bekommen, eine Lebensperspektive haben und an dieser Gesellschaft auch wieder teilhaben können. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsidentin Heinrich:**

Herr Kollege Renner, es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr, die ich hiermit zulasse.

**Abg. Dörr (AfD) mit einer Zwischenbemerkung:**

Herr Renner, zu Ihrem Vortrag möchte ich jetzt keinen Kommentar abgeben, aber zu Ihrer unqualifizierten Äußerung zu Beginn Ihres Vortrages. Sie haben mir mangelndes Demokratieverständnis vorgeworfen, und zwar pauschal, indem Sie meine Arbeit

(Abg. Dörr (AfD))

in den Ausschüssen kritisiert haben. Sie haben es pauschal so dargestellt, als sei ich dort undemokratisch. Wahrscheinlich haben Sie damit gemeint - ich weiß es aber nicht, denn Sie haben es ja nicht gesagt, sondern Sie haben es sehr im Dunkeln gelassen, damit sich die Leute weiß Gott was vorstellen -, dass ich gelegentlich früher gehen muss, weil ich noch Anschlusstermine habe.

(Zuruf von der SPD.)

Ich bin vielleicht in etwas mehr Ausschüssen als Sie und habe vielleicht auch ein bisschen mehr zu tun als Sie, sonst hätten Sie dafür Verständnis. Das könnte es gewesen sein. Aber sonst ist mir nichts eingefallen. Ich kann nicht erkennen, dass ich dort irgendwie undemokratisch war. Ich habe die Gelegenheit dazu doch gar nicht,

(Abg. Renner (SPD): Genau, Sie sind nämlich nicht da!)

denn ich bin ja nicht Ausschussvorsitzender. Ich arbeite lediglich mit, ich höre zu, was andere Kollegen sagen, auch wenn es mir nicht gefällt. Das wollte ich sagen.

**Vizepräsident Heinrich:**

Herr Kollege Renner, Sie haben die Möglichkeit, zu antworten. - Sie nehmen das Recht nicht wahr. Damit erteile ich für die Regierung der Ministerin Monika Bachmann das Wort.

**Ministerin Bachmann:**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen Normalität, ich auch! Deshalb arbeiten wir daran, dass wir weltweit, europaweit, in Deutschland und im Saarland in der Tat alles tun, um diese Pandemie zu bekämpfen. Mit Blick auf die Mutationen erkennen wir, dass die Maßnahmen, die wir getroffen haben, doch richtig waren.

Lieber Herr Lafontaine, Sie weisen immer darauf hin, dass wir uns einmal die Nachbarn anschauen sollten. Das tun wir auch, weil wir das Rad natürlich nicht erfunden haben, man kann ja von anderen lernen. Wenn wir aber einmal die aktuelle Situation in Tschechien als Beispiel heranziehen, dann wissen wir, warum die harten Maßnahmen notwendig waren und immer noch sind. Ich schaue auf Schweden. Die Zahlen dort sind nicht vergleichbar mit denen in Deutschland oder Italien, weil der Durchschnitt der Menschen in Schweden wesentlich jünger ist. Ich glaube, die Bevölkerung dort ist im Schnitt sechs oder sieben Jahre jünger. In Italien ist man in Sachen Altersstruktur in der gleichen Situation wie wir. Wir wollen Normalität. Deshalb ist es richtig, die nächsten Öffnungsschritte vom tatsächlichen Infektionsgeschehen abhängig zu machen.

Sehr geehrter Herr Lafontaine, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion DIE LINKE. Sie fordern in Ihrem Antrag eine inzidenzunabhängige Öffnung der genannten Beispiele und ziehen zum Vergleich Österreich heran. Das ist erstaunlich. Ich will Ihnen an dieser Stelle als Ihre Gesundheitsministerin sagen, dass Österreich Stand vorgestern einen Inzidenzwert von 169 aufweist. Deshalb will ich dies überhaupt nicht weiter kommentieren. Sie können in Ihrer Wortmeldung nachher ja gerne sagen, wie Sie sich das insgesamt vorstellen.

Die Schutzmaßnahmen, die wir haben, werden von zwei Instrumenten begleitet: Erstens dem Impfen. Ich mache es in aller Kürze. Wir haben zurzeit 175.000 Saarländerinnen und Saarländer auf der Impfliste. Ich habe heute Morgen nichts davon gehört, dass es uns so gegangen ist wie bei der ersten Impfung, wo wir das Windhundprinzip hatten. Die Leute werden bedient, sie werden angenommen und gut beraten. Ich darf Sie um eines bitten: Nennen Sie mir einen Saarländer oder eine Saarländerin, der oder die mit Angehörigen oder auch alleine aus dem Impfzentrum zurückkam und sich beklagt hätte. Die Leute sind geschult. Ich danke der Landrätin und den Landräten, dass sie das mit uns gemeinsam so aufgestellt haben. Von diesen 175.000, die gestern auf der Liste standen, haben wir an 80.000 einen Termin vergeben. Wir haben die Erstimpfung, wie der Ministerpräsident erwähnt hat, in allen Altenhilfeeinrichtungen durchgeführt und sind mit der Zweitimpfung weit voran, sodass wir auch dort, wenn es gut geht, nächste Woche abschließen können.

Wir sind also schon dabei, an die zu denken, die unsere Menschen in den Krankenhäusern oder an anderer Stelle gut versorgen. Auch sie werden durchgeimpft. Jetzt, wo mehr Impfstoff da ist, geschieht dies auch direkt vor Ort. In den Altenhilfeeinrichtungen, wo wir jetzt die zweite Impfung machen, impfen wir auch die Impfwilligen, die dort arbeiten. Insoweit liegen wir sehr gut. Ich brauche die Zahlen nicht zu erwähnen, sie wurden schon genannt.

Gleichzeitig bereiten wir die Impfungen in der Fläche vor. Ja, wir sind die einzigen, die als Modellprojekt angefangen haben, in sieben Arztpraxen zu impfen. Wir sind mit Brandenburg, die eine Woche später mit dem gleichen Modell nachgezogen haben in der Situation, dass die Kollegen aus den Bundesländern anrufen und fragen, wie es läuft. Ich sage, es läuft gut. Die Ärzte machen das mit ihren Patienten und deshalb wird dieses Modellprojekt, das Ende dieser Woche endet, weitergeführt. Es ist eine wunderbare Zusammenführung dessen, was wir haben, um dann - ich sage einmal Anfang April, legen Sie mich nicht fest -, wenn der Impfstoff da ist, in alle Arztpraxen zu gehen.

Wir haben ständigen Kontakt, jeden Tag, mit der Kassenärztlichen Vereinigung, mit der Ärztekammer

**(Ministerin Bachmann)**

und mit vielen, die mit uns gemeinsam arbeiten. Sie konnten es ja am Samstag - Sie lesen ja so gerne Presseberichte - auf einer ganzen Seite ausführlich in einer Boulevardzeitung veröffentlicht sehen. Wir brauchen also unsere Hausärzte und die Fachärzte. Wir brauchen diejenigen, die gerne impfen und die dabei sind. Ich sage Ihnen, das ist eine wunderbare Zusammenarbeit, das freut mich. Ich war zwar auch ein bisschen verwundert, weil es zuerst hieß, Astra-Zeneca nur im Alter von 18 bis 65, aber jetzt auch für Ältere. Aber auch da ist es so, wie der Ministerpräsident gesagt hat: Die Wissenschaft hat zuerst einmal richtig geprüft, um an dieser Stelle keinen Fehler zu machen. Wir haben die Verlängerung der Abstände zwischen Erst- und Zweitimpfung. Das alles hilft uns. Wir impfen, impfen, impfen. Wir wollen bis zum Sommer fast alle durchgeimpft haben. Das ist unsere Hoffnung. Wenn jetzt noch der Impfstoff von Johnson & Johnson kommt, dann brauchen wir nur noch einmal zu impfen. Aber auch der muss zuerst zugelassen werden.

Die zweite Säule ist das Testen. Ja, wir testen. Ein Testzentrum, drei private Anbieter in unserem Land, ab nächster Woche wird in jedem Landkreis ein Testzentrum entstehen. Wir werden gleichzeitig nicht nur die Apotheken, Ärzte und diejenigen haben, die für das Testen zuständig sind, sondern auch die Wohlfahrtsverbände. Wir werden auch die Kommunen mit einbinden, die bereit sind, in dieses Testen mit einzustimmen. Es ist also, wie der Ministerpräsident gesagt hat: „Testen, testen, testen!“ Meine sehr geehrten Damen und Herren, das läuft mehr als gut. Das läuft gut mit den Bürgermeistern und Landräten, es läuft gut mit den Privaten. Ich bin eben, als ich rausging, noch einmal angesprochen worden von denen, die auch bereit sind zu testen.

Es läuft sogar an anderer Stelle gut. Gerade eben hat mich der Winterberg informiert, wo die Besucher, wenn sie hineingehen, getestet werden. Die Testergebnisse liegen vor, bevor die Angehörigen zu ihren Familien gehen. Es waren in den letzten zwei Wochen 507 Testungen, die ein Krankenhaus durchführt. Da sage ich Ihnen: Das ist nur eines von vielen, ich könnte das UKS und viele andere nennen, die genauso vorgehen. Die Bürgerinnen und Bürger bekommen also ein Testangebot in der notwendigen Fülle, wie der Ministerpräsident es gesagt hat, und auch kostenlos. Jetzt kann man noch sagen, man braucht noch mehr und mehr. Ich kann Ihnen sagen, kommen Sie doch einmal einen Tag zu uns von morgens 08.00 Uhr bis abends um 22.00 Uhr. Herr Lafontaine, ich würde mich über Ihren Besuch besonders freuen, damit wir das alles einmal gemeinsam durchleben können.

Ich will noch zwei Punkte ansprechen, die Kinder und die Jugendlichen. Die gegenwärtig schwierige Lage stellt eine besondere Belastungsprobe für die Betreuung der Kinder und Jugendlichen auch für die

Erziehungsberechtigten dar. Im Vordergrund der Öffnungsstrategie wird auch die gesellschaftliche Bedeutung von Bildung und Kultur besonders wichtig. Die Vorredner haben es angedeutet. Gleichzeitig sind wir aber bestrebt, im Bereich der Kitas und Schulen so viel Normalität zu ermöglichen, wie es geht. Gleichzeitig mit der Öffnung der Kitas und Schulen hatten wir entsprechende Testangebote für die Schülerinnen und Schüler, für die Lehrerinnen und Lehrer und die Beschäftigten in den Kindertageseinrichtungen beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin froh, dass der Bund die Lehrkräfte sowie das Kita-Personal in der Impfreihefolge höher priorisiert hat, genauso wie die Polizeibeamten, lieber Klaus Bouillon. Das ist in der Gesundheitsministerkonferenz beschlossen worden. Das ist, glaube ich, ein starkes Zeichen der Wertschätzung von Lehrkräften und Kita-Personal.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Deshalb glaube ich, dass es auch richtig ist, dass auch immer von den beiden Fraktionen angesprochen wird, dass wir nicht nur darüber sprechen müssen, sondern dass wir etwas tun müssen. Wir sind im Moment dabei zu prüfen und auf den Weg zu bringen, dass wir eventuell, wenn der Impfstoff da ist, so schnell es geht, Sonderimpfungen für Lehrpersonal und Erzieher durchführen. Da sind meine Leute im Moment im Haus dabei und ich bin guter Dinge.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Letzter Satz. Wir haben weiterhin den sogenannten Digitalisierungszusatz Saarland eingeführt. Dieser soll der Förderung der Kinder- und der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendverbandsarbeit durch finanzielle Unterstützung bei der Anschaffung und der Modernisierung der digitalen Ausstattung dienen.

Zum Schutz der Pflegebedürftigen habe ich eben schon gesprochen. Testen und Impfen, daran denke ich, wenn ich abends einschlafe und wenn ich morgens wach werde. Ich glaube, dass die Leute, die jetzt nicht hier sind, aber mit uns, mit meinem Staatssekretär und mir, gemeinsam arbeiten, ein tolles Team sind, das nicht auf die Uhr schaut, wann Feierabend ist, sondern das weiterarbeitet. Das werde ich weiterhin tun für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger hier im Saarland. Ich bitte dabei um herzliche Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zu den Abstimmungen, zunächst

(Vizepräsident Heinrich)

über Tagesordnungspunkt 19. Das ist der gemeinsame Antrag von CDU, SPD und die DIE LINKE zur deutsch-französischen Freundschaft, Drucksache 16/1628 - neu. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1628 - neu - ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 16/1628 - neu - einstimmig mit den Stimmen aller Abgeordneten angenommen worden ist.

Wir kommen dann zur Abstimmung über die Anträge der DIE LINKE-Landtagsfraktion, zunächst Tagesordnungspunkt 11. Das ist der Antrag zur Impfrechtigkeit, Drucksache 16/1611. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1611 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 16/1611 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Mitglieder der DIE LINKE-Landtagsfraktion sowie die fraktionslose Abgeordnete Ensch-Engel, dagegen haben die Mitglieder der Koalitionsfraktionen gestimmt, enthalten haben sich die AfD-Landtagsfraktion und der fraktionslose Abgeordnete Hecker.

Als Nächstes folgt die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 21. Das ist der Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion betreffend Lockdown beenden, Drucksache 16/1626. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1626 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine, wenn ich das richtig sehe. Dann stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 16/1626 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Mitglieder der DIE LINKE-Landtagsfraktion sowie die fraktionslose Abgeordnete Ensch-Engel, die AfD-Landtagsfraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Hecker, dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der AfD-Landtagsfraktion, Drucksache 16/1613. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf heute auch bereits in Zweiter Lesung zu behandeln. Wir kommen jedoch zunächst zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in Erster Lesung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/1613 in Erster Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Dann stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1613 in Erster Lesung mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Hecker, dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen sowie die DIE LINKE-Landtagsfraktion und die fraktionslose Abgeordnete Ensch-Engel. Eine Abstimmung über eine mögliche Zweite Lesung des Gesetzentwurfes in der heutigen Sitzung erübrigt sich damit.

Schließlich kommen wir zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 12. Das ist der Antrag der AfD-

Landtagsfraktion zum Thema Corona, Drucksache 16/1622. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1622 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1622 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Hecker, dagegen gestimmt die Koalitionsfraktionen sowie die DIE LINKE-Landtagsfraktion und die fraktionslose Abgeordnete Ensch-Engel.

Wir kommen zu den Punkten 1 und 19 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Krisen meistern - berufliche und soziale Sicherheit von Frauen nachhaltig stärken (Drucksache 16/1624)**

**Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Frauen in der Corona-Krise entlasten: Ungleichheit bei Einkommen beenden - Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen (Drucksache 16/1627)**

Zur Begründung des Antrags der Koalitionsfraktionen erteile ich Frau Abgeordneter Dagmar Heib das Wort.

**Abg. Heib (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute den 08. März 2021, den 110. Internationalen Frauentag. Wenn wir schon Plenarsitzung haben, was liegt näher, als heute gemeinsam über die aktuelle frauenpolitische Lage zu diskutieren und kommende Herausforderungen zu identifizieren? Natürlich werfen wir hier verstärkt den Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie, auf die Auswirkungen auf die Frauen. Das muss nach über 12 Monaten genauso sein. Wir hätten dieses Thema durchaus in der Aussprache zur Regierungserklärung diskutieren können. Aber der saarländische Landtag setzt heute ein Zeichen, meine Damen und Herren. Ich bin auch allen Fraktionen dankbar, dass es die Entscheidung im Präsidium gab. Der Präsident hat es heute Morgen ausgeführt. Es gibt einen Tagesordnungspunkt mit einem ganzen Redezeitmodul - auch das ist in Corona-Zeiten eine Auszeichnung -, damit wir diese Fragestellung heute hier diskutieren und dann auch über die Anträge Beschluss fassen.

Seit dem ersten Frauentag im Jahr 1911 - ich sagte, heute ist es der 110. - hat sich zweifellos vieles zum

(Abg. Heib (CDU))

Besseren gewendet. Trotzdem bleiben einige Missstände noch heute aktuell, die die Gründerin des Ersten Internationalen Frauentages, Frau Clara Zetkin, damals schon anprangerte. Für sie stand damals die ökonomische Dimension der Geschlechter-Ungerechtigkeit im Fokus, an die leider heute auch noch immer erinnert werden muss. Wir haben den jährlich stattfindenden Equal Pay Day im März eines jeden Jahres, wir haben den Equal Care Day, der entweder am 29. Februar oder am 01. März als Aktionstag stattfindet. Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch Pflege ist für Frauen noch immer keine Selbstverständlichkeit, meine Damen und Herren. Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen beträgt 19 Prozent.

Wir hatten auch heute Morgen in der Saarbrücker Zeitung einen Artikel, aus dem ich zitieren möchte, sofern es mir der Herr Präsident gestattet. „Die Lohnlücke beschäftigt die Politik seit Jahrzehnten, doch sie schließt sich kaum“, steht dort geschrieben. „Arbeitgeber machen für die Unterschiede regelmäßig Faktoren wie Berufsunterbrechungen durch Bypausen, die höhere Teilzeitquote von Frauen, ihre Tätigkeiten in schlechter bezahlten Branchen wie den Sozial- und Gesundheitsberufen verantwortlich.“ Dann führt die Wirtschaftswoche Frau Schnitzer gleich noch einmal an: „Studien zeigen, dass das Ehegattensplitting Frauen davon abhält, verstärkt erwerbstätig zu sein. Das behindert ihre Karriere und ihre Verdienstmöglichkeiten.“

Meine Damen und Herren, das stimmt so nicht. Ich will jetzt nicht die große Diskussion des Ehegattensplittings noch einmal hier aufrufen, aber ich möchte daran erinnern, dass das Bundesverfassungsgericht dazu Entscheidungen getroffen hat. Das Ehegattensplitting ist eine Frage der Steuergerechtigkeit. Wenn solche Entscheidungen auch dazu führen, dass Frauen später eine schlechtere Alterssicherung haben, liegt das aber auch viel an Scheidungen.

Ich glaube, was wir in dieser Diskussion anführen müssen, sind zum Beispiel unsere Steuerklassen. Ich denke, über die Steuerklasse 5 kann man durchaus diskutieren. Wenn man sich in die Steuerklasse 5 begibt, hat man von seinem Brutto ein viel geringeres Netto. Dieses Netto ist nachher ausschlaggebend auch zum Beispiel in der Frage der Berechnung des Kurzarbeitergeldes. Da ist das Netto entscheidend, was man erhält. Ich denke, man sollte in der Diskussion offen sein und darüber diskutieren, ob es eine solche Steuerklasse 5 wirklich noch geben muss. Wir würden sie besser abschaffen. Das würde jedenfalls auch für die Frauen zu einer besseren Steuergerechtigkeit. Das ist meine Ansicht.

(Beifall von der CDU.)

Frauen, meine Damen und Herren, sind in der Corona-Pandemie in ganz besonderer Weise betroffen

und auch gefordert. Natürlich sind alle Menschen gefordert, dem stimme ich zu, aber Frauen noch einmal in einer ganz besonderen, spezifischen Art. Als Ärztinnen und Pflegekräfte kämpfen sie in erster Reihe gegen die Pandemie. 75 Prozent der Beschäftigten im Gesundheitssektor sind Frauen, im Pflegebereich sind es sogar 85 Prozent. Die Frauen sorgen im Einzelhandel für die Grundversorgung der Menschen. Sie sind die Mehrzahl der Reinigungskräfte, die höchste hygienische Standards umsetzen. Als Mitarbeiterinnen in den Kitas oder auch als Lehrerinnen kümmern sie sich um Betreuung und Bildung der Kinder, auch im virtuellen Unterricht.

Für all diese Frauen war das letzte Jahr besonders hart, auch für die Frauen, die es als Mutter zwischen Homeschooling und Homeoffice erfahren mussten, oder auch Seniorinnen, die als Angehörige einer Risikogruppe monatelang auf Begegnungen verzichten haben. Es waren mehrheitlich Frauen, die zu den besonderen Betroffenen gehörten. Natürlich gab es in all den Situationen auch väterliche Verantwortung. Das möchte ich an der Stelle unterstreichen. Sie wurde in großen Teilen wahrgenommen. Auch das gilt es festzustellen. Aber viele Studien belegen, dass vor allem Frauen in der Pandemie zusätzliche Sorgearbeit übernommen haben, so in der Kinderbetreuung oder in der Pflege von Angehörigen.

Ich möchte kurz einige Aussagen aus der Umfrage der Bertelsmann Stiftung vom Dezember 2020 aufrufen. So geben zum Beispiel 69 Prozent der Frauen an, dass sie die generelle Hausarbeit erledigen, während das unter den Männern gerade einmal 11 Prozent von sich behaupten. Auch in der Zuständigkeit für die klassischen Aufgaben der Hausarbeit zeigen sich die gewohnten Muster. Während zwei Drittel der befragten Frauen angeben, die Lebensmitteleinkäufe zu erledigen, sind es bei den Männern weniger als ein Drittel. Hinsichtlich der Zubereitung der Mahlzeiten fällt der Unterschied noch größer aus. 62 Prozent der Frauen, aber lediglich 14 Prozent der Männer geben zu Protokoll, diese mitunter sehr zeitaufwendige Tätigkeit wahrzunehmen. Wie wir heute Morgen erfahren konnten, wurde Herr Lafontaine in dieser Umfrage nicht gehört oder nicht befragt. Er hätte die Fragen anders beantwortet. Kompliment!

Zusammengefasst, meine Damen und Herren, möchte ich sagen, dass die Verteilung der Aufgaben im eigenen Zuhause vorwiegend klassischen Rollenbildern folgt. Während in der Wahrnehmung der Männer Kinderbetreuung und Hausarbeit gerecht aufgeteilt sind, leiden viele Frauen unter der Situation, unter der stärkeren Belastung. In Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen wir jetzt die richtigen Lehren aus dieser Krise ziehen und dafür sorgen, dass sie die Frauen nicht nachhaltig zurückwirft. Obwohl im Bereich der Chancengleichheit in den letzten Jahren schon vieles vorangebracht wurde, lehrt uns Corona, dass wir in der Krise noch ein-



(Abg. Heib (CDU))

mal Gas geben müssen, Tempo machen müssen für eine bessere Vereinbarkeit, bessere Karrierechancen, bessere Bezahlung und mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Wir können in der Politik nicht auf Frauen, die sich mit ihrem Ideenreichtum einbringen, verzichten. Wir können nicht auf Frauen in der Wirtschaft, in der Verwaltung oder auch in Entscheidungsgremien und in Führungspositionen in allen Bereichen verzichten.

In der Verwaltung im Saarland hilft uns das Landesgleichstellungsgesetz, das als wichtiges Instrument dort eingesetzt wird. Wir können auf die Frauen nicht verzichten, meine Damen und Herren, wir brauchen sie und wir brauchen mehr Frauen dafür. Von daher kommt auch das Gesetzgebungsverfahren betreffend Frauen in Führungspositionen zur rechten Zeit. Die Erste Lesung im Bundestag hat schon stattgefunden. Ziel ist es, den Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst weiter zu erhöhen und eine gleichberechtigte Teilhabe zu erreichen. Das Gesetz ist ja 2015 zum ersten Mal auf den Weg gebracht worden und wird aktuell weiterentwickelt. Zu diesem Zeitpunkt des Gesetzgebungsverfahrens in Berlin möchte ich aus saarländischer Sicht grundsätzlich Folgendes sagen: Was wir gesetzlich der Privatwirtschaft aufgeben, müssen wir natürlich auch bei uns im öffentlichen Dienst umsetzen. Auch wir haben Vorbildfunktion.

Wir sind jetzt an einem Punkt in der Pandemie, wo wir in die Zukunft schauen und fragen müssen, welche Lehren wir aus Corona ziehen, welche Chancen wir nutzen. Um diese Aufgabe zu beschreiben und Lösungen zusammenzutragen, täte meines Erachtens ein nationaler Frauen- und Familiengipfel gut. Viele Fragen können nur auf nationaler Ebene und einem gesellschaftlichen Konsens geklärt werden. Ein Gipfel würde diese Bedeutung unterstreichen und mehr Sichtbarkeit auf die Lebenswirklichkeit von Frauen bringen.

Wichtig bleibt es, bei den strukturellen Benachteiligungen von Frauen zu Lösungen zu kommen, sei es beim Verdienst, bei der sozialen Absicherung oder auch bei der Anerkennung der Care-Arbeit. Wir zeigen in unserem Antrag Lösungen auf. Unsere Lösungen sind vielleicht nicht allumfassend, aber das sind sehr wichtige Teile, die angesprochen werden. Uns ist es wichtig, insgesamt die Maßnahmen und Programme so einzusetzen, dass der Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt entgegengewirkt wird. Die Verteilung der Sorgearbeit ist gerechter zu gestalten und Teilhabe an allen Ressourcen zu ermöglichen. Natürlich sind auch die Beteiligung und die Sicht der Frauen in der Entwicklung von Maßnahmen sehr wichtig, unabdingbar nahezu. Wichtig ist aber auch, sie in den Entscheidungsgremien einzubinden. Das entbindet uns natürlich nicht davon, dass wir hier auf Fachwissen vertrauen können und

auch Kompetenz. Von daher ist es wichtig, das einzubringen, auch aus weiblicher Sicht.

Corona-Elternzeit oder Corona-Pflegezeit bringen Anerkennung, aber sie bringen auch Entlastungen in Pflege- und in Erziehungsaufgaben. Die Ausweitung des Kinderkrankengeldes war sehr gut. Wir haben ja die Zahl der Tage, die ein Elternteil nehmen kann, grundsätzlich von 10 auf 20 Tage pro Kind erhöht. Bei Alleinerziehenden ist es von 20 auf 40 erhöht worden. Bei höherer Kinderzahl gibt es auch noch einmal einen Zuschlag. Aber ich denke, hier sollte man genau hinschauen, ob nicht bei ganz besonderen Situationen die Möglichkeit geschaffen wird, dass man mit einem entsprechend begründeten Antrag, der natürlich geprüft wird, noch einmal eine Ausweitung erfahren kann, um den Situationen in der Häuslichkeit gerecht zu werden.

Bessere Bezahlung in der Pflege, in der Hauswirtschaft oder in Erziehungstätigkeiten müssen wir gemeinsam weiterverfolgen. Dazu gehört es natürlich - das ist eben auch angesprochen worden -, dass Tarifvereinbarungen, die getroffen werden, auch von Arbeitgebern umgesetzt werden und sich letztendlich für Frauen positiv auswirken. Ein Mindestkurzarbeitergeld käme insbesondere den Frauen entgegen. Frauen erhalten selten die Aufstockung, die in manchen Tarifverträgen festgeschrieben ist. Auch das, meine Damen und Herren, ist ein wichtiger Schritt, den wir gehen sollten. Die Wahl der Steuerklasse habe ich schon angesprochen. Hier ist ganz wichtig aufzuklären und Frauen deutlich zu machen, was es heißt, wenn man sich für die Steuerklasse 5 entscheidet, also immer ein Blick darauf, wie das Nettoeinkommen ist. Es ist wichtig, dass das entsprechend ausgeweitet wird.

Anzusprechen ist natürlich auch die Frage der Minijobs. Minijobs sind Fallen für Frauen. Man sollte wirklich ganz genau informieren, hinschauen und den Frauen beratend zur Seite stehen. Flexible Arbeitszeitmodelle, Homeoffice, all das fördert Vereinbarkeit nicht nur für Frauen, auch für Männer natürlich. Wenn wir genau hinschauen, was wir in der Pandemie alles gehabt haben, was alles möglich war, gilt es nun, dies festzuhalten und weiterzuentwickeln.

Lassen Sie mich auch noch einmal ganz kurz etwas zum Gewaltschutz für Frauen und Kinder sagen. Frauen und Kinder aus belasteten Familien sind und waren in der Pandemie besonders gefährdet. Wir sprechen ja oft vom Brennglas der Pandemie in den verschiedenen Strukturen. Es hat sich gezeigt, wie fragil manche Strukturen sind. Der Rückzug in die Häuslichkeit, die Kontaktbeschränkungen, die natürlich im Rahmen der Pandemie notwendig waren, haben aber auch dazu geführt, dass für viele Frauen Distanz geschaffen wurde von Beratungsangeboten und auch von anderen, die es sehen konnten. Das

**(Abg. Heib (CDU))**

Bewusstsein von anderen ist ebenfalls in Distanz geraten. Dazu hat leider der Abstand auch geführt.

Deshalb, meine Damen und Herren, bin ich froh, dass wir es in den Haushaltsberatungen geschafft haben, Gelder für die Beratungsstelle Aldona einzusetzen, und dass der Frauennotruf entsprechend unterstützt wurde. Da heißt es natürlich, das zu versteigern, damit das in der Zukunft weiter trägt. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention - für die, die es nicht wissen: Hier geht es um den Schutz von Frauen, um Prävention und insbesondere die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen - ist natürlich in den Fokus zu nehmen und umzusetzen. Wir brauchen eine Gesamtstrategie in der Frage. Zu dieser Gesamtstrategie gehört natürlich auch, den Zugang zu Schutzeinrichtungen, wie unsere Frauenhäuser es zum Beispiel sind, zu sichern und auch auszubauen. Es sind große Aufgaben, meine Damen und Herren, die vor uns liegen.

Einen Punkt möchte ich noch ansprechen. Es gab ja am Freitag eine Diskussion im Bundestag zum Internationalen Frauentag. Immer wieder wird in dem Zusammenhang ein ganz besonderer Begriff gebraucht. Im Zusammenhang mit der Pandemie wird vielfach das Wort Einsamkeit genannt. Die Einsamkeit in der Pandemie betrifft alle Menschen, egal, welchen Geschlechts und welchen Alters. Natürlich hat die Einsamkeit ganz spezifische Aspekte. Ich finde, das Thema bedarf einer ganz eigenen Diskussion und sollte nicht in dieser Diskussion mit abgehandelt werden. Mir erscheint es wichtig, ebenfalls zu differenzieren.

Die einzelnen Aspekte der Einsamkeit gehören gesondert betrachtet, wie wir das auch von der Armut her kennen und wie wir das bei der Armut auch getan haben. Da gibt es auch Zusammenhänge, weil man für Einsamkeit ja durchaus auch die Begrifflichkeit wählen kann, dass Einsamkeit eine psychosoziale Armut ist. Das heißt es, in den Blick zu nehmen und daran zu arbeiten. Ich sagte es bereits in meinen Ausführungen: Wir brauchen mehr Frauen in Politik, wir brauchen mehr Frauen in Wirtschaft und auch in anderen, in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir alle tragen gemeinsam Verantwortung, die richtigen Lehren zu ziehen und die Situation von Frauen zu verbessern. Einen Rollback darf es nach der Pandemie nicht geben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich denke, das ist die Chance, die wir aus der Pandemie ergreifen können. Die Frauen, die es schaffen, Krisen zu meistern in der Art, wie es hier geschehen ist, brauchen wir. Wir brauchen sie hier und jetzt und auch, weil sie in der Lage sind, kurzfristig zu überlegen, zu entscheiden, danach zu handeln und Prioritäten zu setzen. Das haben diese Frauen getan. Dafür meinen herzlichen Dank. Diese Frauen sind für uns alle unverzichtbar. Wir brauchen sie.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Noch ganz kurz eine Anmerkung. Ich wollte sie eigentlich im Rahmen der Ausführungen zum Antrag der Fraktion DIE LINKE machen. Wir werden Ihrem Antrag nicht zustimmen können. Sie haben Forderungen drin, die sich mit unseren Forderungen nicht decken. Ich nenne nur die Höhe des Mindestlohns, aber auch weitere Forderungen. Ansonsten denke ich, tragen uns viele Ziele, sie vereinen uns in der Frage. Ich kucke einmal Sie an, Frau Spaniol. Das wissen wir seit Jahren, aber Ihrem Antrag werden wir nicht zustimmen. Ich bitte natürlich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Zur Begründung des Antrags der DIE LINKE-Landtagsfraktion erteile ich Frau Abgeordneter Barbara Spaniol das Wort.

**Abg. Spaniol (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitstreiterinnen da draußen auf verschiedenen Plätzen im Land! Liebe Saarländerinnen! Liebe DGB-Frauen! Wir vermissen unsere gemeinsame politische Runde heute, welche dieses Jahr, wie leider so vieles, digital stattfinden muss. Dieses Jahr ist alles anders, die Bedingungen sind komplett anders, es gibt wegen Corona nicht die Infostände und Aktionen wie sonst jedes Jahr, es werden nicht überall wie jedes Jahr Blumen verteilt. Es geht in diesem Jahr und sicher auch im nächsten um mehr als um Blumen, so schön sie auch sind - vielen Dank noch mal, Herr Commerçon. Es geht auch um mehr als Applaus oder Gutscheincodes für Onlinebestellungen, weil der Frauentag ein wenig falsch verstanden wird. Der 08. März ist der Internationale Frauentag, und er bleibt hoffentlich weiter ein Frauenkampftag mit einem Hauch von Stéphane Hessels: „Empört euch!“

Am diesjährigen 08. März ist Landtagssitzung, die Kollegin hat es schon gesagt, und da ist es natürlich folgerichtig, dass wir eine frauenpolitische Debatte führen, auch mit politischen Anträgen. Wir werden, Frau Kollegin Heib, dem Antrag der Koalitionsfraktionen zustimmen, auch wenn wir zum Teil andere Ansätze haben, aber es gehören eben viele Maßnahmen dazu, um erfolgreich zum Ziel zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Corona-Pandemie hat leider vieles ans Licht gebracht, was vorher schon Realität war: schlecht bezahlte Arbeit in sogenannten systemrelevanten Berufen, Überlastung durch ein ständiges Hin und Her zwischen Job und Familie, die Frage: Wie Erwerbs- und Sorgearbeit unter einen Hut bringen? Es gibt neuerdings den ständigen Spagat zwischen Homeoffice und Home-

(Abg. Spaniol (DIE LINKE))

schooling und auch den Anstieg von häuslicher Gewalt. Überwiegend betroffen von alledem sind Frauen, also diejenigen, wie es allerorten pandemiebedingt gerne heißt, die den Laden am Laufen halten. Aber zu welchem Preis? Wir haben uns deshalb in unserem Antrag auf zwei Schwerpunkte konzentriert, erstens auf die sozialen und ökonomischen Folgen für Frauen in dieser Krise mit Vorschlägen für Lösungen, und zweitens auf die Zunahme von häuslicher Gewalt gegen Frauen in dieser Krise, und wie diese schnell bekämpft werden kann. Wir hoffen, dass die Frauen nicht nur den 08. März nutzen, um gegen ihre chronische Unterbezahlung im Beruf und gegen steigende Angriffe im häuslichen Umfeld zu protestieren.

Klar ist heute schon, dass die Pandemie die Ungleichheit verstärkt, denn nach wie vor gilt: Frauen leisten mehr für weniger. Ein Zurück - das wurde ja eben auch gesagt - in eine gewohnt ungerechte Normalität, darf es nicht geben!

Meine Damen und Herren, Pflegekräfte in Krankenhäusern und Seniorenheimen, Verkäuferinnen und andere - sie alle haben bis zum Limit gearbeitet und tun es auch jetzt noch. Sie haben seit dem letzten Jahr in dieser schwierigen Situation zig Überstunden geleistet. Sie haben alle viel Applaus und Lob bekommen, sie wurden als Heldinnen des Alltags, als Corona-Heldinnen gefeiert. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, seien wir doch mal ehrlich: Klatschen alleine reicht eben nicht, davon können sich die Frauen absolut nichts kaufen!

(Beifall von der LINKEN, der Abgeordneten Ensch-Engel (fraktionslos) und bei der SPD.)

Sie brauchen doch viel mehr echte Anerkennung und das, was ihnen zusteht, nämlich anständige Löhne und ordentliche Arbeitsbedingungen. Das ist es, worum es für viele Frauen wirklich gehen muss, und davon sind wir noch Lichtjahre entfernt! Erkennbare Unterschiede in großer Bandbreite zeigt eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Die Befragungen der Betroffenen sind repräsentativ; die derzeitige Entwicklung für die Gleichstellung am Arbeitsmarkt stellt einen herben Rückschlag dar, so sagt es die Stiftung. Denn schauen wir auf die finanziellen Folgen der Kurzarbeit, so stellen wir fest: Zum einen haben erwerbstätige Frauen im Schnitt sowieso schon niedrigere Einkommen als Männer, zum anderen erhalten Frauen seltener eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes, natürlich auch - auch das hat die Kollegin eben gesagt -, weil sie eben seltener nach Tarif bezahlt werden. Dabei ist klar, dass für viele das Kurzarbeitergeld sowieso schon nicht reicht, um den Lebensunterhalt halbwegs ordentlich bestreiten zu können!

Für Frauen, die wegen Sorgearbeit im Lockdown die Arbeitszeit reduzieren mussten, wird die Rückkehr zur ursprünglichen Arbeitszeit und damit auch die

Rückkehr auf manche Arbeitsplätze definitiv schwieriger. Es besteht die Gefahr, dass der Arbeitgeber sagt: einmal reduziert, immer reduziert. Das führt die Stiftung aus, und da hat sie recht.

Meine Damen und Herren, ich will einen Vergleich anstellen. Namhafte Großkonzerne haben auf der einen Seite Kurzarbeit angemeldet, auf der anderen Seite aber zig Milliarden Euro an Aktionäre ausgeschüttet. Es macht fassungslos, dass das hingenommen wird! Gleichzeitig wird hingenommen, dass Frauen und Kinder aus den ärmsten Familien immer mehr zu den Verliererinnen dieser Krise werden. Das macht doch sprachlos. Da kann man nur appellieren: Empört euch! Ändert das doch!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind auf Bundesebene - das ist ein weiteres Beispiel - eine Einmalzahlung von kümmerlichen 150 Euro für Menschen im Hartz IV- und Grundsicherungsbezug beschlossen worden, nach mehr als einem Jahr Pandemie-Krise. Es macht wiederum sprachlos, wenn man das damit vergleicht, dass ein bekannter Riesendiscounter in dieser Zeit sein Vermögen um rund 14 Milliarden Euro gesteigert hat. Diese Gewinne hat nicht die Spitze des Riesendiscounters erwirtschaftet, sondern die haben letztendlich vor allem die Verkäuferinnen und Verkäufer erwirtschaftet - so bringt es unser Fraktionsvorsitzender zu Recht immer wieder auf den Punkt.

(Beifall von der LINKEN und der Abgeordneten Ensch-Engel (fraktionslos).)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer wunder Punkt ist, dass die November- und Dezember-Hilfen immer noch nicht voll ausgezahlt sind! Wir sind jetzt am 08. März 2021, und man hängt zum Teil noch im Jahr 2020 fest. Hierbei meine ich nicht das Land.

Herr Wegner hat vorhin die Friseurläden angesprochen. Ja, die selbstständigen Friseurinnen zum Beispiel haben nach immer noch viel Stress, sie warten und warten und bängen um ihr Geschäft. Und auch wenn sie jetzt viel Arbeit haben, bringen sie dennoch die Lage auf den Punkt: „Noch einmal zu, dann für immer zu!“ Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sogenannte Soforthilfen müssen auch sofort fließen und nicht erst, wenn der Laden schon dichtgemacht hat! Darum geht es.

(Beifall von der LINKEN und der Abgeordneten Ensch-Engel (fraktionslos).)

Diese Dinge gehören in eine frauenpolitische Debatte mit dazu, sonst drehen wir uns, wie all die Jahre, im Kreis. Statt Worthülsen müssen nun Regelungen kommen, nämlich - das wurde auch schon erwähnt - das Grundgehalt in der Pflege dauerhaft zu erhöhen. Jetzt gibt es noch nicht einmal einen bundesweiten Tarifvertrag in der Pflege. Das war doch das Mittel, das zur Lohnerhöhung benannt wurde. Fehlanzeige!

**(Abg. Spaniol (DIE LINKE))**

Unser Fraktionsvorsitzender hat auf die unrühmliche Rolle der Caritas verwiesen. Aber es geht auch um den Bund, der selbst schneller vorankommen muss, und zwar muss er das Kurzarbeitergeld angemessen anheben. Das ist nicht nur ein frommer Wunsch, das kann man gesetzlich regeln. Man muss ein Mindestkurzarbeitergeld einführen, um Berufstätige - vor allem Frauen - mit niedrigen Einkommen vor Armut zu schützen. Man braucht auch einen armutsfesten Mindestlohn, Kolleginnen und Kollegen, nicht unter 13 Euro pro Stunde - das muss auf den Weg gebracht werden. Wir müssen eine Rentenversicherung hinkriegen, in die alle einzahlen, und auch eine gerechte Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit schaffen. Kolleginnen und Kollegen, das ist kein Wunsch-dir-Was für Frauen, sondern das sind reale Maßnahmen, die dringend kommen müssen, um die Zustände zu ändern.

Ein weiteres beschämendes Thema gehört ebenfalls zur Debatte und zur Wahrheit dazu. Für Frauen, die von häuslicher Gewalt bedroht sind, ist die Corona-Pandemie zur häuslichen Falle geworden. Gewalt im sozialen Nahbereich nimmt im Lockdown zu. Die Folgen werden in der öffentlichen Diskussion leider viel zu oft verharmlost. Das ist aber kein harmloses individuelles Problem, sondern ein gesellschaftliches Problem, das sich durch diese Krise verschärft hat. Ich habe dazu mehrere Anfragen an die Regierung gestellt, zuletzt im Jahr 2020. Aus der Antwort geht hervor: Zu Beginn der Pandemie, von Januar bis April 2020, konnten 26 schutzsuchende Frauen wegen Vollbelegung der saarländischen Frauenhäuser dort nicht aufgenommen werden. Zwei Jahre zuvor mussten 68 Frauen abgewiesen werden. Die Anzahl der betroffenen Kinder ist nicht bekannt. Kolleginnen und Kollegen, das ist kein Zustand! Hier muss dringend mehr passieren. Neben der Ausweitung des Aktionsplans gegen häusliche Gewalt braucht es stärkere Maßnahmen zum Sofortschutz für Frauen, und zwar während und nach der Pandemie. Es braucht eine Aufstockung der Plätze in den saarländischen Frauenhäusern. Es müssen zusätzliche Frauenschutzwohnungen für betroffene Frauen und Kinder geschaffen werden. Das sind andere Schutzräume als Wohnungen in schwierigen Gebieten oder was auch immer. Das ist alles auch kein Vorwurf, sondern ein Aufruf, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen müssen. Denn all das ist kein Luxus, sondern es sind traurige Notwendigkeiten, die im Zuge der Pandemie immer drängender geworden sind. Über die Umsetzung der Istanbul-Konvention im Saarland, die Frau Kollegin hat es angesprochen, werden wir am nächsten Montag diskutieren, sicher in einer engagierten Podiumsrunde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: Ohne gezielte Strategien - das müssen Sie sich bewusst machen - und ohne wirksame Gleichstellungspolitik wird sich das ungerechte Gefälle weiter verschärfen, und die Frauen werden weiter

die Leidtragenden und die Verliererinnen dieser Krise sein. Daher unser Appell in unserem Antrag, der auch Lösungsmöglichkeiten enthält.

Zum Schluss will ich noch einen interessanten Blick zurück werfen. In früheren Zeiten durften sich die Frauen um die Frauenpolitik kümmern, die „richtige“ Politik machten die Männer - bis auf Rosa Luxemburg, damals schon! Die spielte dieses Spiel nämlich nicht mit. Die meisten Männer waren ihr ohnehin nicht gewachsen. Das ist ein interessanter Rückblick, finde ich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist natürlich unbestritten, um hier den Kreis zu schließen, dass Gleichstellung eine Querschnittsaufgabe ist. Dazu gehören mehr Repräsentanz in Entscheidungsgremien und Führungsetagen, gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, ein faires und zeitgemäßes Steuerrecht und vieles mehr. All das gehört zusammen. Und hier denke ich nicht nur an den 150. Geburtstag von Rosa Luxemburg, sondern ich denke auch an 110 Jahre Frauentag in Deutschland heute. Frau Heib hat sogar die Sozialistin Clara Zetkin erwähnt, diese hat im Jahr 1910 zur Schaffung dieses Tages aufgerufen. Sie setzte sich für das Recht der Frauen auf Erwerbstätigkeit und für ihre gewerkschaftliche Organisierung ein. Sie sagte ganz im Geiste von Rosa Luxemburg: „Lassen wir uns nicht schrecken durch die Ungunst äußerer Umstände, haben wir für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort: erst recht!“ - In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN, der Abgeordneten Ensch-Engel (fraktionslos) und bei der SPD.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort für die SPD-Landtagsfraktion der Frau Abgeordneten Christina Baltes.

**Abg. Baltes (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Heute ist der zweite Internationale Frauentag seit Ausbruch von Corona. Und wir müssen ein klares Fazit ziehen: Frauen sind die Meisterinnen der Coronakrise. Dafür möchten wir Ihnen, liebe Frauen, sehr herzlich danken und unseren größten Respekt für Ihren Einsatz heute hier aussprechen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, Frauen kämpfen als Ärztinnen, Krankenschwestern, Kassiererinnen, Erzieherinnen, Sozialarbeiterinnen, Altenpflegerinnen, Reinigungskräfte und vieles mehr in allererster Reihe gegen die Pandemie. 80 Prozent der systemrelevanten Berufe werden von Frauen ausgeübt. Wir

(Abg. Balthes (SPD))

wissen alle, wie arbeitsintensiv diese Berufe sind, wie belastend sie sind und dass sie trotzdem weiterhin unterdurchschnittlich bezahlt werden. Meistens gibt es keinen Tarifvertrag, und das bedeutet weniger Anerkennung in Form von Lohn und Urlaub, aber auch weniger arbeitsrechtlichen Schutz. Vor ein paar Tagen waren wir auf der Zielgeraden zu einem flächendeckenden Tarifvertrag in der Altenpflege. Es lagen große Hoffnungen auf den Verhandlungen, und was ist passiert? Die Caritas blockiert, die Diakonie drückt sich vor einer Entscheidung. Das ist ein in hohem Maße unsolidarischer Akt gegenüber all denen, die in der Altenpflege beschäftigt sind

(Beifall von der SPD, von Ministerin Bachmann und bei der CDU)

und insbesondere gegenüber all den Frauen, die in der Altenpflege beschäftigt sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Arbeit an Menschen muss doch genauso viel wert sein wie die Arbeit an Maschinen. Hubertus Heil stand für die Bundespolitik bereits in den Startlöchern, um die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages auch politisch freizugeben. Aber wir werden nicht aufgeben und uns weiterhin in der Mindestlohnkommission des Bundes für eine politische Regulierung stark machen. Der aktuelle Mindestlohn in der Pflege hat ein eingebautes Verarmungsrisiko, spätestens im Alter. Bei einer 35-Stunden-Woche und einem Mindestlohn West von 11,60 Euro pro Stunde muss eine Altenpflegerin 53 Jahre arbeiten, um auf das Niveau der jetzigen Grundsicherung im Alter zu kommen. 53 Jahre! Ist das noch gerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen? Aber wir sind sehr glücklich, dass die Mindestrente auf Bundesebene beschlossen wurde. Ungefähr 1,3 Millionen Menschen bundesweit können mit einem Zuschlag rechnen, davon 70 Prozent Frauen.

Doch es gibt noch viel mehr zu tun. Heute liegt ein Koalitionsantrag vor, mit dem Frauen in der Pandemie nachhaltig gestärkt werden sollen. Ein Aktionsprogramm nach Vorstellung der SPD-Fraktion wäre darüber noch hinausgegangen, aber Koalitionsanträge sind immer Kompromisse. Um ein Beispiel zu nennen: Gerne wären wir als SPD-Fraktion einen Schritt weitergegangen, was die Besetzung von Führungspositionen im Saarland angeht. Natürlich ist unser Landesgleichstellungsgesetz ein wichtiges Instrument, die Ziele sind aber weiterhin konsequent umzusetzen. Die Große Koalition im Bund geht hier jedoch als Vorbild voran und weitet die beschlossene Geschlechterquote von 30 Prozent in den Aufsichtsräten auf Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes aus. Außerdem müssen Frauen in Vorständen angemessen berücksichtigt werden. Das hätte dem Saarland auch gut zu Gesicht gestanden.

Heute möchten wir den Entgeltcheck gemeinsam vorantreiben. Er soll verpflichtend im öffentlichen Dienst und in Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung eingesetzt werden. Der Entgelt-

scheck ist ein Werkzeugkasten. Mit ihm werden Diskriminierungen beim Lohn aufgespürt. Transparenz ist hier das Stichwort. Und hier werden schlechtere Löhne für gleiche Arbeit festgestellt. Es gibt aber noch ein weiteres Stichwort, nämlich das Arbeitsgericht. Wir würden gerne noch einen Schritt weitergehen. Wir sind der Meinung, dass wir auch öffentliche Auftragsvergaben an Entgeltgleichheit binden müssen. Wir sprechen uns für ein Mindestkurzarbeitergeld aus, das wäre insbesondere für Frauen eine zentrale Maßnahme. Frauen beziehen aktuell genauso häufig Kurzarbeitergeld wie Männer. Entsprechend groß ist die Bedeutung einer Aufstockung des Kurzarbeitergeldes. In Betrieben mit Tarifvertrag wird das Kurzarbeitergeld dabei fast doppelt so häufig aufgestockt wie in Betrieben ohne Tarifierbindung. Die Schlechterstellung trifft häufig die Frauen. Wir fordern an der Seite der Gewerkschaften 1.200 Euro für jeden und für jede!

(Beifall von der SPD.)

Frauen halten nicht nur in der Öffentlichkeit den Laden zusammen, sondern auch zu Hause. Von Hausarbeit, Homeschooling bis hin zur Pflege von Eltern und Großeltern: Frauen bringen alles unter einen Hut. Nach Monaten des Lockdowns befinden sie sich mental zwischen Kämpfen und Erschöpfung. Besonders hart trifft die Situation dabei die Alleinerziehenden. Das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist während der Pandemie aktueller denn je. Deshalb haben wir eines im Saarland auch nicht getan: Wir haben die Kitas nie ganz geschlossen. Für alle Eltern, aber insbesondere für die Alleinerziehenden, müssen wir jetzt erneut darüber reden, ob die Dauer des Kinderkrankengeldes noch weiter ausgeweitet werden muss; wir haben es in der Bund-Länder-Konferenz letzte Woche bereits zum Thema gemacht. Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um Frauen in ihrer Mehrfachbelastung zu unterstützen.

(Die Rednerin trinkt einen Schluck Wasser. - Abg. Roth (SPD): Ein Schluck aus der Pulle.)

Sekt wäre mir lieber.

(Heiterkeit - Beifall von der SPD und der LINKEN und bei der CDU.)

Was ist denn mit all denen, die wegen der Mehrfachbelastungen weniger arbeiten können? Es gibt bereits Studien, die Bedenken formulieren, dass Frauen nicht wieder zurück zu ihrer ursprünglichen Stundenzahl können. Genau das muss ihnen aber unbedingt ermöglicht werden. Auf Bundesebene wurde das Brückenteilzeitgesetz eingeführt; vielleicht sind hier Weiterentwicklungen möglich, um den Besonderheiten in der Pandemie gerecht zu werden. Die Bitte, genau das zu prüfen, senden wir als SPD-Fraktion hiermit nach Berlin.

**(Abg. Baltes (SPD))**

Wir sehen es als Verpflichtung, zu verhindern, dass es einen Rückfall in alte Rollenbilder gibt, sowohl im Beruf als auch in der Partnerschaft. Die Abhängigkeit von Männern, vom Partner, beinhaltet nämlich noch einen anderen Aspekt, sie begünstigt häusliche Gewalt gegenüber Frauen. Und da, wo Frauen abhängig vom Partner sind, wird Gewalt eher ertragen. Noch liegen keine abgeschlossenen Studien darüber vor, ob der Lockdown die häusliche Gewalt verstärkt hat. Wir glauben aber, dass es so ist, nur ist die häusliche Gewalt jetzt weniger sichtbar. Die Dunkelziffer steigt. Opfer haben es weitaus schwerer, Anzeige zu erstatten oder eine Flucht aus ihrem Zuhause vorzubereiten. Aus der ambulanten Familienhilfe im Saarland wird uns berichtet, dass diese die Thematik heute viel stärker wahrnimmt als früher. Wir gehen davon aus, dass nach dem Lockdown ein steiler Anstieg an Fällen häuslicher Gewalt registriert werden wird. Dafür müssen wir gerüstet sein.

Wir müssen im Saarland weiterhin die Struktur von Notfallplätzen vorhalten, wenn die regulären Frauenhausplätze nicht mehr ausreichen. Wir sollten aber auch dafür sorgen, dass Frauen jetzt schon in ein Hotel einchecken können, um Paarkonflikten zu entkommen. Unter der Maßgabe, Rückzugsorte bei Paarkonflikten zu schaffen, muss die saarländische Rechtsverordnung zur Bekämpfung der Coronapandemie überarbeitet werden. Und wie im Antrag formuliert muss die Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt noch mehr Fahrt aufnehmen. Unsere Schutzeinrichtungen müssen gesichert und ausgebaut werden, wir brauchen eine Gesamtstrategie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt stellt sich die Frage: Gehen Frauen, die Krisenmeisterinnen, als Verliererinnen aus der Coronakrise hervor? Wir wollen, dass das Gegenteil passiert. Wir möchten, dass die Frauen die Gewinnerinnen der Krise sind. Deshalb haben wir in unserem Antrag einige Maßnahmen aufgegriffen, die meisten habe ich angesprochen. Ich möchte mit Forderungen abschließen, die Frauen für die Zukunft stark machen. Durch Teilhabe und Mitsprache müssen erstens alle Maßnahmen zur Abmilderung der Coronakrise daraufhin gecheckt werden, ob sie geeignet sind, Frauen und Männer gleichermaßen zu erreichen. Führen sie zu Fortschritten in der Gleichstellung von Frauen und Männern? Das muss im Bund geschehen, aber auch hier im Saarland. Zweitens: Politik wird immer von Expertinnen und Experten beraten, auch in der Corona-Pandemie. Wir finden, Frauen müssen mitreden können bei der Suche nach Lösungen und Maßnahmen in der Pandemie. Landespolitische Beratungsgremien und politische Entscheidungsgremien sollten in Zukunft geschlechtergerecht besetzt sein.

Wir als SPD streiten für Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Gleichberechtigung in der Sorgearbeit, Gleichberechtigung im Beruf, Gleichberechtigung in der Führungsstrategie, Gleichberechtigung in der Politik. Bei der Emanzipation müssen alle mit, Männer und Frauen. Und wir würden uns wünschen, dass zum Dank für den herausragenden Einsatz der Frauen in der Pandemie der Internationale Frauentag 2022 zum Feiertag erklärt werden würde. Nicht der Titel als Heldin der Coronakrise zählt, sondern was am Ende des Monats auf dem Gehaltszettel steht. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Als weiteren Redner rufe ich auf für die AfD-Landtagsfraktion den Abgeordneten Rudolf Müller.

**Abg. Müller (AfD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei den Ausführungen meiner Vorrednerinnen hatte ich stellenweise den Eindruck, dass wir als Männer eigentlich überflüssig sind. Aber diesen Eindruck hatte ich nur stellenweise.

Aus der biologischen, mentalen und gesellschaftlichen Unterschiedlichkeit zwischen Männern und Frauen ergeben sich, wie man weiß, immer wieder Problemlagen und Ungerechtigkeiten, die die Politik und auch den Gesetzgeber auf den Plan rufen. Auch in der aktuellen Coronakrise sind Frauen, wie es mit guten Argumenten dargestellt wird, in der Masse stärker und härter betroffen als Männer. Das ist übrigens ein weiterer Grund für schnelle Öffnungen und Wiederherstellung der Grundrechte. Bei berufstätigen Frauen und Müttern soll es nach Berechnung des Bundesfamilienministeriums Lohnunterschiede von 19,2 Prozent geben. Das ist nun zwar eine simple Rechnung, bei der nicht berücksichtigt wird, dass Frauen erstens sich oft für schlechter bezahlte Branchen entscheiden und zweitens aus familiären Gründen, also aus sehr wichtigen Gründen, öfter ihre Berufslaufbahn unterbrechen. Ich sage hier absichtlich „Berufslaufbahn“ und nicht „Karriere“, denn „Karriere“, das kann man ja mal erwähnen, kommt aus dem Französischen und heißt auf Deutsch „Steinbruch“, es insinuiert also besonders schwere und harte Arbeit. Das wäre ein eigenes Thema.

Aber es ist ja bekannt, dass es trotz Diskriminierungsverbot Benachteiligungen und schlechtere Bezahlung von Frauen trotz gleicher Leistung gibt. Um dem entgegenzuwirken hat der bundesdeutsche Gesetzgeber 2017 das sogenannte Entgelttransparenzgesetz erlassen. Es gibt Arbeitnehmerinnen das Recht, bei Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten Auskunft zu erhalten über das Gehalt von Kollegen

**(Abg. Müller (AfD))**

in vergleichbarer Stellung. Dazu werden die Gehälter von mindestens sechs anderen Kollegen im Durchschnitt herangezogen und verglichen. Man weiß allerdings so viel beziehungsweise nimmt man so viel wahr, dass dieses Gesetz bisher nur sehr mäßig in Anspruch genommen wird. Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass in Betrieben auch andere Dinge als vermutete oder tatsächliche Gehaltsunterschiede eine wichtige Rolle spielen, zum Beispiel, dass es auch Benachteiligungen von Männern gibt oder dass der Betriebsfrieden nicht gestört werden soll oder dass der gemeinsame Erfolg und der Erhalt der Arbeitsplätze nicht gefährdet werden sollen. Ein Instrument für beklagte Ungerechtigkeiten gibt es jedenfalls schon. Und wo es opportun erscheint, muss oder kann es von den Betroffenen in Anspruch genommen werden.

Inzwischen hat auch das Bürokratie- und Verordnungsmonster in Brüssel hierin ein weiteres Betätigungsfeld entdeckt und will dementsprechend sein Ei legen, wobei mal wieder ein Schlangenei zu befürchten ist. Nach dem Entwurf einer Richtlinie sollen Betriebe ab einer bestimmten Größe einmal jährlich detailliert im Internet veröffentlichen, wie viel Männer bei ihnen mehr verdienen als Frauen. Wenn sich dabei zeigen sollte, dass die Lücke in Gruppen mit vergleichbarer Tätigkeit mehr als 5 Prozent beträgt, dann soll ein aufwendiger innerbetrieblicher Prozess verpflichtend werden. Die entstehende Streitfähigkeit kann man sich ungefähr vorstellen. Es soll sogar ein unbegrenzter Anspruch auf Schadenersatz möglich werden auch für mehr oder weniger spekulative Aufstiegsmöglichkeiten. Es ist also mit weiterem, umfangreichem Arbeitsrecht zu kalkulieren, als ob die Wirtschaft gerade jetzt nichts Besseres zu tun hätte.

Es wird auch immer verständlicher, warum England dieses EU-Bürokratie- und Verordnungsmonster verlassen hat und zum Beispiel jetzt in der Pandemie frank und frei und schnell und wirksam agiert, während man im Rest Europas eher agoniert. Opfer sind Männer und Frauen gleichermaßen, wobei man allerdings auch einmal erwähnen kann, dass es bei den gezählten Corona-Toten zwei Drittel Männer sind und ein Drittel Frauen.

In den ganz vielfältigen Beziehungen zwischen Männern und Frauen hängt wie sonst auch alles mit allem zusammen und lässt sich uferlos diskutieren. Das geht hier in der knappen Zeit natürlich nicht. Über die wahren Dramen, Tragödien und auch Komödien zwischen Jungen und Mädchen, Männern und Frauen, Damen und Herren, Müttern und Vätern kann es keinen ganz neutralen Richter geben, denn jeder oder jede ist eben selbst befangen als das eine oder andere.

Aber es gibt eine umfangreiche europäische Geschichte und Literatur, an der man sich neben den eigenen Erfahrungen orientieren kann und die ohne

die Unterschiede der Geschlechter wohl in Tristesse und Ennui erstarrt wäre. Von den griechischen Göttern und Göttinnen mit ihrem schicksalhaften Wirken, von den alten Römern, die sich über die Germanen wunderten, weil die auf ihre Frauen hörten, von der katholischen Kirche mit ihrem immer noch wirksamen Verdikt „mulier taceat in ecclesia“ bis zu den einzelnen Schriftstellern, Dichtern und Philosophen wie Casanova, Guy de Maupassant, Goethe und Schiller, Heinrich Heine, Schopenhauer und Nietzsche und viele andere. Schopenhauer wörtlich zu zitieren verbietet sich bei dieser Thematik, weil man damit das aus seiner Sicht gegnerische Geschlecht völlig unnötig gegen sich aufbringen würde. Das tue ich natürlich auch nicht.

Bei Nietzsche allerdings bin ich schon vor langer Zeit über einen Satz gestolpert, der mir seitdem wirklich zu denken gibt. Er beschreibt da Auseinandersetzungen und Streitereien zwischen Frauen, was es ja auch geben soll. Da fällt der wütende Satz: Dumm wie ein Mann.

**Vizepräsident Heinrich:**

Herr Kollege Müller, Sie müssen zum Ende Ihrer Rede kommen.

**Abg. Müller (AfD):**

Ja, ich bin so weit fertig. - Wir haben immer wieder etwas zu lernen, immer wieder Dummheiten und Ungerechtigkeiten zu erkennen und abzuschaffen. Eine Frauenquote lehnen wir von der AfD allerdings ab.

**Vizepräsident Heinrich:**

Herr Kollege Müller, kommen Sie bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist schon überschritten.

**Abg. Müller (AfD):**

Wo jedoch Eignung, Leistung und Befähigung gegeben sind, kann sich eine sogenannte geschlechterparitätische - -

(Das Rednermikrofon wird stummgeschaltet.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Herr Kollege Müller, Ihre Redezeit ist beendet. Verlassen Sie bitte das Rednerpult!

(Abg. Müller (AfD): Ich gehe schon. Passen Sie bitte bei den anderen genauso auf! - Beifall von der AfD.)

Als weitere Rednerin rufe ich auf für die SPD-Landtagsfraktion Frau Abgeordnete Petra Berg.

**Abg. Berg (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir ein paar Worte. Ich danke den Ausführungen von Frau Heib, Frau Baltes und Frau Spaniol für die doch sehr guten und wohlthuenden Worte zum heutigen internationalen Feiertag. Die andere Fraktion hier hat mit einem Mann in der Rednerreihenfolge aufgewartet. Sie wissen, dort ist keine Frau in der Fraktion. Warum ist das so? Das hat sich eben sehr deutlich gezeigt. Ich glaube, es muss allen Saarländerinnen und Saarländern einmal gesagt werden. Diese Fraktion dort hat die Frauen als das gegnerische Geschlecht bezeichnet. Das muss man sich vorstellen! Heute am Internationalen Frauentag sind wir Frauen das gegnerische Geschlecht für diese Fraktion. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN. - Abg. Müller (AfD): Das ist nicht wahr!)

Ich muss Ihnen noch etwas sagen. Die Sorgearbeit ist eine sehr wichtige Arbeit, die die Frauen täglich auch zu Hause verrichten. Es ist leider nur viel zu oft eine unentgeltliche Arbeit. Es kann doch nicht sein, dass es immer wieder Männer sind, die uns sagen: Ihr verrichtet dort tolle Arbeit, das Putzen, das Kinder erziehen, das Kochen, das Flickern. All das ist eine tolle Arbeit, die die Gesellschaft voranbringt. - Aber das Geld verdient der Mann. Auch die Anwartschaften, die verdient werden, gehen zunächst einmal auf das Rentenkonto des Mannes. Aber was passiert, wenn die Frau an dieser Ehe nicht mehr festhalten will, wenn Scheidung droht oder aber - was vielleicht eintritt -, wenn ein Ehepartner verstirbt? Das ist doch ein Garant für die Altersarmut beziehungsweise für Armut der Frauen. Wir müssen etwas ändern an der Unentgeltlichkeit dieser Sorgearbeit, die gerne genommen, aber nicht entlohnt und von dieser Gesellschaft nicht mit Gegenwert versehen wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage euch, es wäre zu überlegen, dass Frauen, die zu Hause sind, Entgeltpunkte auf ihrem eigenen Rentenkonto gutgeschrieben bekommen, damit sie im Fall von Scheidung oder Tod nicht ärmer werden.

Noch ein Letztes darf ich sagen. Es steht nirgendwo geschrieben, dass Frauen, die Familie und Kinder haben, nicht in Führungspositionen kommen können. Sie alle wissen, wenn Führungspositionen anstehen, wird immer gesagt, 60, 70 Stunden in der Woche kann man doch als Frau und gerade mit kleinen Kindern ja gar nicht leisten. Ich frage Sie, wo denn das geschrieben steht. Dort sind die oberen Sprossen der Karriereleiter der Frauen abgesägt. Das ist nicht richtig.

Gerade junge Frauen, die Familie haben und die sich für Kinder entscheiden, können sehr wohl Führungspositionen wahrnehmen, vielleicht nicht in einem Umfang von 70 Stunden. Aber muss das sein?

Ich bin davon überzeugt, dass gerade junge Frauen in einem von der Stundenanzahl her überschaubaren Arbeitsverhältnis auch mit 30 oder 35 Stunden sehr gute Führungsarbeit leisten können. Auch dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Ich glaube, heute am internationalen Feiertag gehen wir einen Schritt in die richtige Richtung. Mir ist es ein herzliches Anliegen, etwas für alle diejenigen zu verdeutlichen, die heute sagen: Ach nein, nicht schon wieder Frauentag, nicht schon wieder Frauenquote. Ich weise noch einmal deutlich auf das hin, was ich eingangs schon gesagt habe. Es gibt bei uns noch ganz viele, die wie mein Vorredner uns Frauen als das gegnerische Geschlecht bezeichnen. Denen sollen wir sagen: Diesen Kampf können Sie haben. Wir führen ihn. Und wir führen ihn gemeinsam mit unseren Männern, die hinter uns stehen. Das sind die Männer unserer Fraktionen. Vielen Dank für euren Rückhalt bei unserem gemeinsamen Kampf. Wir kämpfen ihn weiter.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Frau Kollegin Berg, es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Müller, die ich hiermit zulasse.

**Abg. Müller (AfD) mit einer Zwischenbemerkung:**

Liebe Frau Berg, man sollte vielleicht nicht alles so bierernst nehmen wie es vielleicht in den einen oder anderen Ohren klingt. Diese Bemerkung vom gegnerischen Geschlecht stammt nicht von mir. Sie ist eine Beschreibung dessen, was der ansonsten große Philosoph Arthur Schopenhauer zu Papier gebracht hat. Ich stimme dem ja nicht zu. Das möchte ich durchaus zu Protokoll geben.

Es fällt mir gerade noch etwas ein. In einer Unterhaltung mit einem sehr alten Ehepaar - er über 90, sie knapp 90 - kam ein Spruch von ihm: So ganz einig sind wir uns noch nicht. Dieses Thema wird uns also wahrscheinlich erhalten bleiben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Frau Abgeordnete, Sie haben die Möglichkeit zu antworten. - Sie nehmen das Recht nicht wahr. - Dann rufe ich als nächstes für die Landesregierung Frau Ministerin Monika Bachmann auf.

**Ministerin Bachmann:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Manchmal kann man die Zeit überbrücken, indem ordentlich saubergemacht wird.



**(Ministerin Bachmann)**

Das ist ja auch etwas wert. Insofern glaube ich, dass manche Zwischenrufe unnötig sind.

(Beifall bei der SPD.)

Heute ist in der Tat der Internationale Frauentag. Es ist gut, dass wir darüber reden, denn wir haben in dieser Pandemie nicht nur festgestellt, wo es an der einen oder anderen Stelle hakt, sondern wir haben auch gesehen, dass der Unterschied zwischen den Geschlechtern noch deutlicher wird als vorher. Deshalb haben die Frauen- und Gleichstellungsministerinnen und -minister, deren Vorsitzende ich bin, bereits im Juni letzten Jahres das Thema aufgegriffen und es zum Schwerpunkt der Konferenz gemacht. Mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Länder waren wir uns einig, dass es vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie besonders wichtig ist, den Fokus auf die gleichstellungspolitischen Problemlagen zu richten, die hinreichend bekannt sind. Ich empfehle jedem, sich die Ergebnisse dieser Ministerkonferenz anzuschauen.

Ich bin genauso enttäuscht wie der eine oder andere, der gesprochen hat, dass der Tarifvertrag für die Altenpflege - ein Beruf, für den ich wirklich seit Monaten und Jahren kämpfe und der ganz überwiegend von Frauen ausgeübt wird - bislang nicht zustande kam. Ich muss nicht wiederholen, warum und weshalb. Aber das ist für mich mehr als enttäuschend.

Ein weiterer Punkt ist die Entgeltlücke zwischen den Verdiensten von Frauen und Männern. Sie liegt in Deutschland nämlich immer noch bei 19 Prozent, und das, obwohl wir mittlerweile die bestausgebildete Frauengeneration haben, die es je gab. Das Statistische Bundesamt stellt fest, dass 71 Prozent des Verdienstunterschieds zwischen Mann und Frau strukturell bedingt sind, also unter anderem darauf zurückzuführen sind, dass Frauen in schlechter bezahlten Branchen und Berufen arbeiten und seltener Führungspositionen erreichen. Frau Baltes hat es im Detail dargestellt.

Die Folge ist doch das Gegenteil von sozialer Sicherheit. Die Folge könnte Altersarmut bei Frauen sein, die noch verstärkt wird. Wenn wir so weitermachen, kann die Folge sein, dass die Anwartschaften nicht aufgebaut werden können. Deshalb sind alle Papiere gut. Aber wir müssen daran arbeiten und das Thema immer wieder aufrufen.

Besonders wichtig ist mir deshalb der Punkt des Antrages, dass die im Rahmen der Krisenbewältigung eingesetzten Programme und Maßnahmen dazu benutzt werden müssen, der bestehenden Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt sowie der ungleichen Verteilung der Sorgearbeit entgegenzuwirken. Frauen müssen die gleichen Chancen auf Entscheiderpositionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben wie unsere männlichen Kollegen.

Wenn wir über soziale Sicherheit von Frauen sprechen, ist mir ein weiterer Aspekt ganz besonders wichtig. Ich bin dankbar dafür, dass Sie auch diesen in Ihrem Antrag hervorheben. Es ist die nach wie vor hohe Gewaltbetroffenheit von Frauen und Kindern. Die Zahl der Frauen, die von Gewalt betroffen sind, war auch vor der Krise hoch. Jede dritte Frau in Deutschland erlebt in ihrem Leben Gewalt. Von den meisten hören wir nichts. Warum? - Aus Angst, aus Schamgefühl, aus Angst, ganz alleine zu sein. Während der Corona-Krise haben die Kontaktbeschränkungen, Schul- und Kitaschließungen sowie Existenzängste aufgrund von Jobverlust oder Kurzarbeit Familien und Partnerschaften stark belastet.

Es ist davon auszugehen, dass gerade Frauen, die bereits vor der Krise in gewalttätigen Partnerschaften gelebt haben, in der Krise eine Zunahme der Gewalt erleben konnten. Fragen Sie einmal den Innenminister, der hier sitzt, wie er selbst darauf achtet, wie er mit meinem Haus in Kontakt steht und sich die Zahlen anschaut: Wo ist etwas passiert, wo kriegen wir Hinweise, welchen Hinweisen müssen wir nachgehen?

Auch wenn die Statistik der Frauenhäuser wie auch die Fallzahlen der Polizei hierfür derzeit keine Hinweise liefern, sind die Zahlen im Saarland wie in den meisten anderen Bundesländern während der Krise nicht gestiegen. Sie müssen aber in diesem Bereich genau beobachtet werden, um jederzeit entsprechend reagieren zu können, wenn wir einen Anstieg der Fallzahlen und damit einen erhöhten Schutz- und Hilfebedarf feststellen. In diesem Fall haben wir im Saarland ganz frühzeitig - schon im ersten Lockdown - Vorsorge getroffen und in Kooperation mit den Landkreisen und dem Träger der Frauenhäuser zusätzliche Schutzplätze bereitgestellt, die jederzeit in Anspruch genommen werden können.

Wir waren die allerersten - wir hatten noch gar nicht an Corona gedacht -, die gesagt haben: Frauen, meldet euch, wenn ihr Hilfe braucht! Wir haben die anonyme Spurensicherung. Sie wurde mit meiner Handschrift ins Leben gerufen. Frauen haben zehn Jahre lang das Recht haben, anonym zu einem Gynäkologen zu gehen - aus Angst oder anderer Zurückhaltung -, um dort die Spuren sicherzustellen. Wir waren es, die gesagt haben, wenn diese zehn Jahre noch nicht ausreichen, dann geht es auch länger. Wir waren es, die gesagt haben: Traut euch, kommt zu uns, denn dieser Täter macht es nicht nur einmal, sondern er wird es innerhalb der zehn Jahre wiederholen.

Besonders wichtig war und ist mir, dass wir uns bei der Unterstützung von Frauen und ihren Kindern im Saarland auch in der Krise auf die hervorragende Kooperation eines ganz breiten Netzes an Hilfeeinrichtungen und Fachstellen verlassen können. Frauenhäuser, Fachberatungs- und Interventionsstellen - das sind diejenigen, die seit vielen Jahren einen

**(Ministerin Bachmann)**

wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zur Unterstützung und Schutz der Frauen gegen Gewalt leisten, und zwar tagtäglich. Es gilt jetzt, die gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen perspektivisch noch zu verstärken und unsere guten Versorgungsstrukturen auszubauen. Es gilt auch, liebe Dagmar Heib, wie Sie eben gesagt haben, dies im Sinne der Istanbul Konvention weiter zu verbessern.

Hierfür stehen uns jährlich zusätzliche Mittel in Höhe von 360.000 Euro aus dem Bundesinvestitionsprogramm „Gewalt gegen Frauen“ zur Verfügung, die wir dann noch mit Landesmitteln verstärken, um insbesondere einen zielgruppengerechten Zugang zu Schutz- und Hilfsmaßnahmen zu ermöglichen und die Platzkapazitäten in den Schutzeinrichtungen zu erhöhen.

Die Corona-Krise hat dazu geführt, dass Öffentlichkeit und Politik das Thema Gewalt gegen Frauen stärker wahrgenommen haben. Das ist gut so. Seien wir achtsam, was um uns herum geschieht. Es ist in unser aller Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass die entschiedene Bekämpfung jeglicher Gewalt gegen Frauen und damit automatisch gegen die Kinder, die in diesem Haushalt leben, unter unserer Obhut bleibt und auf unserer Agenda steht, nicht nur auf dem Papier und nicht nur mit Geschenken am Frauentag. Lassen Sie uns gemeinsam für diese Frauen da sein. - Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfractionen Drucksache 16/1624. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1624 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1624 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfractionen, die DIE LINKE-Landtagsfraction sowie die fraktionslose Abgeordnete Ensch-Engel. Dagegen gestimmt hat die AfD-Fraktion; enthalten hat sich der fraktionslose Abgeordnete Hecker.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraction Drucksache 16/1627. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1627 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1627 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die DIE LINKE-Landtagsfraction sowie die fraktionslose Abgeordnete Ensch-Engel. Dagegen gestimmt haben die Koalitionsfractionen. Enthalten haben sich die AfD-Land-

tagsfraction und der fraktionslose Abgeordnete Hecker.

Wie heute Morgen beschlossen worden ist, kommen wir zu Tagesordnungspunkt 17:

**Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (Drucksache 16/1625)**

Zur Begründung des Gesetzentwurfes erteile ich dem Minister für Inneres, Bauen und Sport Klaus Bouillon das Wort.

**Minister Bouillon:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht um den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes. Mit dem Gesetz zur Änderung des Saarländischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes soll in erster Linie eine Anpassung der Verweise auf die ZPO erfolgen. Das Stammgesetz des Saarländischen Verwaltungsvollstreckungsgesetz datiert aus dem Jahr 1974. Es wurde in der Vergangenheit bedarfsabhängig punktuell angepasst, zuletzt im Jahr 2015.

Aufgrund des Inkrafttretens des Gesetzes zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung ist eine Anpassung der Verweise auf die ZPO im Saarländischen Verwaltungsvollstreckungsgesetz zwingend notwendig. Zudem wird durch die Änderung des § 39 die Rechtsgrundlage für die Abnahme der Vermögensauskunft durch den Gerichtsvollzieher in das Saarländische Verwaltungsvollstreckungsgesetz geschaffen.

Mit der weiteren Möglichkeit der Abnahme der Vermögensauskunft durch den Gerichtsvollzieher wird ferner eine langjährige Forderung aus der Zwangsvollstreckungspraxis umgesetzt. Hinsichtlich der Einzelheiten darf ich auf den vorliegenden Gesetzentwurf nebst Begründung verweisen und bitte um Überweisung in den Ausschuss.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich danke dem Herrn Minister und eröffnet die Aussprache. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1625. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Inneres, Bauen und Sport zu überweisen. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 16/1625 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Inneres, Bauen und Sport ist, den bitte ich, eine Hand zu er-

(Vizepräsident Heinrich)

heben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1625 in Erster Lesung einstimmig angenommen worden ist. Zugestimmt haben alle Abgeordnete des Hauses.

Wir kommen nun zu Punkt 2 der Tagesordnung:

**Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Landtagswahlgesetzes (Drucksache 16/1587)**

Zur Begründung des Gesetzentwurfes erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr das Wort.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Vor einigen Jahren hat wie so oft ein großer Wahlkampf in Spanien stattgefunden. Damals haben die beiden großen Parteien - damals noch große Parteien, die Sozialisten und die PPP - miteinander konkurriert. An deren Spitzen waren Rajoy und Zapatero.

Bei einem Interview sind beide viele Dinge gefragt worden. Die letzte Frage an Rajoy war: Machen Sie auch Politik für die Reichen? Darauf hat Rajoy geantwortet: Ich mache für jeden Politik; dann mache ich auch Politik für die Reichen. Wenn man das so hört, denkt man, eigentlich hat er recht. Dann wurde Zapatero gefragt. Er hat gesagt: Nein, für die Reichen mache ich keine Politik. Die brauchen keine Politik. Ich mache Politik für die Armen. Das hat viele Leute zum Nachdenken gebracht. Übrigens hat Zapatero damals gewonnen.

Aber es ist doch wirklich so: Die Milliardäre brauchen die Politik nicht. Sie brauchen auch die Demokratie nicht. Den Milliardären ist der öffentliche Personennahverkehr egal. Sie haben sowieso ihre eigenen Fahrzeuge. Denen ist auch die Krankenversicherung egal. Sie haben vielleicht sogar Privatkrankenhäuser. Sie brauchen auch keine Rentenversicherung. Ich könnte jetzt unzählige Dinge aufführen, was sie alles nicht brauchen. Sie brauchen den Staat nicht. Aber wir sind keine Milliardäre. Wir brauchen den Staat und die Demokratie, damit wir im Staat mitarbeiten können.

Ich persönlich und wir als AfD sind deshalb dafür, dass wir überall schauen, wo wir dieses zarte Pflänzchen der Demokratie im Aufbau stärker machen können. Das hier ist ein solcher Fall. Wir haben bei uns im Saarland eine besondere Situation. Nach dem Krieg sind wir vom Deutschen Reich abgetrennt worden und sind 1947 unter der Führung von Frankreich zu einem pseudo-halbselbstständigen Staat gemacht worden. Wir hatten auch eine eigene Fußballnationalmannschaft. Wir haben an der Weltmeisterschaft und an Olympischen Spielen teilgenommen und so weiter. Wir hatten damals eine

Verfassung, die keine durchweg demokratische Verfassung war, denn die Regierung in den ersten zehn Jahren nach dem Krieg kann man aus der Entfernung als milde Diktatur bezeichnen; aber es war eine Diktatur.

Die Verfassung, die damals beschlossen worden ist, war geprägt davon, und ist in vielen Dingen 1955 geändert worden. Viele Gesetze sind geändert worden, aber es gibt Überbleibsel. Ein solches Überbleibsel ist die Wahl für den saarländischen Landtag. Davon sind wir alle persönlich betroffen. Dieses Gesetz, das die Wahl für den saarländischen Landtag regelt, ist sogar einmalig - glaube ich - in der ganzen Welt. Ich habe noch nirgends eine Verfassung oder eine Regelung gesehen, die so ist wie dieses Gesetz, das wir hier im Saarland haben.

Wie sieht es aus? Ich brauche es Ihnen nicht zu erklären. Wir haben aber auch noch Zuhörer, die es vielleicht nicht wissen. Wir haben im Saarland für die Landtagswahl nur drei Wahlkreise und dann natürlich das Land als Ganzes. Selbst für die Bundestagswahl, für ein viel größeres Gebiet mit viel mehr Menschen haben wir vier Wahlkreise im Saarland. Das heißt, jeder Wahlkreis hat etwa 250.000 Einwohner. Das wird immer sehr genau abgemessen. Alle paar Jahre wird das geändert, sodass es nicht vorkommt, dass ein Wahlkreis größer oder ein anderer kleiner ist. Deshalb haben sich die Wahlkreise bei uns im Saarland schon einige Male geändert. Wir haben heute eine Struktur, die es dem Laien schwer macht zu erkennen, wer zu welchem Wahlkreis gehört. Quierschied gehört zu Homburg. Das ist nicht direkt einsichtig. Lebach gehört zu Saarlouis und Friedrichsthal zu Saarbrücken. Das ist also ein bisschen schwierig.

Bei der Landtagswahl ist es insofern eindeutig. Da gibt es diese drei Wahlkreise. Saarlouis ist der eine mit Saarlouis und Merzig-Wadern. Der zweite ist Neunkirchen mit Saarpfalz, Neunkirchen und St. Wendel. Der dritte Wahlkreis ist der Regionalverband Saarbrücken. Das ist ein Faktum.

Wie werden die Leute schließlich in den Landtag gewählt? - Wie gesagt, wir wissen das alles, aber diejenigen, die uns zuschauen, wissen es vielleicht nicht. 41 Abgeordnete werden über diese drei Wahlkreise gewählt. Nur zehn Abgeordnete werden über die Landesliste gewählt. Bei den drei Wahlkreisen sind es also 41 Leute auf drei Listen. Dabei sind die Listen nicht gleich groß. Zum Beispiel ist der Wahlkreis Neunkirchen größer als der Kreis Saarlouis. Das verändert natürlich die Chancen der Leute, die auf diesen Listen stehen.

Das Wesentliche - wenn wir von Demokratie reden - ist, dass es sehr schwierig ist, zu sagen, dass man, wenn man zum Beispiel in Nohfelden wohnt, zum Wahlkreis Neunkirchen gehört. Dasselbe ist auch für Gersheim der Fall. Ich erwähne auch Wadern, Perl

(Abg. Dörr (AfD))

und Wadgassen. Sie gehören zum gleichen Wahlkreis. Die Identität des Abgeordneten mit seinen Wählern beziehungsweise die Übereinstimmung mit seinen Wählern oder die Möglichkeit der Wähler, die Leute vor Ort zu wählen, die ihnen als geeignet erscheinen, ist sehr eingeschränkt. Die Kandidaten werden von der Partei auf Listen gewählt. Das ist für die Parteien ein gutes Instrument, die Leute zu disziplinieren und die Listen so aufzustellen, wie sie es für richtig halten, und zwar ohne Rücksicht auf lokale Gegebenheiten.

(Zuruf des Abgeordneten Renner (SPD).)

Dann kann es vorkommen - ich habe das schon erlebt, ich bin schon etwas länger dabei -, dass ganze Gebiete überhaupt nicht von einem Abgeordneten im Landtag vertreten sind. Das wäre nicht der Fall, wenn man das Gesetz so machen würde, wie es im Bundesgebiet ist. Das ist meiner Meinung nach sehr gut geregelt. Die Franzosen kämpfen jetzt wieder darum. Sie haben ein Mehrheitswahlrecht. Sie wollen ein Verhältniswahlrecht einführen und streiten darüber. Die Engländer haben auch ein Mehrheitswahlrecht. Im Bund haben wir das wunderbar getrennt. Wir haben auf der einen Seite ein Mehrheitswahlrecht durch die Direktkandidaten und auf der anderen Seite ein Verhältniswahlrecht, mit dem es nicht vorkommen kann, dass eine kleine Partei gar nicht im Parlament erscheint, weil sie nirgendwo die Mehrheit hat. Mit anderen Worten: Es ist demokratischer, auch für uns als Abgeordnete. Wir sind unabhängiger, wenn einige von uns - unser Vorschlag ist die Hälfte - im Ort angebunden sind und in Wahlkreisen als Direktkandidaten gewählt werden können. Bei ungefähr der Hälfte - wie das im Bund geregelt ist - wären es 25. Die Wahlkreise hätten ungefähr eine Stärke von 40.000 Personen, wären also überschaubar. Zum Beispiel wären Friedrichsthal, Quierschied und Sulzbach zusammen und so weiter und so fort.

Wir plädieren also für mehr Demokratie durch Änderung des Landtagswahlgesetzes. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort für die CDU-Landtagsfraktion dem Abgeordneten Raphael Schäfer.

**Abg. Schäfer (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dörr hat es ausgeführt, die AfD-Landtagsfraktion möchte das Landtagswahlgesetz ändern. Er hat auch ausgeführt, dass er künftig nicht mehr drei Wahlkreise bei der Landtagswahl im Saarland haben möchte, sondern insgesamt 25. Er hat weiter ausgeführt,

dass er nicht wie bisher zehn Mandate über die Landesliste vergeben möchte, sondern insgesamt 26. Herr Kollege Dörr, ich fange einmal so an, denn Sie haben am Anfang relativ viel durcheinandergeworfen. Erst einmal haben Sie mit Spanien angefangen und dann mit Reichen- und Armenpolitik weitergemacht. Das alles hat mit dem Thema überhaupt nichts zu tun. Es geht heute um die Landtagswahl und das Landtagswahlrecht. Damit sollten wir uns auseinandersetzen. Ich hoffe, dass wir uns in diesem Hohen Haus alle einig sind, dass das ein sehr wichtiges und zentrales Thema ist. Gleichzeitig ist es ein sensibles Thema, mit dem man seriös umgehen muss. Ich muss ehrlich sagen, dass ich erst einmal mit Befremden Ihren Gesetzentwurf lesen musste. Ich spreche Sie auch als ehemaligen Schulleiter an. Bereits in der Überschrift haben Sie einen gravierenden Fehler gemacht. Sie schreiben anstelle von „Landtagswahlgesetz“ „Schulpflichtgesetz“. Das ist aber noch nicht genug. Sie handeln ein derart wichtiges Gesetz, das ganz weitreichende Folgen und Wirkungen hat, auf einer DIN-A4-Seite ab.

(Abg. Dörr (AfD): Wir sparen Papier.)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, dass das der Bedeutung dieses Gesetzes noch nicht ansatzweise gerecht wird. Ich muss auch sagen, dass das ein Niveau ist, das für dieses Parlament einfach unsäglich ist. Das kann man so nicht akzeptieren. Ich wünsche mir - wir haben es Ihnen schon oft gesagt -, dass Sie hier mit ordentlichen Gesetzentwürfen kommen. Dieser ist es jedenfalls nicht.

(Abg. Dörr: Auf den Inhalt kommt es an, Herr Schäfer.)

Dennoch möchte ich sachlich auf Ihre einzelnen Argumente eingehen. Ich möchte sie aber auch in aller Deutlichkeit widerlegen. Es geht darum, dass Ihr Gesetzentwurf auch inhaltlich falsch ist. Herr Kollege Dörr, § 3 des Landtagswahlgesetzes nimmt die von Ihnen angesprochene Einteilung des Wahlgebietes vor. Wir haben bei der Landtagswahl drei Wahlkreise. Das Entscheidende ist, dass in diesem Paragraphen exakt festgelegt wird, wie sich die einzelnen Wahlkreise zusammensetzen. Beispielsweise setzt sich mein Heimatwahlkreis Saarlouis aus den beiden Landkreisen Saarlouis und Merzig-Wadern beziehungsweise aus den den beiden Landkreisen angehörigen Kommunen zusammen. Sie wollen künftig 25 Wahlkreise. Jetzt kommt der entscheidende Punkt. Es geht darum, was in dem Gesetzentwurf fehlt. Sie nehmen keine Einteilung vor, sagen also nicht, wie die Wahlkreise zugeschnitten sein sollen.

Ich will darauf aufmerksam machen, dass uns das Bundesverfassungsgericht einen gewissen Rahmen mit auf den Weg gegeben hat. Es geht um den Grundsatz der Wahlgleichheit. Das ist ein ganz wichtiger Grundsatz, der besagt, dass die Stimme jedes einzelnen Wahlberechtigten unter anderem den glei-

(Abg. Schäfer (CDU))

chen Zählwert und die gleiche rechtliche Erfolgchance haben muss. Übersetzt bedeutet das nichts anderes, als dass man schauen muss, dass die Wahlkreise - Sie haben es andeutungsweise dargestellt - in etwa gleich groß sein müssen. Bei 25 Wahlkreisen sind das Pi mal Daumen 40.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Wie gesagt nehmen Sie diese Einteilung nicht vor. Ich gebe zu, dass das ein bisschen Arbeit ist. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, das einmal schön zu verschweigen beziehungsweise diese Einteilung nicht vorzunehmen, weil es in der Tat sehr, sehr schwierig ist, das gesamte Saarland einzuteilen, auch Gemeindegrenzen übergreifend. Das ist ein wichtiger Punkt. Das muss man definitiv vornehmen. Daher ist Ihr Gesetzentwurf an der Stelle schon verfassungswidrig. Er ist auch deswegen verfassungswidrig, weil der Bestimmtheitsgrundsatz und der Grundsatz der Normenklarheit nicht gewahrt werden.

Es gibt einen zweiten Punkt, Herr Kollege Dörr. Ihr Gesetzentwurf ist nämlich noch in einem weiteren Punkt verfassungswidrig. Es geht um den Grundsatz der Verhältniswahl. Da haben wir in unserer Landesverfassung in Artikel 66 eine klare Regelung. Es muss der Grundsatz des Verhältniswahlrechts gelten. Herr Kollege Dörr, man muss Ihren Vorschlag einmal zu Ende denken. Wenn Sie 25 Wahlkreise hätten, würde das dazu führen, dass nur ein Abgeordneter pro Wahlkreis in den saarländischen Landtag einziehen würde. Das ist durch die Hintertür die Einführung eines Mehrheitswahlrechts, nichts anderes ist das. Sie sind selbst darauf eingegangen und haben das in etwa mit den Regelungen bei der Bundestagswahl verglichen. Dort ist es aber eine personalisierte Verhältniswahl mit Erst- und Zweitstimme. Das ist von unserer Verfassungslage so nicht gedeckt. Insofern ist Ihr Vorschlag auch an dieser Stelle verfassungswidrig.

Ich komme zum dritten Punkt, dem Zeitpunkt dieses Vorschlags für eine Wahlrechtsreform. Ich muss ehrlich sagen, wenn man ein Jahr oder ein knappes Jahr vor einer Landtagswahl mit so einem weitreichenden Änderungsvorschlag um die Ecke kommt - so muss man schon fast sagen -, ist das in meinen Augen eine rein populistische Forderung. Ich will Ihnen auch sagen, wieso. Herr Kollege Dörr, ich spreche Sie einfach einmal direkt an: Ist Ihnen der § 17 des Landtagswahlgesetzes bekannt? Ist er Ihnen bekannt?

(Abg. Dörr (AfD): Ist das eine Frage an mich?)

Da ist die Regelung getroffen, dass die Parteien und Wählergruppen 40 Monate nach Beginn der Wahlperiode ihre Bewerberinnen und Bewerber aufstellen können. Es ist ebenso geregelt, dass sie 36 Monate nach Beginn der Wahlperiode - bei uns war das Ende April 2017 - bereits ihre Vertreterinnen und Vertreter zur Aufstellung der Kandidaten wählen können. Ich glaube, durch Kopfrechnen kann man rela-

tiv schnell ermitteln, dass eine Vielzahl an Parteien und Wählergruppen nicht nur bereits Vertreter, sondern vereinzelt sogar schon Bewerberinnen und Bewerber gewählt haben könnte. Ich glaube, das macht klar, dass der Vorschlag zum jetzigen Zeitpunkt auch an dieser Stelle erheblichen rechtlichen Bedenken begegnet.

Ich komme zu meinem vierten und letzten Punkt. Wahlrecht ist Kernbestandteil unserer Demokratie. Ich glaube, wenn man der Meinung ist, dass man da eine Änderung herbeiführen möchte, muss man das in seriöser Art und Weise tun, statt unüberlegte Schnellschüsse zu machen. Auf Bundesebene wird das getan. Dort wird eine Reformkommission eingesetzt. Man kann durchaus auch über eine Enquete-Kommission nachdenken, wie wir das hier im saarländischen Landtag in verschiedenen Bereichen tun. Jedenfalls muss man das in Ruhe und mit Bedacht tun, nicht übereilt.

Jetzt kommen wir zum entscheidenden Punkt. Eigentlich kann man zu dieser Ableitung nur gelangen, wenn man ernsthafte Zweifel am bestehenden Wahlrecht hat oder in ihm gravierende Fehler sieht. Ich sage in aller Klarheit, Herr Kollege Dörr, diese Fehler beziehungsweise Zweifel sehe ich für die CDU-Landtagsfraktion beziehungsweise die Große Koalition nicht. Ich hoffe, da auch für die Fraktion DIE LINKE sprechen zu können. Insofern ist Ihr Gesetzentwurf abzulehnen. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Dörr zu dem Redebeitrag des Kollegen Schäfer. - Bitte schön.

**Abg. Dörr (AfD) mit einer Zwischenbemerkung:**

Herr Schäfer, zuerst einmal gehe ich auf den Zeitpunkt ein. Vielleicht haben Sie vergessen - das kann vorkommen -, dass wir diesen Antrag schon einmal vor ein, zwei Jahren gestellt haben. Da war noch mehr Zeit bis zur nächsten Landtagswahl. Das ist der erste Punkt. Ich komme zum zweiten Punkt. Wenn wir jetzt einen solchen Antrag stellen, heißt das nicht, dass er für die bevorstehende Landtagswahl gelten soll. In dem Gesetz kann durchaus aufgenommen werden, dass es ab der übernächsten Landtagswahl gilt. - So viel zu diesem Punkt.

(Zuruf des Abgeordneten Thielen (CDU).)

Das andere ist die Einteilung in Wahlkreise. Das hätte ich machen können, ich habe das im Kopf auch gemacht und zum Teil herausgeschrieben anhand der Einwohnerzahl. Allerdings komme ich doch nicht mit einem Gesetzentwurf, in dem ich die Orte schon

**(Abg. Dörr (AfD))**

genau aufführe, mir diese Arbeit für drei, vier Tage mache, wenn ich weiß, dass er hier abgelehnt wird. Wenn dem Antrag zugestimmt wird und er in den Ausschuss kommt, bin ich gerne bereit, konkrete Vorschläge zu machen. Sie würden sich wundern, wie einfach das ist. Es gibt bei uns im Saarland schon Zusammenführungen von Städten und Gemeinden, mit denen man genau oder ziemlich genau auf diese 40.000 Wähler käme. Insofern wäre das überhaupt kein Problem. Es hat nicht am Fleiß gehängt. Ich beziehungsweise wir haben diesen Gedanken nicht erst seit gestern, sondern schon länger. Diesen Gedanken haben auch schon andere vor uns gehabt. Wir haben also nicht das Recht der Urheberschaft. Bei den großen Parteien geht die ständige Angst um, dass jemand einmal einen Antrag beim Verfassungsgericht auf Verfassungsmäßigkeit dieser Gesetze stellt. Dann könnte es nämlich dazu kommen - es gibt genügend Fachleute, die damit rechnen -, dass diese Gesetze sofort kassiert würden.

**Vizepräsident Heinrich:**

Es gibt die Möglichkeit, auf diese Zwischenbemerkung zu antworten.

**Abg. Schäfer (CDU):**

Vielen Dank, ich verzichte.

**Vizepräsident Heinrich:**

Es wird kein Gebrauch von der Möglichkeit, zu antworten, gemacht. Ich rufe als nächsten Redner für die DIE LINKE-Landtagsfraktion den Abgeordneten Ralf Georgi auf.

**Abg. Georgi (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Im Saarland hat jeder Wahlberechtigte bei der Landtagswahl genau eine Stimme. Damit wählt man den Kreiswahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe und gleichzeitig deren Landeswahlvorschlag. Erst- und Zweitstimme wie bei der Bundestagswahl gibt es nicht. Es ist eine reine Verhältniswahl, keine sogenannte personalisierte Verhältniswahl. Die AfD will das nun ändern. Herr Dörr hat es gerade begründet. Tatsächlich haben die Wählerinnen und Wähler in allen anderen Bundesländern - außer in Baden-Württemberg - auch auf Landesebene mindestens zwei Stimmen. Im Saarland kommt immer wieder die Forderung auf, das zu ändern. Wir stellen uns die Frage, ob eine solche Änderung das Wahlsystem besser und gerechter macht. Haben die Saarländerinnen und Saarländer dadurch wirklich mehr Einfluss, was die zentralen Entscheidungen angeht? - Darum muss es uns gehen. Wir sagen Nein. Mehr Volksentscheide

mit deutlich geringeren Hürden - das würde den Bürgerinnen und Bürgern wirklich mehr Einfluss sichern.

(Beifall von der LINKEN.)

Keine Privatisierung ohne Zustimmung der Bevölkerung - das würde mehr Demokratie bedeuten. Schließlich müssen wir uns die Verfahren anschauen, nach denen aus Wählerstimmen Parlamentssitze werden. Das Saarland, Sachsen und Niedersachsen sind die einzigen Bundesländer, die noch an dem Verfahren nach d'Hondt festhalten. Alle anderen 13 Bundesländer wenden die Verfahren nach Hare/Niemeyer oder Sainte-Laguë an. Wäre das bei uns auch so, dann säße heute ein CDU-Abgeordneter weniger im Landtag, und zwar ganz unabhängig davon, welches andere Verfahren man anwenden würde. Daran sieht man, dass das Verfahren nach d'Hondt massiv die großen Parteien bevorzugt.

(Beifall von der LINKEN.)

Deshalb ist es kein Wunder, dass CDU und SPD so starr daran festhalten. In den Städten und Gemeinden, wo auch die Sitze in den Ausschüssen nach diesem Verfahren verteilt werden, wird die Verzerrung des Wählerwillens richtig deutlich. In der Landeshauptstadt Saarbrücken sind zwar sieben Fraktionen in den Stadtrat gewählt worden, in den Ausschüssen waren aber nur vier vertreten, jetzt sogar nur noch drei. Selbst in Not- oder Corona-Ausschüssen sind in manchen Städten nicht alle Fraktionen vertreten. Hier könnte man etwas für mehr Demokratie tun. Eine Abschaffung des ungerechten Systems nach d'Hondt ist überfällig, ebenso wie die Senkung der Hürden für Volksbegehren.

(Beifall von der LINKEN.)

Eine Änderung des Wahlsystems, wie es die AfD heute vorschlägt, bringt stattdessen für die Wählerinnen und Wähler kaum Verbesserungen. Deshalb lehnen wir den Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Als weiteren Redner rufe ich für die SPD-Fraktion den Abgeordneten Reiner Zimmer auf.

**Abg. Zimmer (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eine gute Rede vorbereitet, werde mich aber deutlich kürzer fassen, da ich glaube, dass es das nicht mehr wert ist. Ich glaube, der Kollege Schäfer hat zu den Rechtsverhältnissen und zur Verfassung genug gesagt. Das eine oder andere möchte ich mir aber nicht entgehen lassen.

Herr Kollege Dörr, erst einmal will ich Sie darauf hinweisen, dass hier nicht nach drei Landkreisen und

(Abg. Zimmer (SPD))

einer Landesliste gewählt wird. Hier wird gewählt, indem die Bürgerinnen und Bürger eine Stimme abgeben, entweder am Wahlsonntag in der Urne oder vorher per Briefwahl. So wird der Landtag gewählt. Er wird nicht aufgrund der Vorbedingung gewählt, wie Wahlkreise aufgestellt oder nicht aufgestellt sind. Es ist aber wirklich interessant, zu sehen, was Sie machen. Sie kommen hier ständig mit Anträgen, wollen das Land auflösen, uns ähnlich einem Stadtstaat stellen, die Landkreise zerschlagen - da brauchen wir keine sechs. Jetzt wollen Sie plötzlich ein gediegenes Wahlrecht, das seit Jahren gilt - Sie sagten, dass es vielleicht einzigartig auf der ganzen Welt sei, vielleicht hat es auch etwas damit zu tun, dass Saarländer einzigartig sind und heute, glaube ich, auch die saarländischen Frauen einzigartig sind -

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN und von Ministerin Bachmann)

in Kleinstteile zerlegen, und zwar mit der Forderung, mehr Gerechtigkeit zu schaffen, indem auch die Kommunen vertreten sind. Allerdings hätte auch bei Ihrem Vorschlag die Hälfte der Kommunen - wir haben 52 im Saarland - keinen Abgeordneten. Wie erklären Sie das diesen Kommunen? - Es stellen sich viele Fragen. Das Ganze machen Sie mit der Begründung - es geht um ein so wichtiges Thema wie das Wahlrecht - „mehr Mitbestimmung wagen“. Das ist alles, was Sie in dem Antrag schreiben. Sie selbst haben vorhin gesagt, Sie wüssten, dass der Antrag nicht durchgehe, deswegen seien Sie nicht bereit, zu arbeiten. Ich sage Ihnen hier ganz deutlich, dass sich der Innenausschuss des Landtages nicht zu Ihrem Vorzimmer oder dem verlängerten Arm der AfD machen lässt, um Ihre Wahlpropaganda für Sie auszuarbeiten. Das können Sie, glaube ich, vergessen. Daher werden wir nachher ablehnen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich komme zu der einen oder anderen Fragen, die sich ergibt. Bei einem solch mangelhaften Antrag kann es gar nicht anders sein, als dass sich Fragen ergeben. Es geht los: 25 Wahlkreise - keine Antwort, wie sie aussehen sollen. Wie setzen sie sich zusammen? - Keine Antwort. Welche Kriterien gibt es? - Keine Antwort. Die Größe, die Einwohnerzahl - jenseits der Gemeinde- oder Kreisgrenze - keine Antworten in Ihrem Antrag. Was passiert, wenn eine Partei alle 25 Wahlkreise gewinnt? - Soll so mehr Mitbestimmung gewagt werden oder soll der Landtag durch Überhang- und Ausgleichsmandate aufgeblasen werden? - Kollege Schäfer hat versucht, Ihnen das deutlich zu machen. Es geht um die Wertigkeit der Stimmen. Die Konsequenz wäre, dass der Landtag nicht mehr festgesetzt 51 Sitze hätte, sondern unweigerlich größer werden müsste. Wir erleben es beim Bundestag. Es ist eine große schon

lange währende Diskussion, wie man das verhindern könnte. Das gleiche Spiel hätten wir hier.

Herr Dörr, wir haben sehr wohl das saarländische Prinzip, dass Großes im Kleinen entsteht. Ich glaube aber, dass Sie das nicht verstanden haben. Damit ist nicht gemeint, dass wir einen großen Landtag in dem kleinen Land wollen. Das müssten Sie vielleicht einmal nachgucken. Ich glaube, mit „Großes entsteht immer im Kleinen“ meinen die saarländische Landesregierung und die Koalitionsfraktionen etwas anderes.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Wie gesagt will ich mir weitere Ausführungen ersparen. Ich habe noch vieles aufgeschrieben. Herr Dörr, ich habe noch eine persönliche Anmerkung als langjähriger Sozialdemokrat. Warum man Mitglied der SPD oder CDU wird, hängt immer viel mit Vorbildern zusammen. Mich persönlich stört an Ihrem Antrag, dass Sie versuchen, mit den Worten eines einflussreichen, pazifistischen beziehungsweise eines der größten Sozialdemokraten, den die Bundesrepublik je erlebt hat, Pluspunkte zu erhaschen und Polemik zu gestalten, denn Ihre Aussage klingt ähnlich wie seine. Mit seiner Aussage stellte er sich gegen Hitlerdeutsche und postnationale Nazideutsche. Er stellte sich auf die Seite derjenigen, die die Demokratie und das demokratische Miteinander verbessern und vertiefen wollten, nicht auf die Seite derjenigen, die durch Hass und Hetze sowie Abschottung und Ausgrenzung Politik betreiben wollten. Populismus und unzureichende politische Arbeit ist das Gegenteil davon. Herr Dörr, „mehr Mitbestimmung wagen“ wird durch diesen Antrag jedenfalls nicht erreicht. Vielmehr scheint es mir, dass die Kollegen der AfD - Sie im Besonderen - einmal wieder beweisen, dass Sie genau eines nicht sind, nämlich eine Alternative für Deutschland. Wir lehnen Ihren Antrag daher ab.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1587. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Inneres und Sport zu überweisen. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 16/1587 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1587 in Erster Lesung mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Mitglieder der AfD-Fraktion, dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen, die

(Vizepräsident Heinrich)

DIE LINKE-Landtagsfraktion sowie die fraktionslose Abgeordnete Enschede. Enthaltend hat sich der fraktionslose Abgeordnete Hecker.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

**Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 vom 26. November 2019 (BGBl. I S. 1851) in der Fassung der Änderung durch das Gesetz zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes vom 03. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2675) (Zensusausführungsgesetz 2022) (Drucksache 16/1609)**

Zur Begründung des Gesetzentwurfes erteile ich dem Minister für Finanzen und Europa Peter Strobel das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

**Minister Strobel:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Umsetzung des europäischen Rechts hat der Bundesgesetzgeber die Durchführung der Volksgebäude- und Wohnungszählungen im Jahr 2022 angeordnet. Damit wurde die ursprünglich noch für das laufende Jahr 2021 vorgesehene Volkszählung pandemiebedingt um ein Jahr verschoben. Als Alternative zu einer herkömmlichen Volkszählung durch Befragung der gesamten Bevölkerung soll wie im Jahr 2011 im Frühjahr 2022 ein registergestützter Zensus durchgeführt werden. Das hiermit eingebrachte Vorhaben eines Zensusausführungsgesetzes 2022 überführt nun das Bundesgesetz in Landesrecht. Es regelt die Zuständigkeiten, das Verwaltungsverfahren und die Erstattung von Kosten im Rahmen der Konnexität. Der Zensus wird als Bundesstatistik durchgeführt. Die Länder führen die Bundesstatistiken als eigene Angelegenheiten aus. Ihnen obliegt es grundsätzlich auch, das Verwaltungsverfahren zu regeln. Das Gesetz zur Ausführung des Bundesgesetzes enthält daher auch die zur Durchführung des Zensus im Jahr 2022 im Saarland notwendigen ergänzenden Bestimmungen. Es stellt sicher, dass die anfallenden Arbeiten sowohl landesseitig beim Statistischen Amt als auch auf kommunaler Ebene bei den Erhebungsstellen erledigt werden können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein paar erläuternde Hinweise zum Ablauf des Zensus geben. Zeitlich ist hier zwischen der weiteren Vorbereitung des Zensus, der Durchführung und seiner Nachbereitung zu unterscheiden. Die weitere Vorbereitung des Zensus beginnt im Sommer dieses Jahres mit der Errichtung der Erhebungsstellen. Diese sollen bis Ende Oktober in Betrieb genommen werden. Die Erhebungsstellen werden bei den Landkreisen, dem Regionalverband Saarbrücken sowie bei der Landeshauptstadt Saarbrücken eingerichtet. Ab Oktober erfolgen

Schulungen der Leiter der Erhebungsstellen und des bereits vorhandenen Personals. Ab Mitte Januar dieses Jahres begann die planmäßige Rekrutierung weiterer Mitarbeiter, die nachfolgend ebenfalls geschult werden. Die eigentliche Durchführung des Zensus erfolgt nächstes Jahr in der Zeit vom 16. Mai bis zum 07. August. Stichtag für alle Daten ist der 15. Mai 2022. Das Statistische Amt stellt sodann die amtlichen Einwohnerzahlen des Landes und der Gemeinden fest - spätestens am 18. November 2023. - So viel zu den Abläufen.

Der Zensus 2022 verursacht Kosten, und zwar sowohl auf Landesebene als auch auf kommunaler Ebene. Die mit dem Gesetz verbundenen Mehrbelastungen betreffend gewährt das Land der kommunalen Ebene per Rechtsverordnung einen finanziellen Ausgleich im Rahmen der Konnexität. Die Kosten zur Durchführung des Zensus waren seinerzeit - geplant für das Jahr 2021 - mit rund 7,2 Millionen Euro veranschlagt. Durch die Verschiebung des Zensus entstehen Mehrkosten in Höhe von rund 770.000 Euro. Ob darüber hinaus pandemiebedingte Mehrkosten entstehen, ist derzeit noch nicht abschätzbar. Hinzu kommt der finanzielle Ausgleich an die Landkreise, den Regionalverband und die Landeshauptstadt. Der Bund gewährt den Ländern für den Zensus eine Finanzausweisung von insgesamt 300 Millionen Euro. Die Verteilung der Finanzausweisung erfolgt nach dem jeweiligen Aufwand der Länder und ist im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern festgelegt worden. Das bedeutet für das Saarland eine Zuweisung von 4,8 Millionen Euro. Das Gesetz ist befristet und gilt bis zum 31.12.2031. Ich bitte, den Entwurf anzunehmen und ihn zur weiteren Bearbeitung an den Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen zu überweisen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich danke dem Herrn Minister sehr und eröffne die Aussprache. Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf, Drucksache 16/1609. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen zu überweisen. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs, Drucksache 16/1609, in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf, Drucksache 16/1609, in Erster Lesung einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Abgeordneten angenommen worden ist.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:



(Vizepräsident Heinrich)

**Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes Saarland (BQFG-SL) (Drucksache 16/1608)**

Zur Begründung des Gesetzentwurfes erteile ich der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Monika Bachmann das Wort.

**Ministerin Bachmann:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fachkräftesicherung stellt uns vor große Herausforderungen, denen wir mit nachhaltigen Strategien begegnen müssen. Dazu gibt es auf Bundes- sowie auf Landesebene entsprechende Anerkennungsgesetze, um die Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsabschlüsse mit den deutschen Abschlüssen ermitteln zu können. Dies ist in vielen Berufen Voraussetzung dafür, in diesem Beruf zu arbeiten. Dieses Anerkennungsverfahren ist eine der Voraussetzungen für die Einwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten zu uns nach Deutschland. Dies gilt insbesondere für beruflich qualifizierte Fachkräfte und solche, die in reglementierten Berufen arbeiten wollen. Das schafft Transparenz und sichert die Qualität sowohl für Arbeitgeber als auch für Fachkräfte.

Durch das am 01. März 2020 in Kraft getretene Fachkräfteeinwanderungsgesetz und eine damit einhergehende Ergänzung im Berufsqualifikationsgesetz des Bundes - kurz BQFG - haben Unternehmen und Fachkräfte aus Drittstaaten die Möglichkeit erhalten, das Einreiseverfahren zu verkürzen. Damit soll eine gezielte und gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten flankiert werden, um so einen Beitrag zu einem nachhaltigen gesellschaftlichen Wohlstand zu leisten.

Da für die landesrechtlich geregelten Berufe das BQFG des Bundes nicht gilt, obliegt es den Ländern, die landesrechtlichen Fachgesetze entsprechend anzupassen, um das beschleunigte Fachkräfteverfahren zügig einführen zu können. Im saarländischen BQFG sollen deshalb die neuen Regelungen des Bundes-BQFG gespiegelt werden. Außerdem sieht der Gesetzentwurf eine Weiterentwicklung der Anerkennungsverfahren vor, indem für reglementierte Berufe ein gesonderter Anspruch auf Erlass eines separaten Feststellungsbescheides über die Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation eingeführt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, des Weiteren wird ein neues Statistikmerkmal verankert, um bessere Rückschlüsse zur Optimierung der Verwaltungsverfahren ziehen zu können. Der durch die Länder bereits erfüllte Evaluationsantrag gemäß § 18 wird gestrichen. Wie bereits beim ursprünglichen Gesetzentwurf und den nachfolgenden Änderungsgesetzen

haben die Länder auch in Bezug auf dieses Gesetzgebungsverfahren ganz eng zusammengearbeitet, um möglichst einheitliche Bestimmungen zu schaffen. Damit wird dafür Sorge getragen, dass die allgemeinen Länderregelungen zur Gleichwertigkeitsfeststellung von ausländischen Berufsqualifikationen für Antragstellende und Rechtsanwendende bundesweit möglichst transparent sind. Das erhöht auch die gegenseitige Akzeptanz der Anerkennungsbescheide unter den Ländern.

Da die Berufsqualifikationsfeststellungsgesetze des Bundes und der Länder auch der Umsetzung europarechtlicher Linien dienen, wurden bei der Novellierung entsprechende europarechtliche Vorgaben beachtet. Dies bezieht sich zum Beispiel auf den Europäischen Berufsausweis, den Vorwarnmechanismus, die Gewährleistung der Dienstleistungsfreiheit und die notwendige Transparenz bei Bescheiderteilungen zur Feststellung der vorhandenen Berufsqualifikationen.

Im Rahmen der Erstellung des vorliegenden Entwurfes haben wir aufgrund der arbeitsmarktpolitischen Bedeutung die Sozialpartner, Berufs- und Wirtschaftskammern sowie auch die betroffenen Berufsverbände selbstverständlich beteiligt. Außerdem haben wir die Wohlfahrtsverbände, den Saarländischen Städte- und Gemeindetag, den Landkreistag sowie die bislang im Anerkennungsbereich tätigen Stellen gehört. Die mit dem Gesetzentwurf geplanten Neuregelungen wurden dabei überwiegend begrüßt.

Deshalb bitte ich Sie ganz herzlich um Zustimmung des Entwurfes in Erster Lesung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich danke der Frau Ministerin und eröffne die Aussprache. Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1608. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie zu überweisen. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 16/1608 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1608 in Erster Lesung mit den Stimmen aller anwesenden Abgeordneten einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

(Vizepräsident Heinrich)

**Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Schulpflichtgesetzes (Drucksache 16/1554)**

Zur Begründung des Gesetzentwurfes erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr das Wort.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Diese Gesetzesänderung haben wir schon vor Längerem mal eingebracht und jetzt wieder vor mehr als einem Monat. Weil wir ein paar Tagesordnungspunkte haben verschieben müssen, sind wir quasi am Ende der eventuellen Gültigkeit dieses Gesetzentwurfes angelangt, es ist nämlich die Rede von der Aussetzung der Schulpflicht bis zum Ende des Schuljahres, das wäre dann der 31.07.2021.

Was gibt es zur Begründung zu sagen? Im Großen und Ganzen wird sich in der Schulwirklichkeit nicht viel ändern, aber es wird viel Bürokratie vermieden und viel Notwendigkeit vonseiten der Eltern, die Unwahrheit zu sagen. Das ist im Grunde genommen das Anliegen dieses Gesetzes, es wird Bürokratie vermieden. Ich kenne das aus meiner langer Tätigkeit in der Schule, aber ich muss sagen, bei mir war der Schulbesuch sehr hoch. Ich kenne aber die Problematik. Ich hatte immer zwei Gründe, weshalb ein Kind dazu bewegt werden soll, wie ich es einmal sagen will, in die Schule zu kommen. Der erste Grund ist der wichtigere: Die Schule muss so attraktiv sein, dass das Kind gerne in die Schule kommt und selbst gegen den Willen der Eltern nicht zu Hause bleibt, um vielleicht Zeitungen auszutragen oder irgendetwas anderes zu machen. Die zweite Seite, ist, dass dann meistens von Elternseite die Kinder missbraucht werden, indem sie zu Arbeiten herangezogen werden. Dann ergreift man dann die entsprechenden Maßnahmen, bis hin zu Gefängnisstrafen. Das reicht vom einfachen Verweis über Bußgeld bis zu Gefängnisstrafen.

Wie gesagt, ich bin keineswegs dafür, dass Kinder nicht die Schule besuchen sollen, aber sie und ihre Eltern sollen in dieser Situation nicht vor diese Gewissensfrage gestellt werden: Ich habe Angst wegen der Gesundheit und schicke mein Kind nicht in die Schule, und dann muss ich befürchten, dass das gehandelt wird.

Zu dem, was Herr Zimmer gesagt hat, möchte ich doch noch einen Satz sagen. Ist er noch da?

(Sprechen.)

Er ist nicht mehr da. Er hat eben den Fleiß der Abgeordneten - -

(Abg. Pauluhn (SPD): Er ist da, aber woanders.-  
Abg. Renner (SPD): Sie haben sich da nicht über andere zu erheben!)

Er ist irgendwo anders, er ist noch da, richtig. - Er hat sich, nehme ich mal an, sehr gut auf diese Rede gegen unseren Antrag vorbereitet und schon gehäht, dass ich vielleicht Willy Brandt anführen würde. Er hat ihn nicht mit Namen genannt, aber man kann ihn ruhig mit Namen nennen. Willy Brandt hat damals gesagt: „Mehr Demokratie wagen“. Jetzt habe ich das dummerweise heute nicht gesagt, und dann hat der Kollege sich durchgeschlängelt und ist doch bei den Populisten gelandet. Erstens einmal war Willy Brandt nicht der Bundeskanzler der Sozialdemokraten, er war der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, also auch mein Bundeskanzler. Ich kann ihn durchaus zitieren, denn ich denke, er hat etwas Vernünftiges gesagt. In diesem Fall war das so wie in vielen anderen Fällen auch, der Mann hatte eine Geschichte hinter sich, er hat gewusst, wovon er redet. Er war in der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich tätig, hat auch die Schwachstellen der Demokratie im Aufbau gesehen - so wie ich das immer nenne - und hat deshalb gesagt: „Mehr Demokratie wagen“. Das wollte ich jetzt nur mal zur Klarstellung sagen.

(Abg. Thielen (CDU): Das hat nichts mit dem Tagesordnungspunkt zu tun.)

Ich bin dafür, dass wir mehr Demokratie wagen. Insofern berufe ich mich gelegentlich auf den Bundeskanzler Willy Brandt. Aber heute habe ich es vergessen, ich habe es nicht gemacht, aber jetzt habe ich es nachgeholt. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Landtagsfraktion der Abgeordneten Heike Becker das Wort.

**Abg. Becker (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Heute befassen wir uns mit dem vorliegenden Antrag der AfD-Fraktion, welcher die Aussetzung der Schulpflicht bis zum Ende dieses Schuljahres vorsieht, und das mit der Begründung der Notlage der Pandemie.

Wir wissen, in unserem Land untersteht das Schulwesen dem Grundgesetz, es hat Verfassungsrang. Wenn wir in Artikel 7 des Grundgesetzes reinschauen, sehen wir, dass das gesamte Schulwesen nun einmal der Aufsicht des Staates untersteht. Wenn wir von Schulwesen sprechen, gehört dazu auch die sogenannte allgemeine Schulpflicht, verankert in unserem Schulpflichtgesetz, und dieses beinhaltet die Pflicht zur Teilnahme am Unterricht an der jeweils zuständigen Schule.

(Abg. Becker (SPD))

Doch, werte Kolleginnen und Kollegen, wir leben mittlerweile im 21. Jahrhundert und Schulpflicht ist heutzutage sicherlich anders zu bewerten als vor zwei oder drei Jahrzehnten. So gehört nach meiner Auffassung zu einem modernen und zeitgemäßen Bildungssystem, zur Schulpflicht, weitaus mehr als die reine Wissensvermittlung. Denn die Schule ist auch zuständig dafür, die Kinder aus unterschiedlichen sozialen Bevölkerungsgruppen zusammenzubringen und gleiche Bildungschancen für alle hier in unserem Land herzustellen. Die Schulpflicht dient weitaus mehr als nur zum Erwerb von Wissen, sie dient auch zum Erwerb von sozialen Kompetenzen. Ich nenne nur einige Kompetenzen wie Toleranz und Akzeptanz, aber auch Durchsetzung und Einfühlungsvermögen. All dies sind Kompetenzen, die schlichtweg für das gesellschaftliche Leben so immens wichtig sind.

Wir alle wissen - das durften wir in den letzten Wochen und Monaten am eigenen Leib erfahren -, dass es für die Eindämmung der Pandemie sehr wichtig ist, unsere sozialen Kontakte auf das Geringstmögliche einzuschränken. Das hat auch zur Folge gehabt, dass wir während der Phase des zweiten Lockdowns vorübergehend die Präsenzpflcht an unseren Schulen aussetzen mussten. Um dennoch in dieser schwierigen Zeit dem Bildungsauftrag gerecht zu werden und diesen zu erfüllen, wurden alternative Unterrichtsmodelle angeboten. Darüber hinaus wurde eine Vielzahl von Unterstützungsangeboten vorgehalten.

Doch, werte Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen eines nicht unterschätzen, nämlich wie wichtig ein geregelter Tagesablauf für unsere Kinder ist und ebenso der Kontakt zu den Gleichaltrigen, auch außerhalb der eigenen Familie. Ich werde auch nicht müde, Folgendes zu wiederholen, was ich an dieser Stelle auch noch einmal tue: Lassen Sie uns doch die eindringlichen Warnungen der Kinderärzte sehr ernst nehmen!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Heute Morgen sagte Ulrich Commerçon in seiner Rede schon: Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Nein, das sind sie in der Tat nicht, aber Kinder brauchen jetzt Erwachsene, die sich für sie und für ihre Rechte einsetzen. Sie brauchen auch uns als Politik. So muss es doch jetzt unsere Aufgabe sein, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Kinder und Familien wieder eine Perspektive haben, und auch Sorge dafür zu tragen, dass sie nicht länger die Leidtragenden dieser Pandemie sind oder sogar zu Verlierern dieser Pandemie werden. Wenn wir uns vor Augen halten, dass Schule ein Recht ist, nämlich ein Recht für alle Kinder in diesem Land. Wir müssen uns vor Augen halten, dass Schule ein Recht ist, das Gleichberechtigung in unserem Land ermöglicht. Es ist sicher ein anspruchsvoller Weg, in

Zeiten von Corona diesem Anspruch auf Schule gerecht zu werden.

So hat mich die Tage mehrfach die Aussage unserer Bildungsministerin in einem Bildungsausschuss beschäftigt. Frau Streichert-Clivot führte im Rahmen ihres Berichtes an: Schule wird nach der Pandemie eine andere sein als davor. Wir müssen auch Sorge dafür tragen, dass wir auf diesem Weg keine Kinder verlieren. Dazu benötigen wir Ressourcen. Wir benötigen Köpfe, wir benötigen neue Instrumente, ja wir benötigen Investitionen. Doch, meine Damen und Herren, jeder Euro, den wir als Investition in die Bildung unsere Kinder reinstecken, ist einfach eine Investition in unsere Zukunft.

Wenn wir von Ressourcen sprechen, dann möchte ich an dieser Stelle einfach mal auf konkrete Ansätze hinweisen. So hat sich die Bildungsministerin dafür eingesetzt, dass die im Sommer des vergangenen Jahres 200 geschaffene Lehrerstellen der Lehrerreserve verlängert werden. Darüber hinaus sollen weitere 300 Lehrerstellen geschaffen werden. Es sind Lernstandsdiagnosen geplant, diese sollen durchgeführt werden, um eben zur Entwicklung individueller Förderpläne zu dienen. Wir wissen auch sicher, dass die Arbeit der multiprofessionellen Teams an den Schulen mehr als zuvor gefordert sein wird. Um die Folgen der Pandemie zu bekämpfen, werden wir auch eine starke Schulsozialarbeit auf Augenhöhe benötigen. Das, meine Damen und Herren, sind nur ein paar konkrete Ansätze, die unsere Schülerinnen und Schüler für die Zukunft brauchen. Dafür kämpfen wir, kämpfen alle, die in Regierungsverantwortung sind, Tag für Tag, damit wir dieses umsetzen können. Wir kämpfen auch für jeden Tag, den Schülerinnen und Schüler einfach früher in die Schule zurückkehren können.

Dann kommen Sie, meine Herren der AfD, mit einem Gesetzentwurf, welcher auf die Aussetzung der Schulpflicht zielt. Das ist also Ihre Lösung, Kinder und Familien sich selbst zu überlassen, ja sie regelrecht in Stich zu lassen? Das ist nicht nur keine Alternative, nein, das ist schlichtweg einfach nur traurig.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Doch glücklicherweise tragen hier in diesem Land verantwortungsbewusstere Personen Verantwortung. Deshalb kann ich an dieser Stelle einfach nur sagen: So etwas würde es mit uns als SPD nicht geben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es unter dem Gebot der Vorsicht so viel Schule wie möglich geben wird, denn alles andere wäre einfach nur verantwortungslos. Deshalb lehnt die SPD-Fraktion Ihren Antrag auch ab. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Als weitere Rednerin rufe ich auf für die Landtagsfraktion DIE LINKE Frau Abgeordnete Barbara Spaniol.

**Abg. Spaniol (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im November letzten Jahres, wie auch schon oft vorher, das Thema Schulpflicht hier im Hohen Hause engagiert diskutiert. Im November war es ein AfD-Antrag, heute ist es ein AfD-Gesetzentwurf, das nächste Mal ist es vielleicht wieder ein Antrag oder eine Verfassungsänderung. Es ist immer wieder das Gleiche mit einem anderen Deckblatt. Herr Dörr, Sie haben vorhin auch die Begründung Ihres Antrages von November für den Entwurf heute wiederholt, nämlich die Ahndung von Verstößen. Ich muss Ihnen sagen, wir stellen auch heute wieder fest: Im Saarland besteht allgemeine Schulpflicht. Punkt. Das ist auch gut so. Die Kollegin Becker hat das eben gut ausgeführt. Schulpflicht klingt streng, heißt aber Recht auf Bildung. Jedes Kind hat einen Anspruch auf Bildung, egal, aus welchem Elternhaus es kommt. Anscheinend muss man das hier wirklich immer wieder betonen und in die Debatte einfließen lassen. Leider ist Bildung immer noch ein unerreichbares Recht für Millionen von Kindern weltweit. Ich muss die Zahlen aus der Novemberdebatte dazu nicht noch einmal wiederholen.

Sie als AfD erwecken mit Ihren ewig gleichen Initiativen immer wieder den Eindruck, dass Sie die Schulpflicht, also das Recht auf Bildung schleifen wollen. Heute verweisen Sie auf eine Notlage aufgrund der Pandemie. Die haben wir aber schon ganz lange. Dabei ist doch klar, die Schulpflicht gilt natürlich auch während der Pandemie, und zwar unbedingt! Aber fast zum ersten Mal, und das hat sich eben geändert, war die Schulpflicht in den letzten Wochen und Monaten nicht immer mit einer Anwesenheitspflicht, mit einer Präsenzpflicht verbunden. Die Phasen des Distanzlernens, die die Kinder und Jugendlichen in den Schulen mit ihren Lehrerinnen und Lehrern durchleben mussten, wird es leider wohl auch in den nächsten Wochen geben müssen. Wir sind froh, wenn das alles vorbei ist, aber das ändert nichts daran: Es gibt keinen Grund, die allgemeine Schulpflicht auszusetzen!

Es wurde eben gesagt, genau das ist es, das würde in erster Linie den ohnehin benachteiligten Kindern und Jugendlichen schaden, denjenigen, die zu Hause keine akademisch ausgebildete Hilfe erwarten können und sich keine teure Nachhilfe und kostenpflichtige Online-Lernangebote leisten können. Die Schulschließungen im letzten Frühjahr im harten Lockdown und auch jetzt in den letzten Monaten haben uns doch gezeigt, dass es für viele Kinder und Jugendlichen einfach verheerend war. Das wissen

wir mittlerweile, es war verheerend und dagegen muss man etwas tun, aber nicht mit dem Aussetzen der Schulpflicht.

(Beifall bei der LINKEN.)

Der Kollege Renner und auch der Kollege Commerçon haben heute Morgen wirklich in bedrückender Art und Weise dargelegt, was das eigentlich alles heißt. Das kann man in solch einer Debatte nicht ignorieren, man kann nicht einfach so tun, als gäbe es das alles nicht. Sie bringen aber immer wieder die gleichen Dinge auf die Tagesordnung. Ich finde, das ist zum Teil eine Verhöhnung des Parlaments. Es geht einem wirklich nur noch auf die Nerven.

(Beifall bei der LINKEN.)

Es wäre verantwortungslos, gerade jetzt in dieser Notlage, die Sie beschreiben, in dieser Zeit noch ein Fernbleiben vom Unterricht und damit weiteren Unterrichtsausfall zu befördern. Gerade wenn man daran denkt, wie die Wogen genau zu dem Thema hochgeschlagen sind und welche Ungleichheiten sich aufgetan haben.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole das noch mal, ich habe es in der Debatte XY vor einem halben Jahr hier zum Thema Schulpflicht schon gesagt: Wenn Kinder zu Hause bleiben, die Tagesstrukturen wegfallen, Kinder keine Lehrerinnen und Lehrer und keine Kameraden treffen, dann können sich die Dynamiken verschärfen und - bei dem Thema waren wir auch heute Mittag - dann kann familiäre Gewalt eskalieren. Das sagen Intensivpädagogen doch zu Recht. Das ist kein Geheimnis, wir haben die Meldungen nach langen Verzögerungen irgendwann im Frühsommer gehört. Das ist unbeschreiblich! Das heißt also: Der Schutz im Lebensraum Schule fehlt dann. Das ist doch nicht zu verantworten! Deshalb war es auch jetzt die richtige Lösung, gerade in den vergangenen Monaten, dass die Schule den Kindern offenstand, die zu Hause nicht lernen konnten, die aus schwierigen Verhältnissen kommen. Das ist unbezahlbar, dass es so war!

(Beifall bei der LINKEN.)

Aber das geht an Ihnen vorbei. Sie sind irgendwie überhaupt nicht mehr in der Debatte. Ich wundere mich ganz einfach, wir ringen hier und streiten auch, aber doch mit einem Ziel. Aber das hier ist ziellos und sinnlos. Deshalb, bei aller Kritik auch von uns wie letzte Woche an dem unsäglichen Trauerspiel der Koalition zum Schulstart heute, wir wollen das nicht mehr wiederholen und auch nicht mehr erleben, aber trotz alledem würden wir nie die Schulpflicht, also das Recht auf Bildung infrage stellen, wie Sie als AfD das tun. Wenn es so käme, wie Sie das fordern - Schulpflicht aussetzen bis zum Ende des Sommers -, dann wäre das nicht nur ein verlorenes Schuljahr für viele, sondern ein verlorenes Jahr für die Entwicklung und das Befinden vieler Kinder

**(Abg. Spaniol (DIE LINKE))**

ohne den Anker Schule. Das ist schlicht verantwortungslos.

(Beifall von der LINKEN.)

Ich kann es auch nicht verstehen, Herr Dörr, dass Sie immer wieder so argumentieren, obwohl Sie es doch anders kennen, weil Sie ja sehr lang im Schuldienst waren. Kinder dürfen nicht so einfach durchs Netz rutschen. Das hat eben die Kollegin auch so gesagt. Das ist nicht nur eine Phrase, das ist eine ganz wichtige Geschichte, vor allem in einer solchen Ausnahmesituation wie derzeit in der Pandemie. Dabei kann man durchaus über einige Fälle diskutieren, zum Beispiel über Eltern, die in der Pandemie zur Risikogruppe gehören. Das wäre eine andere Facette der Debatte gewesen, wenn Sie sie so geführt hätten. Man muss dann Lösungen finden, nämlich pragmatische, und die werden auch gefunden. Darum muss es nämlich in dieser Sache im Sinne der Betroffenen gehen. In Baden-Württemberg zum Beispiel wurde in diesen Fällen nicht die Schulpflicht, sondern nur die Präsenzpflicht für die Schulen aufgehoben, um eben Eltern zu schützen. Warum sollte das hier bei uns nicht möglich sein? Das geht auch. Es geht um Ausnahmesituationen und gerechte Lösungen. Das hätte das Ziel oder die Begründung zum Antrag oder zum Gesetzentwurf sein müssen.

(Präsident Toscani übernimmt den Vorsitz.)

Im Sinne unserer Kinder und Jugendlichen gilt derzeit eigentlich etwas ganz anderes: Was wollen wir? Das war auch die Diskussion der letzten Woche. Wir wollen - was heißt, wir wollen -, wir müssen jetzt Wechselunterricht auf den Weg bringen und das läuft. Besseres digitales Lernen haben wir auch hier schon rauf und runter diskutiert. Das Hauptziel muss aber gerade die Rückkehr in den Präsenzunterricht sein, und dies möglichst schnell. Das sind die Herausforderungen bis zum 31. Juli und darüber hinaus. - Danke.

(Beifall von der LINKEN.)

**Präsident Toscani:**

Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Sandra Johann für die CDU-Landtagsfraktion.

**Abg. Johann (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss meine Rede ähnlich beginnen, wie Frau Spaniol das eben getan hat: Herzlich willkommen beim Versuch Nummer 5 der AfD-Fraktion, das Schulpflichtgesetz zu ändern. Und wie bereits im vergangenen November wird dieses Mal die aktuelle Pandemielage vorgeschoben, um eines unserer grundlegenden Gesetze im Bildungsbereich zu Ungunsten unserer Schülerinnen

und Schüler zu ändern. In dem vorliegenden Gesetzentwurf geht es darum, die Schulpflicht übergangsweise bis Ende des Schuljahres auszusetzen. Da kommt schnell die Frage auf: Muss nun die Pandemie herhalten, damit Sie, Herr Dörr, endlich Ihren Wunsch-dir-was-Kurs in Sache Schulpflichtgesetz durchsetzen können?

Um das zu klären, komme ich zunächst zum eigentlichen Begriff der Schulpflicht, dies wurde bereits in der Debatte mehrfach angesprochen. Seit Jahrzehnten ist die Schulpflicht in unserem demokratischen System verankert und stellt eines der wichtigsten Instrumente zur Gewährleistung des Rechts auf Bildung dar. Genau dieses Recht ist ein Menschenrecht. Es ist eines der grundlegendsten Rechte für eine aktive politische, wirtschaftliche, soziale oder auch kulturelle Teilhabe an unserer Gesellschaft. Es darf keinem verwehrt bleiben, auch nicht mit der Begründung einer Notlage. Es ist unser aller Aufgabe, allen Kindern und Jugendlichen die Chance auf bestmögliche Bildung zu gewährleisten, dies natürlich auch immer mit dem Blick auf den Gesundheitsschutz aller Akteure des schulischen Lebens. Regelmäßige Testungen, Hygienestandards und hoffentlich auch baldmöglichst eine Impfmöglichkeit für alle Lehrkräfte tragen dazu bei. Aber eines muss man sich in diesem Zusammenhang vor Augen führen: Bildung ist eine Schlüsselqualifikation, die unsere aufgeklärte, moderne Gesellschaft formt, und genau deshalb ist sie auch fest in unserer Verfassung verankert.

Ein Aufheben der Schulpflicht - auch wenn es nur temporär wäre - würde dies zunichtemachen, denn - auch das wurde bereits gesagt - Schulpflicht geht doch weit über den reinen Präsenzunterricht hinaus. Nicht nur der regelmäßige Schulbesuch oder das reine Lernen von Wissen sind Bestandteil davon, die aktive Mitarbeit im Unterricht und die Teilnahme am schulischen Leben gehören auch dazu. Nur so kann Schule ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag gerecht werden und einen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Kindes leisten. Das muss doch höchste Priorität haben!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich will in dem Zusammenhang zwei, drei Worte zu den in den letzten Tagen stattfindenden Diskussionen sagen. Bei allerlei Auseinandersetzungen oder Kritik sind wir uns alle - da bin ich der festen Überzeugung - in einem Punkt einig: Kinder lernen am besten in der Schule vor Ort. - Das Erlernen sozialer, kommunikativer und personaler Kompetenzen funktioniert nur, wenn Schülerinnen und Schüler mit anderen Kindern zusammen sind. Unsere Grundschüler und die Primarstufe der Förderschulen sind bereits wieder im Wechselunterricht. Gerade für diese Gruppen ist das Lernen vor Ort immens wichtig. Es sind vor allen Dingen die Kleinsten in unserer Gesellschaft, die ein Umfeld benötigen, in dem sie

(Abg. Johann (CDU))

mit Gleichaltrigen lernen, spielen und aufblühen können. Mit der heutigen Brücke der Klassenstufe 5 und 6 in den Wechselunterricht ist nun ein weiterer wichtiger Schritt getan, um einen stufenweisen Einstieg aller Klassen in das schulische Leben zu ermöglichen. Ganz besonders wichtig - das will ich noch kurz erwähnen - ist in diesem Zusammenhang die Rückkehr des Abiturjahrgangs 2022, die ihre Vorbereitungen zu den Prüfungen als besonders gefährdet ansehen. Und die restlichen Schüler? - Sie kehren ab dem 15. März zurück. Mit dem nun festgelegten Zeitplan wurde auf eine besondere Art und Weise eine klare Perspektive für alle Schülerinnen und Schüler geschaffen.

Eins ist in diesem Zusammenhang klar: Home-schooling kann keine Lösung von Dauer sein, auch wenn mittlerweile gute Fortschritte im digitalen Unterricht gemacht worden sind. Die Nutzung und Entwicklung der unterschiedlichen Plattformen im Saarland und die Kreativität unserer Lehrerinnen und Lehrer zeigen das. Im Digitalgipfel Schule konnten wir uns als CDU-Fraktion vor Kurzem im Austausch mit den verschiedenen Vertretern der Schulgemeinschaft selbst davon überzeugen. Die Schulen haben engagierte und innovative Konzepte entwickelt, um Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu Hause zu unterstützen. Das reicht von interaktiver Gruppenarbeit über multimediale Aufgabenformate bis hin zum Erstellen eigener E-Books oder Podcasts. Die Qualität des digitalen Unterrichts hat jedenfalls einen Energieschub erhalten und er wird auch nach der Pandemie weiterhin Bestandteil schulischer Praxis sein. Dennoch gilt: Homeschooling kann den Unterricht im Klassenzimmer niemals ersetzen. - Ganz im Gegenteil! Die Bildungsschere geht weiter auseinander. Das bekomme ich immer wieder von meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen aus der Schule, mit denen ich im ständigen Austausch bin, berichtet. Es gibt leider immer noch Schülerinnen und Schüler aus den sogenannten sozial schwachen Haushalten, die im Zuge des Online-Unterrichts kaum greifbar oder komplett untergetaucht sind. Glauben Sie mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Lehrerinnen und Lehrer tun dennoch alles, was in ihrer Macht steht, um auch diese Schülerinnen und Schüler zu unterstützen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Gerade in diesem Zusammenhang müssen auch die entstehenden Lerndefizite bedacht werden. Genau das ist ein Punkt, über den es zu diskutieren gilt. Das ist die Frage, die geklärt werden muss, und nicht die Frage, ob die Schulpflicht temporär ausgesetzt werden muss. Wir müssen unbedingt vermeiden, dass sich die Lerndefizite noch weiter vergrößern. Wir brauchen schnell Konzepte, um Lücken zu schließen und Rückstände wieder aufholen zu können.

Zum Schluss komme ich noch mal auf Ihr Ziel zurück, die Schulpflicht aussetzen zu wollen. Stellen wir uns das Szenario einfach einmal vor. Was denken Sie, welche Schüler oder Kinder zu Hause bleiben? - Es sind genau diejenigen, denen der Schulbesuch am meisten weiterhelfen würde, genau diejenigen, denen die Förderung von zu Hause verwehrt bleibt. Ebenso bleibt die Frage offen, wie überhaupt kontrolliert werden soll, dass die Schüler zu Hause lernen. Wie sollen Schülerinnen und Schüler in den laufenden Unterricht eingebunden werden? - Fragen über Fragen, auf die Ihr Antrag keine Antworten liefert. Lassen Sie uns deshalb die Zeit lieber in die wirklich wichtigen Dinge investieren: das Schuljahr in Ruhe und geordnet zu Ende zu bringen, unseren Kindern ordentlich und durchdacht ihre Abschlüsse und Übergänge zu ermöglichen und ihnen somit das bestmögliche Bildungsangebot zu bieten, auch in einer Pandemie-Lage. Ihren Gesetzentwurf lehnen wir ab.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

**Präsident Toscani:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt noch eine Wortmeldung. Ich darf den AfD-Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr ans Rednerpult bitten.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass unser Antrag dazu geführt hat, dass drei engagierte Kolleginnen ihre Darbietungen vorbringen konnten. Sie konnten uns von der Wichtigkeit der Schule und der Tatsache, dass die Kinder in die Schule gehen müssen, überzeugen. Ich bin froh, dass ich diesen Anlass gegeben habe. Ich habe mir auch ein paar Sachen gemerkt.

Die Schüler, die durch das Netz des Schulsystems gefallen sind, sind bei mir gelandet. Über 40 Jahre habe ich mich mit diesen Kindern befasst.

(Zurufe. - Sprechen.)

Gerade um die Kinder, die auch Frau Johann genannt wird, haben wir uns besonders bemüht. Uns ist kein Kind abhandengekommen. Mir ist in 40 Jahren kein Kind abhandengekommen. Wir haben uns um die Kinder gekümmert.

Was ich vorgetragen habe, hat mit Schulpräsenz überhaupt nichts zu tun. Ich habe dazu gesagt, dass sich an der Wirklichkeit überhaupt nichts ändert, sondern lediglich daran, dass Bürokratie gespart wird und nicht so viel gelogen wird. Dennoch bin ich froh, dass ich dazu beigetragen habe, dass hier ein Plädoyer für unsere Schule gehalten wurde, und zwar von drei Personen. Ich habe auch an die Kultusministerin gedacht, die das immer macht. Den-

(Abg. Dörr (AfD))

noch galt das Plädoyer dem falschen Tagesordnungspunkt.

Am Anfang haben wir die Aufhebung der Verfügungen beantragt. Das beinhaltet die Rückkehr in die Schule, und zwar nicht mit Wechselunterricht, sondern mit ganz normalem Unterricht - also, alle Kinder, die gesund sind, gehen in die Schule. Ich habe Zahlen angeführt, dass zum Beispiel bei unheimlich vielen Testungen nur ein einziges Kind positiv getestet worden ist und in den Gymnasien überhaupt keines. Da sehe ich persönlich überhaupt keinen Grund mehr, die Kinder zu Hause zu lassen. Deshalb war unser Plädoyer, ohne dass es eigens ausgesprochen wurde: Allen Kindern muss das Recht gegeben werden, in die Schule zu gehen. - Es geht hier um das Recht auf Bildung und Erziehung. Das wird ihnen entzogen. Sie haben mitgestimmt, dass das weiter so gemacht wird. Die Schulpflicht auszusetzen, ist eine bürokratische Erleichterung, aber ändern wird das in der Schulwirklichkeit überhaupt nichts. Denken wir daran, was wichtig ist: Unsere Kinder sollen möglichst schnell in die Schule kommen. - Ich bin nicht im Verdacht, dass ich die Bildungsministerin dauernd lobe, aber hier muss ich sie loben. Sie hat über Wochen und Monate nichts anderes gesagt, als dass Schule wichtig ist. Ich bin überzeugt, dass sie im Ministerrat dafür gekämpft hat. Dort regiert jedoch Berlin. Die bestimmen, was wir hier in der Schule machen.

Unser Plädoyer ist: Kinder in die Schule, so schnell, wie es geht, unter Beachtung aller hygienischen Vorschriften. - Dann haben wir etwas für unsere Kinder gemacht, anders als diese Scheingefechte, die wir hier führen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD.)

**Präsident Toscani:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Darum ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1554. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien zu überweisen. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/1554 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1554 in Erster Lesung mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Landtagsfraktion, dagegen gestimmt haben die Fraktionen CDU, SPD und DIE LINKE sowie die fraktionslosen Abgeordneten Ensich-Engel und Hecker.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung:

**Erste Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten ersten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Naturschutzgesetzes (Drucksache 16/1614 - neu)**

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Frau Abgeordneter Pia Döring das Wort.

**Abg. Döring (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir § 22 Abs. 1 Saarländisches Naturschutzgesetz ändern. Die Begründung in dem Entwurf hört sich zwar kompliziert an, beinhaltet im Grunde aber nur Gutes für unser Land.

Das Insektensterben, der Artenrückgang und die Forderung der Bevölkerung zu mehr Nachhaltigkeit und mehr Umweltschutz, auch in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, waren Grundlage für ein neues Insektenschutzgesetz des Bundesministeriums für Umwelt und Naturschutz. Die im derzeitigen Bundesnaturschutzgesetzänderungsentwurf geplante Aufnahme von artenreichem Grünland in den Biotopschutz unter § 30 hätte für das Saarland erheblich negative Auswirkungen. Die Gebiete, die nach dem Gesetzentwurf des Bundes unter den Schutz des § 30 Bundesnaturschutzgesetz fallen würden, beziehen sich auf 13.500 ha. Dies betrifft 30 Prozent des gesamten bewirtschafteten Dauergrünlandes. Im Änderungsentwurf wird artenreiches Grünland generell unter Schutz gestellt, ohne regionale Besonderheiten und Belastungen für die Landwirtschaft in ihrer Betriebsführung zu berücksichtigen. Eine Unterschutzstellung des gesamten artenreichen ökologisch bedeutsamen Grünlandes würde die saarländischen Landwirte deutlich mehr belasten als in allen anderen Bundesländern. Das Bundesnaturschutzgesetz beinhaltet nach dem jetzigen Entwurf eine Öffnungsmöglichkeit, die zur Sicherung der speziellen saarländischen Situation nutzbar erscheint. Da derzeit im Saarland keine Regelung zur Unterschutzstellung des nunmehr umfassend unter den Schutz des § 30 Bundesnaturschutzgesetz fallenden Grünlandes vorhanden ist, kann diese auch keine Einschränkungswirkung auf die bundesgesetzliche Regelung entfalten und damit die Schaffung des Freiraums für die Fortführung des saarländischen Weges ermöglichen. Deshalb gehen wir hier einen eigenen Weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die hochwertigen ökologischen Grünlandflächen mit der Bezeichnung „FFH 6510 Grünland“ und des Bewertungszustandes A und B kennen wir alle. Wir erfreuen uns ab

(Abg. Döring (SPD))

Mai an der Blüte der mageren Flachland-Mähwiesen, die dahinter stecken. Das sind die Wiesen, die man in der Fachsprache als extensiv genutzt bezeichnet. Sie werden nur ein- bis dreimal jährlich gemäht. Dadurch erfreuen wir uns bei den Spaziergängen durch die Natur an ihrer Blütenpracht von Mai bis September. Sie bieten Lebensräume mit hoher Vielfalt an Pflanzen- und Tierarten. Man findet 30 bis 45 Pflanzenarten je 25 m<sup>2</sup> und eine hohe Anzahl von Tierarten. Sie gehören durch ihre naturschutzfachliche Bedeutung zu den besonders geschützten Lebensräumen. Mittlerweile werden sie als Kulturgut anerkannt, da sie über Jahrzehnte nur durch die Heuernte genutzt wurden. Deshalb ist es so wichtig, diesen Zustand langfristig zu erhalten und in einigen Defizitgebieten zu verbessern. Das gilt insbesondere für das saarländische Naturschutzgrünland.

Die vom Bund gewählte pauschale Reglementierung des mesophilen Dauergrünlandes ist für viele Bundesländer fachlich zutreffend, jedoch nicht für die saarländischen Besonderheiten. Darüber besteht zwischen dem Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz sowie den Verbänden Einigkeit. Da eine Änderung des Insektenschutzgesetzes auf Bundesebene in absehbarer Zeit nicht kommt, bietet uns die Nutzung der Öffnungsklausel durch diesen Gesetzentwurf die Möglichkeit, unsere guten Erhaltungszustände zu sichern und auszubauen. Damit werden die ökologisch bedeutsamen Grünlandflächen in § 22 Saarländisches Naturschutzgesetzes unter Schutz gestellt und die rechtlichen Voraussetzungen zur Nutzung dieser bundesgesetzlich zugelassenen Freiräume für unseren saarländischen Weg geschaffen. Deshalb sind die Voraussetzungen dieser Grünlandbestände insbesondere für Insekten, aber auch für viele andere Tierarten sehr gut und von besonderer Bedeutung für den Erhalt der Artenvielfalt. Durch die Unterschätzung der ökologisch besonders hochwertigen Grünlandflächen einerseits und die freiwillige Vereinbarung über die Erhaltung der für den Insektenschutz bedeutsamen, aber nicht ganz so gut ökologisch hochwertigen Grünlandflächen andererseits soll die im Saarland bisher bewährte und erfolgreiche Erhaltungsstrategie des saarländischen Naturschutzgrünlandes weiter fortgeführt werden. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

**Präsident Toscani:**

Ich danke der Kollegin Döring für die Einbringung des Gesetzes und eröffne die Aussprache. - Die erste Rückmeldung kommt vonseiten der Landtagsfraktion DIE LINKE. Ich darf den Kollegen Ralf Georgi ans Rednerpult bitten.

**Abg. Georgi (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 70 Prozent der Insekten sind vom Aussterben bedroht, von 560 Bienenarten steht mittlerweile die Hälfte auf der Roten Liste. Auch bei Vogelarten, die in Agrarlandschaften leben, gibt es große Verluste. So ist der Bestand von Rebhühner und Kiebitzen in den letzten 25 Jahren auf ein Zehntel gesunken, der der Feldlerche auf die Hälfte. Es ist also höchste Zeit zu handeln.

Nun werden auf Bundesebene mit dem Aktionsprogramm Insektenschutz auch zahlreiche Neuregelungen im Bundesnaturschutzgesetz vorgenommen. Darunter sind durchaus Verbesserungen. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass Biotope wie Streuobstwiesen und artenreiches Grünland für Insekten als Lebensräume erhalten bleiben. Parallel dazu soll die Pflanzenschutzverordnung geändert werden, die zu mehr und besserem Lebensraum für Insekten führt. So soll in Schutzgebieten der Einsatz zahlreicher Pflanzenschutzmittel verboten werden. Mit diesen Maßnahmen soll das Insektensterben aufgehalten werden, aber die Frage bleibt, ob das allein ausreichen wird.

Die Antwort von Greenpeace ist eindeutig: Nein! - Ich zitiere: Das Aktionsprogramm Insektenschutz hätte ein großer Wurf werden können, doch auf Drängen der Unionsfraktion heißt es beim Pestizideinsatz in Schutzgebieten zunächst: freiwillige Maßnahmen anstatt Ordnungsrecht. Wenn Deutschland weiterhin seine Schutzgebiete schlecht schützt, ist das nicht nur ein Fiasko für die Artenvielfalt, sondern es droht auch ein erneutes Vertragsverletzungsverfahren durch die EU, wenn Deutschland den Verpflichtungen aus der FFH-Richtlinie nicht nachkommt. Dann sind viel stärkere Einschränkungen und umfassendere Pestizidverbote unumgänglich. - Der Bund für Umwelt und Naturschutz sagt: Es ist richtig, dass in bestimmten Schutzgebieten nun kooperative Lösungen gesucht werden, bei denen Landwirte für den Insektenschutz honoriert werden. Solche Ansätze müssen aber verpflichtend zum dauerhaften Verzicht des Pestizideinsatzes bis 2024 führen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Im Saarland soll es mit der vorliegenden Änderung des Naturschutzgesetzes eine solche kooperative Lösung geben. Die saarländischen Bauern sollen ihre Wiesen weiter so nutzen dürfen wie bisher. Auch der BUND im Saarland und der Naturschutzbund begrüßen das grundsätzlich ebenso wie die Landwirte. Deshalb werden wir dem auch nicht im Weg stehen, sondern das weitere Verfahren - wie es unsere Aufgabe ist - kritisch begleiten. Die Landesvorsitzende des Naturschutzbundes hat schon dargestellt, worum es gehen wird: um einen Kompromiss zwischen der Landwirtschaft und dem Naturschutz. -



(Abg. Georgi (DIE LINKE))

In einem Monitoring-Prozess könnte man sich unter anderem darüber verständigen, wann und wie oft die Wiesen gemäht werden dürfen. Außerdem sollten die Landwirte dafür entlohnt werden, wenn sie ihre Wiesen nicht mehr so intensiv nutzen wie bisher.

Klar ist, mehr Insektenschutz wird es nur gemeinsam mit den Agrarbetrieben vor Ort geben. Dafür braucht es mehr regionale Wertschöpfung und Planungssicherheit, anstatt steigenden Preisdruck der Lebensmitteldiscounter und auf Export ausgerichtete Subventionen aus Brüssel. Wer heute die Insekten schützt, sorgt dafür, dass Landwirtschaft auch morgen noch möglich ist. Deshalb werden wir dem vorliegenden Entwurf in der Ersten Lesung zustimmen und sind auf die Anhörung im Ausschuss gespannt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN.)

**Präsident Toscani:**

Jetzt kommen wir zur CDU-Landtagsfraktion. Für sie spricht die Abgeordnete Petra Fretter.

**Abg. Fretter (CDU):**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Heute behandeln wir das Saarländische Naturschutzgesetz, in dem zukunftsgerichtete Änderungen im Sinne des Schutzes der Insektenvielfalt, deren Artenrückgang und dem nachhaltigen Umgang mit Pflanzenschutzmitteln festgeschrieben werden. Diese geplanten Änderungen sind - es wurde schon angesprochen - Folge des Gesetzesvorhabens seitens des Bundesumweltministeriums und nehmen natürlich auf unsere Länderebene Einfluss. Auch wenn wir natürlich der Meinung sind, dass dieser Schritt mehr als notwendig ist, können wir den Entwürfen des Bundesnaturschutzgesetzes so nicht uneingeschränkt folgen, führen diese doch zu erheblichen Nachteilen für unsere Landwirte im Saarland.

Warum? - Ein Punkt ist, dass artenreiches Grünland generell unter Schutz gestellt werden soll. Da wir aber schon einen höheren Flächenanteil von Arten-, Blüh-, Kulturlandschaften, Biotopen, Naturschutzgebieten und so weiter vorweisen als andere Bundesländer, wären wir durch weitere gesetzliche Regelungen und Einschränkungen stark benachteiligt. Das können und dürfen wir so, auch im Sinne der Landwirte, nicht hinnehmen. Außerdem würden wir quasi bestraft für schon längst geleistete - ich will mal sagen - Umweltleistungen und Umweltbeiträge im Sinne dieses Gesetzes, die nun überhaupt keine Berücksichtigung finden würden und alles ad absurdum führen. Das kann so nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch der Einsatz von Pestiziden stellt im Ländervergleich bei uns im Saarland nur einen geringen Anteil

dar, eben weil wir gemeinsam mit den Landwirten schon längst und schneller den Weg zum Schutz und zur Verbesserung unserer Blühflächen gegangen sind. Glyphosateinsatz wurde bei uns ebenfalls schon stark reduziert. Das zeigt sich zum Beispiel durch den bundesdurchschnittlich höchsten prozentualen Anteil der saarländischen ökologischen Landwirtschaftsbetriebe - das haben wir im Plenum schon alles vorgetragen. Natürlich steht weiterhin auf unserer gemeinsamen Agenda, gering belastete Flächen zu sichern und positiv zu entwickeln, sodass sich dort wieder seltene Pflanzen- und Tierarten entfalten können. Das von uns initiierte und im Haushalt aufgenommene Insektenmonitoring, das Streuobstwiesenprogramm und das Blühflächenprogramm - ich könnte diese Liste noch länger fortführen - sprechen dabei für sich und unsere Arbeit hier im Saarland. Obwohl wir ein stark von der Industrie geprägtes Bundesland sind, sind wir aber auch und trotz allem ein Bundesland, das sich schon sehr früh Natur- und Artenschutz ins Stammbuch geschrieben hat. Hierfür haben wir viel investiert und werden es weiterhin tun. All die vielen erfolgreichen Programme und Maßnahmen, die wir in unseren Landkreisen sehen und erleben können, dürfen nicht zum Nachteil führen, nur weil wir schon weiter sind als andere, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz mit Innenminister Jost wurde aktiv und hat quasi Einspruch im Bundesgesetzgebungsverfahren eingelegt und entsprechende Änderungsanträge eingebracht. Leider hat der Vorschlag einer Länderöffnungsklausel - wie sie auch andere Bundesländer forderten - kein offenes Ohr im Bundesumweltministerium gefunden, allerdings blieben als Ergebnis von zähen Verhandlungen und Diskussionen die Länderregelungen erhalten. Diese Möglichkeit hat für uns die Tür zu einer Lösung geöffnet. Diese Lösung haben Sie heute auf dem Tisch liegen.

Wir werden in den Änderungsvorschlägen die besonders schützenswerten Dauergrünlandflächen - das heißt, nur die A-Flächen und ökologisch besonders wertvollen Anteile der B-Flächen - unter besonderen Schutz stellen und ihnen somit Bestandschutz gewährleisten. Das ist der springende Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Damit werden die Regelungen aus dem Bundesnaturschutzgesetz nicht wirksam, weil bereits bestehende landesrechtliche Regelungen nicht mehr angegriffen werden können. - Ein wichtiger Aspekt für alle beteiligten Akteure und eine kluge Entscheidung des Ministeriums und des Ministers! Vielen Dank an alle, die hier tätig waren. Nur so kann der eingeschlagene bewährte Weg wie bisher gemeinsam verantwortungs- und vertrauensvoll gegangen werden. Gehen Sie diesen Weg mit uns, stimmen Sie unserem Entwurf zur Überweisung in den Umweltausschuss zu. Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Abg. Fretter (CDU))

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

**Präsident Toscani:**

Nächster Redner ist der Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion Josef Dörr. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf noch darauf hinweisen, dass Gesundheitsministerin Monika Bachmann ab 15.00 Uhr von unserer Sitzung entschuldigt ist, weil sie an einer Telefonschleife der Gesundheitsministerkonferenz teilnehmen wird.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sage es vorweg: Wir werden zustimmen, weil wir das für eine gute Sache halten. Es besteht ja immer die Schwierigkeit von Umwelt auf der einen Seite und Landwirtschaft auf der anderen Seite. Manchmal geht das auch zusammen.

Dass wir von der AfD für die Umwelt sind und auch an die Insekten denken, das haben wir hier schon bewiesen mit unserem Antrag, mit dem wir gefordert haben zu prüfen, ob man Windräder anders färben sollte. Hier nun stellt sich ein Thema, bei dem das Saarland auch den Mut hat, an die eigenen Interessen zu denken. Das unterstützen wir gerne. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD.)

**Präsident Toscani:**

Die letzte mir zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Wortmeldung stammt von Umweltminister Reinhold Jost. Ich darf noch um ein wenig Geduld bitten, Herr Minister, da das Rednerpult noch desinfiziert werden muss. Sobald das geschehen ist, darf ich Sie ans Rednerpult bitten.

**Minister Jost:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was man gut gemacht hat, sollte man auch nach außen darstellen. Dinge, auf die man stolz sein kann, sollte man auch benennen. Ich will daher die Gelegenheit nutzen, hier auf vier Punkte hinzuweisen, die angesichts des Gesamtzusammenhangs eine stolze Erfolgsbilanz darstellen.

Das Saarland ist eines der Bundesländer mit den höchsten Wildnis-Anteilen, dies trotz einer mit hoher Verdichtung einhergehenden Siedlungsdichte und unserer industriellen Vergangenheit. Wir haben es in den zurückliegenden Jahren geschafft, uns beim Anteil des ökologischen Landbaus an die Spitze der Bundesrepublik Deutschland vorzuarbeiten: In keinem anderen Bundesland gibt es mehr Biolandbau als im Saarland. Wir haben die Wälder, die sich andere wünschen - nicht klimaresistent, aber klimare-

sistenter als andere. Und die Kronjuwelen, wenn man so formulieren möchte, des saarländischen Naturschutzes bildet unser Dauergrünland: Nirgends findet sich ein solch hoher Anteil sogenannten mesophilen Dauergrünlands, also des besonders wertvollen Grünlands. Dieses ist entstanden wegen der Nutzung durch die Landwirtschaft. Das bietet auch einmal Anlass, Danke zu sagen für diese tolle Art der Landbewirtschaftung, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das ist auch ein Aspekt, der unser Land ein wenig von anderen Ländern unterscheidet: Es gibt nicht diesen Widerspruch zwischen einerseits der Landnutzung und andererseits dem Naturschutz. Bei uns wird das nicht nur zusammengedacht, sondern auch zusammen umgesetzt. Deswegen bin ich auch so stolz darauf, dass es uns nach dem saarländischen Motto „miteinander statt übereinander schwätzen“ und nach dem Prinzip, „nicht mit dem Kopf durch die Wand“ zu wollen, sondern durch Politik mit Sinn und Verstand gelungen ist, diese Ergebnisse als Alleinstellungsmerkmale, die uns positiv von anderen abheben, zu erreichen. Das ist weniger mein Verdienst, vielmehr auf der einen Seite Verdienst der Landwirtinnen und Landwirte, der Landnutzer, auf der anderen Seite der engagierten Naturschützer, von BUND und NABU. Nicht zuletzt ist es aber eben auch Verdienst der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses, derjenigen, die aus der Landwirtschaftsabteilung kommen und daher natürlich auch die Interessen der Landnutzer vertreten, und derjenigen, die aus der Naturschutzabteilung kommen und deshalb die Auswirkungen der Landnutzung im Blick haben. Beides gemeinsam bildet den Stoff dieser Erfolgsgeschichte. Deshalb auch ein herzliches Wort des Dankes an meine Kolleginnen und Kollegen in den einzelnen Abteilungen: Das war sehr gute Arbeit!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage auch der Koalition Dank dafür, dass ich diese Chance mit Ihnen gemeinsam nutzen konnte. Wir haben das mühsam herausverhandelt, wir haben das, was wir als wichtig erachtet haben, erreicht. Angesichts dessen, dass die Regelung des Bundes gut gemeint, aber nur schlecht mit unserer Ausgangssituation zu vereinbaren ist, beschreiten wir nun den richtigen Weg. Ich sage den Koalitionsfraktionen für diese Unterstützung einen herzlichen Dank. Es tut gut zu wissen, dass man sich in solchen Fällen auf die Kolleginnen und Kollegen verlassen kann. Dafür einen herzlichen Dank!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die saarländischen Landwirte und die Naturschutzverbände begrüßen dieses Vorgehen. Alexander Welsch als Hauptgeschäftsführer des Bauernverbandes, Valen-

(Minister Jost)

tin Puhl von „Land schafft Verbindung“, die NABU-Vorsitzende Julia Michely, vom BUND Christoph Hassel, sie alle sind der Auffassung, dass wir hier den richtigen Weg beschreiten. Der Umstand, dass die Argumente der vermeintlichen Naturschützer von den saarländischen GRÜNEN in dieser Frage nicht überzeugen, hat sogar die Saarbrücker Zeitung zur Veröffentlichung eines Kommentars von Lothar Warscheid veranlasst. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Journalist Lothar Warscheid schreibt, wir lägen richtig und es gebe breite Zustimmung. Nicht mit Fachwissen begründet, sondern durch Missgunst angesichts des Erfolgs getrieben würden die Kritiker auf den Plan gerufen. - Auch an diesem Kommentar zeigt sich, dass wir unsere Arbeit richtig gemacht haben.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Initiative die richtige ist. Wir wissen, wie man mit den Schätzen und den Schutzgütern der Natur umzugehen hat. Einen Teil dieses Weges gemeinsam mit Ihnen erfolgreich gegangen zu sein, darauf bin ich stolz. Ich hoffe, dass wir diesen Weg noch viele Jahre gemeinsam werden gehen können. Bereits jetzt einen herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Präsident Toscani:**

Weitere Wordmeldungen sind nicht eingegangen, ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1614 - neu. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz zu überweisen. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/1614 - neu in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1614 - neu in Erster Lesung einstimmig angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz überwiesen ist. Alle Abgeordneten des Hauses haben zugestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu Punkt 8 der Tagesordnung:

**Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Hochschulgesetzes und der Gesetze über die künstlerischen Hochschulen (Drucksache 16/1590)**

Zur Berichterstattung erteile ich dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Technologie, Herrn Abgeordneten Jürgen Renner, das Wort.

**Abg. Renner (SPD), Berichterstatter:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Technologie hat sich mit dem von der CDU- und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Saarländischen Hochschulgesetzes und der Gesetze über die künstlerischen Hochschulen befasst. Der Gesetzentwurf liegt Ihnen als Drucksache 16/1590 vor.

Die Anpassungen sind erforderlich, um auf die Herausforderungen der Pandemie im Hochschulbetrieb reagieren zu können. So sieht die Änderung vor, dass sich die Förderhöchstdauer nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, also dem BAföG, nicht wie bisher an der Regelstudienzeit orientiert, sondern an dem neuen Rechtsinstitut der sogenannten individuellen Regelstudienzeit, die um ein Semester länger als die allgemeine Regelstudienzeit ist. Daneben soll für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf Qualifizierungsstellen in einem Beamtenverhältnis auf Zeit die Möglichkeit geschaffen werden, die Höchstbefristungsgrenzen auszuweiten, sodass diese Beamtenverhältnisse auf Zeit pandemiebedingt verlängert werden können.

Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 25. Februar 2021 beraten. Ich bin allen Ausschussmitgliedern sehr dankbar, dass wir uns darauf verständigen konnten, auf eine Anhörung zu verzichten. Von allen Beteiligten wird der Regelungsbedarf nicht bestritten, die Initiative wird begrüßt. Es ging uns darum, weitere Verzögerungen zu vermeiden, denn die Studierenden brauchen in dieser Frage Klarheit. Diese Klarheit erhalten sie mit diesem Gesetzesentwurf. Ich bitte Sie daher, diesen Gesetzentwurf heute anzunehmen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Präsident Toscani:**

Vielen Dank, Kollege Renner, für die Berichterstattung aus dem Ausschuss. Wir kommen nun zur Aussprache. Es liegen Wortmeldungen vor. Die erste Wortmeldung kommt von der Fraktion DIE LINKE. Ich darf der Abgeordneten Barbara Spaniol das Wort erteilen.

**Abg. Spaniol (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir nun - wenn auch als Schlusslicht - auch im Saarland die Regelstudienzeit verlängern. Wir von der LINKEN stimmen heute diesem Gesetzentwurf in Zweiter Lesung natürlich zu. Wir hätten die Durchführung einer Anhörung durchaus gut gefunden, haben sie auch befürwortet, wir wollten aber letztlich doch den Zeitplan für die Umsetzung noch vor Beginn des Sommersemesters nicht blockieren.

**(Abg. Spaniol (DIE LINKE))**

Aus diesem Grund haben wir darauf verzichtet, auf die Durchführung der Anhörung zu bestehen.

Diesen Zeitdruck hätte man, das müssen Sie sich schon sagen lassen, verhindern können, wenn der Entwurf schneller auf dem Tisch gelegen hätte, wie wir von der LINKEN und viele andere es schon im vergangenen Sommer gefordert haben und wie es in anderen Bundesländern schon längst, ab dem Sommer, umgesetzt wurde. Die Corona-Krise dauert nun schon länger als ein Jahr, sie wird auch weiter anhalten. Sie trifft auch die Hochschulen und ihre Studierenden mit voller Wucht. Immerhin wird nun mit dem Gesetz eine Möglichkeit geschaffen, dieser Wucht etwas zu begegnen, auch wenn die Krise noch länger anhält, indem eine weitere Verlängerung der Regelstudienzeit vorgesehen wird, sollte dies notwendig werden. Leider wird es wohl auch so sein.

Die anlässlich der Ersten Lesung angesprochenen Aspekte will ich heute, auch aus Zeitgründen, nicht alle wiederholen. Einige Punkte sollten in dieser Diskussion aber schon Erwähnung finden: Eine längere Regelstudienzeit bedeutet auch einen längeren BAföG-Bezug, darum geht es für viele. Das ist in dieser Situation nun auch dringend notwendig. Dass das nun endlich gesetzlich geregelt wird, ist richtig und gut. Die finanzielle Situation, die gesamte finanzielle Situation, vieler Studierender ist damit aber natürlich noch längst nicht „geregelt“ und gut. Das breite studentische Bündnis „Solidarsemester“ - auch das erwähnte ich anlässlich der Ersten Lesung - geht ja in seiner Forderung über eine reine Regelstudienzeitverlängerung hinaus und verweist zu Recht auf die generelle soziale Ungleichheit in Studium und Wissenschaft, die es auch schon vor der Pandemie gab. In der Pandemie hat sich nun vielfach eine strukturelle Armut unter Studierenden offenbart; sie bestand bereits vor der Krise, spitzt sich nun aber weiter zu.

Das Problem hat sich auch beim Verfahren der sogenannten Überbrückungshilfen gezeigt; diese erweisen sich bislang eher als eine gut gemeinte Absicht, fast muss man schon von Worthülse sprechen. Das haben wir ja schon in der letzten Debatte hier festgestellt, und das ist auch so. Die Überbrückungshilfen werden nun vom Bund weitergezahlt - das ist gut so, das lässt hoffen - auch für das kommende Sommersemester. Dabei darf sich aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht wiederholen, dass viele Studierende durchs Raster fallen. Diese Feststellung haben wir heute ja schon einmal gehört. Rund 60 Prozent der Anträge von Studierenden der Saar-Uni wurden im letzten Sommersemester abgelehnt. Das Gravierende dabei war - so beschreibt die Arbeitskammer diese Misere -, dass trotz nachgewiesener Notlage viele Studierende leer ausgingen, weil sie nicht pandemiebedingt, sondern bereits zu-

vor in finanziellen Schwierigkeiten waren. Das ist doch absurd!

Dabei ist die Finanzierung des Studiums nach wie vor für viele von ihnen der dickste Brocken, stellt die höchste Hürde dar. Überall, auch bei uns, zahlen die Studierenden zusätzlich noch Verwaltungsgebühren. Wir lehnen diese Gebühren nach wie vor ab.

(Beifall bei der LINKEN.)

Wir haben immer gesagt, dass das Studiengebühren durch die Hintertür sind. Wir werden weiter dafür streiten, dass sie abgeschafft werden. Das hat sich der AStA, die neue Spitze des AStA, auch auf die Fahne geschrieben. Jedenfalls muss aber jetzt, in dieser Krisenzeit, mindestens über eine Aussetzung dieser Verwaltungsgebühren nachgedacht werden. Das möchte ich hier anregen.

(Beifall von der LINKEN.)

Dreh- und Angelpunkt der Verbesserung der finanziellen Situation bleibt eine grundlegende BAföG-Reform; auch das haben wir hier schon zimal gesagt. Es geht um eine BAföG-Reform, die der Lebenswirklichkeit der Studierenden entspricht, damit das Studium eben nicht mehr auf den Geldbeutel der Eltern ausgerichtet werden muss. Das heißt konkret: BAföG deutlich höher, regelmäßig steigend, unabhängig von den Eltern, Rückkehr zum Vollzuschuss. Studierende in Not - das wird immer schlimmer, das ist nicht von der Hand zu weisen - brauchen Hilfe, eine Hilfe, die so funktioniert, dass sie ihren Namen auch wirklich verdient: schnell und unbürokratisch.

Studierende brauchen vor allem Perspektiven. Hier möchte ich den Blick darauf richten, wie die soziale Isolation überwunden werden kann. Denn auch das ist ein schlimmer Output dieser Krise: An die Uni gehen, Leute treffen, in Lerngruppen und AGs arbeiten, das alles findet schon lange nicht mehr statt. Der neue Uni-Alltag besteht heute darin, alleine am Computer zu sitzen. Im Wissenschaftsausschuss haben wir vom deprimierenden Brief an die Uni-Leitung erfahren, in dem Studierende, auch Erstsemester, zur Situation sinngemäß formulieren, der Austausch an der Hochschule fehle gänzlich. Das ist völlig klar, denn genau von diesem Austausch profitieren sie sehr. Es wird in dem Schreiben dargestellt, das anonyme Lernen, wie wir es zurzeit ab der Schule erleben, drücke auf die Psyche. Die Studierenden müssen sich mit dem Leistungsdruck auseinandersetzen, aber jede und jeder für sich alleine. Die Open-Book-Klausuren an der Juristischen Fakultät, nun für die Erstsemester erstmals so durchgeführt, haben zwar schon irgendwie funktioniert, sie waren auch gut vorbereitet. Ich war aber dankbar für die Aussage im Ausschuss, dass das nur die Ausnahme sein könne. Wir müssen zurück zum Präsenzbetrieb, dieser kann an den Hochschulen ebenso wenig ersetzt werden wie an den Schulen.

**(Abg. Spaniol (DIE LINKE))**

(Beifall von der LINKEN.)

Viele Studierende haben, das ist wirklich ernst zu nehmen, mit dieser speziellen Situation psychisch zu kämpfen. Viele haben bereits ihr Studium abgebrochen, dazu gab es vor einem Monat einen interessanten Bericht des ZDF. Solche Entwicklungen sind ernst zu nehmen. Auch diese Dimension der Krise wird uns sicherlich noch länger beschäftigen. Wir müssen jedenfalls auf die Tube drücken, um zu besseren Lösungen zu kommen, damit wenigstens das kommende Wintersemester unter anderen Bedingungen stattfinden kann. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

**Präsident Toscani:**

Nächste Rednerin ist für die CDU-Landtagsfraktion die Abgeordnete Jutta Schmitt-Lang.

**Abg. Schmitt-Lang (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Titel des Gesetzes, das wir heute verabschieden wollen, des Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Hochschulgesetzes und der Gesetze über die künstlerischen Hochschulen, klingt sperrig, das Gesetz macht aber das Leben vieler Studierender unserer Hochschulen leichter. Viele Studentinnen und Studenten haben uns - ich denke, damit spreche ich für alle Kollegen hier im Raum - in den vergangenen Tagen rückgemeldet, welche Erleichterung eine Verlängerung der Regelstudienzeit für sie bedeutet. Wir haben an dieser Stelle auch schon mehrfach angesprochen, mit welchen Einschränkungen die Hochschulen in der Pandemie zu kämpfen haben. Noch ist nicht absehbar, wann wieder ein halbwegs normaler Präsenzbetrieb in Forschung und Lehre stattfinden kann. Insoweit schließe ich mich meiner Vorrednerin an: Darauf warten wir natürlich alle, und wir hoffen, dass das möglichst schnell der Fall sein wird.

Die Kollegin Spaniol hat viele Sachverhalte angesprochen, die den Alltag der Studierenden erschweren: die weggebrochenen Zuverdienstmöglichkeiten, vor allem aber auch die fehlenden Sozialkontakte, unter denen die Kommilitonen leiden. Es fehlt ihnen der Austausch. Die psychische Belastung in der Krise, sie steigt auch unter den Studierenden. Ja, diese Feststellung ist zutreffend.

Deshalb war es uns von den Koalitionsfraktionen wichtig, die Verlängerung der Regelstudienzeit und damit auch eine verlängerte BAföG-Leistung innerhalb der Förderungshöchstdauer umzusetzen. Von der „individuellen Regelstudienzeit“, wie sich dieses Instrument nennt, profitieren alle Studierenden, die im Wintersemester 2020/2021 an den saarländischen Hochschulen studieren, die hier immatrikuliert

sind. Dieses Instrument nimmt vor allem denjenigen, die sich in dieser schwierigen Zeit dem Ende ihrer allgemeinen Regelstudienzeit näherten, große Sorgen.

Es war wichtig, dass wir dieses Gesetz ohne Verzögerungen auf den Weg gebracht haben, denn die BAföG-Anträge müssen ja gestellt werden. Angesichts dessen bin ich froh, ich kann mich dem Kollegen Renner diesbezüglich nur anschließen, dass es uns im Ausschuss im konstruktiven Austausch gelungen ist, zügig voranzukommen, und dass wir bereits heute in die Zweite Lesung gehen können.

Ich will noch einmal explizit betonen, dass wir neben der Regelung des aktuellen Semesters auch kommende Semester im Blick haben und mit diesem Gesetz schon entsprechende Vorkehrungen treffen. Wir tun das, auch wenn wir alle natürlich hoffen, dass möglichst bald auch wieder mehr Präsenzbetrieb an den Hochschulen möglich sein wird. Wir sind nun jedenfalls vorbereitet.

Hier im Plenum und auch im Wissenschaftsausschuss haben wir stets, auch bei anderen Fragestellungen, gemeinsam das Ziel verfolgt, die Hochschulen in ihrem Umgang mit der Pandemie zu unterstützen und die Studierenden zu entlasten. Ich habe es beim letzten Mal schon angesprochen: Angepasste Prüfungsformate, Freischussregelungen, Notfallhilfefonds und jetzt die pandemiebedingte Beitragsminderung beim Semesterticket, das alles sind Signale, die zeigen, dass die Politik und die Hochschulen im Saarland gegen die Krise zusammenstehen.

Ich denke, gerade in solch schwierigen Zeiten ist es auch ein wichtiges Zeichen für die Studierenden, dass sie einen festen Sitz in den Erweiterten Präsidien der Universität des Saarlandes und der Hochschule für Technik und Wirtschaft erhalten. Auch das ist ein wichtiger Aspekt des vorliegenden Gesetzentwurfs, durch den die Position der Studierenden an unseren Hochschulen noch einmal gestärkt wird.

Klar ist, dass die Pandemie nicht nur die Studierenden, sondern auch das Personal vor besondere Herausforderungen stellt. Gerade Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler in der Qualifizierungsphase können ihre Forschungsarbeiten und ihre wissenschaftliche Arbeit in der jetzigen Situation oft nicht wie geplant umsetzen. Der uns vorliegende Gesetzentwurf schließt hier eine Lücke: Für Juniorprofessoren, Akademische Rätinnen und Räte und Akademische Oberrätinnen und Oberräte im Beamtenverhältnis, die bisher außen vor geblieben waren, wird die Möglichkeit einer Verlängerung der Beamtenverhältnisse auf Zeit eröffnet. Auch ihnen soll Druck, der durch die Pandemie entsteht, genommen werden.

Die aktuelle Situation, ja, sie stellt die Hochschulen insgesamt vor große Herausforderungen. Deshalb

**(Abg. Schmitt-Lang (CDU))**

möchte ich mich, da schließe ich mich dem Kollegen Renner an, ganz ausdrücklich bei all denjenigen in diesem Hause bedanken, die eine schnelle Behandlung unterstützt, die die schnelle Beratung dieses Gesetzentwurfs vorgebracht haben. Ich habe in der zurückliegenden Plenarsitzung gesagt: Mit diesem Gesetzesentwurf zeigen wir den Studierenden an den saarländischen Hochschulen: Wir stehen an eurer Seite. - Ich hoffe und bin diesbezüglich zuversichtlich, dass wir das auch heute anlässlich der Zweiten Lesung durch eine breite Zustimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf zeigen werden. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Präsident Toscani:**

Als nächste ist die AfD-Landtagsfraktion an der Reihe. Ich darf dem Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr das Wort erteilen.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja schon bei der Ersten Lesung für den Entwurf gestimmt, denn auch wir stehen selbstverständlich für unsere Hochschulen und ihre Studierenden ein. An dieser Auffassung hat sich nichts geändert. Die Kolleginnen haben nun ihre Argumente schon vorgetragen, denen habe ich nichts anzufügen. Wir werden diesem Gesetzesentwurf selbstverständlich ebenfalls zustimmen. - Danke.

**Präsident Toscani:**

Mir liegt noch eine Wortmeldung vor. Sie kommt von der SPD-Landtagsfraktion. Ich darf den Abgeordneten Jürgen Renner ans Rednerpult bitten.

**Abg. Renner (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe, so glaube ich, vorhin in der Berichterstattung einen entscheidenden Satz vergessen: dass der Ausschuss dem Plenum die Annahme des Gesetzentwurfs empfiehlt. Diese Empfehlung hat der Ausschuss einstimmig gefasst, unter Anwesenheit der Fraktionen von CDU, SPD und der LINKEN.

Damit komme ich auch schon zu meinem eigenen Beitrag: Herr Dörr, wenn Ihnen die Studierenden wirklich so wichtig wären, wie Sie das hier am Mikro behauptet haben, wären Sie wohl auch in der Sitzung anwesend gewesen und hätten sich dort geäußert und der Empfehlung ans Plenum zugestimmt. Das sei aber nur am Rande erwähnt.

Ich möchte nun gar nicht mehr in die Tiefe gehen, will aber doch sagen, dass ich mich außerordentlich freue, dass es uns in den vergangenen Wochen und Monaten gelungen ist, ein kleines Paket zu schnü-

ren für die Studierenden, die sich, wie Frau Schmitt-Lang und Frau Spaniol zutreffend dargelegt haben, in einer besonderen Situation befinden.

Wir haben im Ausschuss von Briefen erfahren, in denen die Studierenden soziale Isolation beklagen. Wir müssen uns dabei auch vor Augen führen, dass Studierende bereits Erwachsene sind. Das erwähne ich als Ergänzung zur Debatte heute Morgen, in der es um die Schulen gegangen ist: Auch die Erwachsenen leiden darunter.

Mit dem „kleinen Paket“, wie ich eben formuliert habe, ist auch der Notfallfonds gemeint, der nun verlängert und mit der Summe von 300.000 Euro ausgestattet wird. Ebenfalls meine ich damit, dass die Hälfte der Kosten des Semestertickets im Sommersemester übernommen wird. Noch nicht ganz fertig sind wir mit der Arbeit am Studierendenwerkgesetz. Auch damit soll ja die soziale Lage der Studierenden in den Blick genommen werden, auch auf dieser Basis soll die soziale Lage der Studierenden verbessert werden und sollen ihnen Hilfestellungen angeboten werden. Auch diese Arbeit kommt aber voran.

In diesem Zusammenhang möchte ich, auch Frau Spaniol hat darauf hingewiesen, doch noch die Überbrückungshilfen des Bundes erwähnen. Es ist wirklich ein Trauerspiel, das sich diesbezüglich über den Sommer hinweg ergeben hat, auch angesichts der hohen Ablehnungsquoten in manchen Bundesländern, so auch hier im Saarland.

Sehr erstaunt hat mich in der vergangenen Woche, dass aus den BAföG-Mitteln noch hohe Summen aus dem Jahr 2020 übriggeblieben waren. Das war im Zusammenhang mit der Endabrechnung des Bundeshaushaltes zu erfahren: Weit mehr als 300 Millionen Euro waren übrig, weil die Inanspruchnahme des BAföG gesunken ist. Darüber müssen wir uns in der Tat Gedanken machen, denn das ist nicht einfach ein Ausreißer, sondern der Tiefpunkt eines Trends. Die Bundesbildungsministerin wollte ja mit diesem Gesetz eine Trendwende einleiten, das ist, wie wir heute feststellen müssen, nicht gelungen.

Ein Teil der nicht ausgezahlten Mittel ist nun für die Studierendenkredite zur Verfügung gestellt worden, ein anderer Teil für die Verlängerung der Überbrückungshilfen. 160 Millionen Euro wurden aber an die Bundeskasse zurückgegeben. Ich muss sagen, das finde ich außerordentlich bedauerlich, denn auch dieses Geld wäre in der Tat in den Überbrückungshilfen gut angelegt gewesen, dies in Verbindung mit Kriterien einer vereinfachten Inanspruchnahme. Ich halte es nicht für eine gute Ausgangssituation, dass noch nicht einmal der Versuch unternommen wird, übriggebliebene Mittel im Sinne der Studierenden zu verwenden. Das ist keine gute Situation, deshalb müssen wir alles daransetzen, das BAföG zu reformieren, dies auch in Richtung der Elternunabhängig-

(Abg. Renner (SPD))

keit, um der Lebensrealität der Studierenden wirklich Rechnung zu tragen.

Das zuletzt Angesprochene ist nun keine Landesangelegenheit. Wir hier im Land haben jedenfalls auf Basis der uns verfügbaren Möglichkeiten einiges zustande gebracht. Wir müssen die Entwicklungen weiterhin vor dem Hintergrund des Pandemieverlaufs im Blick behalten. Wir ermächtigen heute die Landesregierung zum Erlass einer Rechtsverordnung, sollte sich durch den Pandemieverlauf noch einmal die Notwendigkeit ergeben, ein Semester dranzuhängen. Wir tun also heute ein gutes Werk, wir müssen aber auch künftig die Entwicklungen beobachten. Wir müssen uns auch fragen, ob es noch weitere Stellschrauben hier im Land gibt, an denen wir drehen könnten.

Insgesamt empfinde ich, das möchte ich sagen, die Arbeit im Wissenschaftsausschuss - im Gegensatz zur Arbeit in anderen Ausschüssen - als relativ unkompliziert. Wir finden immer wieder gute Übereinkünfte und folgen dabei nicht dem klassischen Spiel Regierung versus Opposition, sondern haben fest im Blick, den Studierenden etwas Gutes tun zu wollen. Ich darf Sie um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf bitten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Präsident Toscani:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1590. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/1590 in Zweiter und letzter Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1590 in Zweiter und letzter Lesung einstimmig angenommen ist. Zugestimmt haben alle anwesenden Abgeordneten des Hauses.

Wir kommen damit zu Punkt 18 unserer Tagesordnung:

**Zweite Lesung des Gesetzes über den Einsatz der Informationstechnik bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Landesamtes für IT-Dienstleistungen (IT-Dienstleistungszentrum, IT-DILZ) (Drucksache 16/1480)**

Zur Berichterstattung erteile ich dem Vorsitzenden des Ausschusses für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung, Herrn Abgeordneten Reiner Zimmer, das Wort.

**Abg. Zimmer (SPD), Berichterstatter:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Regierung des Saarlandes über den Einsatz der Informationstechnik bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Landesamtes für IT-Dienstleistungen (IT-Dienstleistungszentrum, IT-DLZ) wurde vom Plenum in seiner 44. Sitzung am 11. November 2020 in Erster Lesung einstimmig angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung überwiesen.

Das Gesetz über den Einsatz der Informationstechnik bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften regelt die organisatorischen Rahmenbedingungen des Einsatzes der Informationstechnik bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften. Es stellt die richterliche Unabhängigkeit, die sachliche Unabhängigkeit des Rechtspflegers, das Legalitätsprinzip in der Strafverfolgung sowie den Gewaltenteilungsgrundsatz bei der Organisation und dem Betrieb der Informationstechnik unter besonderen Schutz und garantiert die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Justiz.

Es präzisiert die Zuständigkeiten für den Einsatz der IT bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften und richtet zur effektiven Überwachung der Einhaltung der Ziele und Vorschriften des Gesetzes eine unabhängige IT-Kontrollkommission ein. Weiter wird klargestellt, dass das Ministerium der Justiz im Rahmen des IT-Betriebs unter Wahrung der justizspezifischen Schutzbelange für die Gerichte und Staatsanwaltschaften Auftragsverarbeitung durchführen kann.

Das Gesetz regelt die Zusammensetzung, das Zusammentreten und die Beschlussfassung der IT-Kontrollkommission und räumt dieser zur Effektivierung ihrer Wächterfunktion Auskunfts- und Bestandsbefugnisse ein.

Durch Dienstvereinbarung können der IT-Kontrollkommission weitergehende Rechte eingeräumt sowie Maßnahmen zum Schutz der nach § 2 zu schützenden Belange vereinbart werden. Auf diese Weise schafft das Gesetz ein flexibles Instrumentarium, das der sehr dynamischen technischen Entwicklung unter enger Einbindung der gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Praxis Rechnung tragen kann.

Der Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung vom 24. November 2020 gelesen und die Durchführung einer Anhörung für den 04. Februar 2021 beschlossen.

Nach durchgeführter Anhörung und Auswertung hat der Ausschuss in seiner Sitzung am 25. Februar 2021 den Entwurf abschließend beraten. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig bei Zustimmung aller

**(Abg. Zimmer (SPD))**

Fraktionen angenommen. Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs in Zweiter und letzter Lesung. - Danke schön!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Präsident Toscani:**

Vielen Dank, Herr Kollege Zimmer, für die Berichterstattung. Ich eröffne die Aussprache. Es liegen keine Wortmeldungen zur Aussprache vor, dann ist die Aussprache auch schon wieder geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1480. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/1480 in Zweiter und letzter Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1480 in Zweiter und letzter Lesung einstimmig angenommen ist. Zugestimmt haben alle anwesenden Kolleginnen und Kollegen des Hauses der Fraktionen von CDU, SPD, von der DIE LINKE-Landtagsfraktion und von der AfD-Landtagsfraktion.

Wir kommen damit zu Punkt 9 unserer Tagesordnung:

**Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses „System der Sportförderung im Saarland“ (Drucksache 16/1621)**

Zur Berichterstattung erteile ich der Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „System der Sportförderung im Saarland“, Frau Abgeordneten Dagmar Heib, das Wort.

**Abg. Heib (CDU), Berichterstatteerin:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen im Folgenden über den Anlass und den Ablauf des Untersuchungsverfahrens „System der Sportförderung im Saarland, parteipolitische Einflussnahme auf die Institution des Sports und der Sportförderung, Transparenz der Mittelvergabe und Kontrolle der bestimmungsgemäßen und rechtmäßigen Verwendung der Mittel“ - die Kurzbezeichnung lautet: System der Sportförderung im Saarland - berichten.

Im November 2017 wurde bekannt, dass beim Landessportverband des Saarlandes - kurz LSVS genannt - ernsthafte finanzielle Probleme bestehen und ein strukturelles Defizit vorliegt, das zunächst mit 700.000 Euro angegeben wurde und dessen Höhe in der Folgezeit deutlich nach oben korrigiert werden musste. Die Finanzierung und Förderung des Saar-Sports standen aufgrund der finanziellen Situation beim Landessportverband infrage und sowohl die Mitarbeiter des LSVS als auch die in Sportverei-

nen engagierten ehrenamtlich Tätigen waren verunsichert.

Die Vergabe von Mitteln zur Sportförderung und die Finanzierung des LSVS durch das sogenannte Sportachtel wurden hinterfragt. Die bekannt gewordenen Unstimmigkeiten führten dazu, dass die Staatsanwaltschaft Saarbrücken unter dem Aktenzeichen 5 Js 551/17 ein Ermittlungsverfahren wegen Haushaltsuntreue zunächst gegen den damaligen Hauptgeschäftsführer des Landessportverbandes einleitete, der von seinen Aufgaben vom Landes-sportverband im Dezember 2017 freigestellt wurde.

Im Rahmen dieses Ermittlungsverfahrens fanden unter anderem Durchsuchungen in den Räumlichkeiten des Landessportverbandes statt. Letztlich wurden die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen auf die Mitglieder des damaligen achtköpfigen Präsidiums ausgeweitet.

In der Folgezeit leitete die Staatsanwaltschaft Saarbrücken zahlreiche weitere Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit den finanziellen Unstimmigkeiten beim Landessportverband ein und gab ein Gutachten zur Ermittlung des Defizits beim Landes-sportverband und dessen Ursachen bei der MHP Projure GmbH in Auftrag.

Zur Aufklärung der Umstände und politischen Verantwortlichkeiten bezüglich der beim LSVS zutage getretenen finanziellen Missstände setzte der Landtag des Saarlandes in seiner 16. Wahlperiode am 20. März 2018 auf Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion einstimmig mit den Stimmen aller Abgeordneten einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum System der Sportförderung im Saarland ein.

(Vizepräsidentin Spaniol übernimmt den Vorsitz.)

Der Prüfungsauftrag lautete wie folgt: Der Ausschuss soll die Sportförderung im Saarland untersuchen und insbesondere klären:

a) Art und Umstände der Verwendung von Mitteln für die Sportförderung im Saarland seit 2011, insbesondere Geldflüsse, Rechnungslegung, Buchhaltung und das interne Controlling beim Landessportverband, bei Saartoto und der Sportplanungskommission sowie die Rechtsaufsicht und die Kontrolle der bestimmungs- und rechtmäßigen Verwendung durch die Landesregierung,

b) Gründe für das Defizit des Landesportverbandes und die Verantwortlichkeiten hierfür sowohl des Landessportverbandspräsidiums als auch der Mitglieder der saarländischen Landesregierung, insbesondere der Rechtsaufsicht im Ministerium für Inneres und Sport,

c) Art und Umstände der Arbeitsstrukturen und der Beziehungsgeflechte zwischen den Vorständen, Präsidiumsmitgliedern und der Geschäftsführung



(Abg. Heib (CDU))

des Landessportverbandes, der Geschäftsführung und den Aufsichtsratsmitgliedern der Saartoto GmbH, den Mitgliedern der Sportplanungskommission und des Förderausschusses Leistungssport und der Landesregierung insgesamt,

d) Art und Umstände der Verwendung von Mitteln aus dem Verstärkungsfonds für Sport und Kultur seit dem Jahr 2016 sowie die Kontrolle der bestimmungs- und rechtmäßigen Verwendung durch Saartoto und durch die Landesregierung.

Die konstituierende Sitzung des Untersuchungsausschusses fand am 15. Mai 2018 statt. Der Untersuchungsausschuss ist insgesamt zu 30 Sitzungen zusammengetreten, hiervon dienten sämtliche Sitzungen der Beratung und 16 Sitzungen auch der Beweisaufnahme beziehungsweise zusammenhängenden Sachdarstellung der Betroffenen. Die letzte Sitzung fand am 21. August 2020 statt - - Der Bericht stimmt an der Stelle nicht, wir haben nämlich noch vor Kurzem getagt.

(Zuruf des Abgeordneten Flackus (DIE LINKE).)

Herr Kollege, ich stolpere jetzt genauso über diese Stelle. Wir haben wann getagt?

(Abg. Flackus (DIE LINKE): 02. Februar.)

Vielen Dank, Herr Flackus. Die letzte Sitzung fand am 02.02.2021 statt. Wir haben im August die Beweisaufnahme geschlossen, von daher ist das vielleicht so im Bericht drin.

Der Untersuchungsausschuss hat insgesamt 16 Beweisbeschlüsse erlassen, die die Zeugeneinvernahme und die Beiziehung von Akten und Beweisdokumenten zum Gegenstand haben. Insgesamt wurden durch den Untersuchungsausschuss 44 Zeugen vernommen.

Zur Beiziehung von Unterlagen fasste der Ausschuss mehrere umfangreiche Beweisbeschlüsse. In deren Ausführung wurden unter anderem 176 Aktenordner übermittelt und seitens des Ausschusses ausgewertet. Das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport übermittelte 96 Aktenordner, der Landessportverband 39 Aktenordner, die Staatsanwaltschaft und das Landgericht Saarbrücken übermittelten insgesamt 25 Verfahrensakten und zusätzlich 12 Aktenordner des Landessportverbandes aus dem Bestand der Asservatenkammer der Staatsanwaltschaft Saarbrücken. Weitere Ordner und Unterlagen wurden seitens Saartoto, der Staatskanzlei, des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie und des Ministeriums für Finanzen und Europa übermittelt.

Der Ausschuss hat sich nach den durchgeführten Beweisaufnahmen nicht in der Lage gesehen, ein von einer Mehrheit getragenes begründetes Ergebnis der Untersuchung festzustellen. Vielmehr liegen nun vier Wertungsteile, nämlich der CDU-Landtags-

fraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion vor. Diese unterscheiden sich sowohl in der Gewichtung der einzelnen Fragestellungen als auch in der Benennung von Verantwortlichen. Zudem sind Stellungnahmen der Betroffenen Herrn Klaus Meiser, Herrn Gerd Meyer, Herrn Dr. Kurt Bohr und Herrn Karl-Heinz Groß und Herrn Franz Josef Schumann eingegangen.

Der seitens der Ausschussekretärin gefertigte objektive Teil des Abschlussberichtes bildet zusammen mit den einzelnen Werturteilen der Landtagsfraktionen sowie den Stellungnahmen der Betroffenen eine einheitliche Drucksache, die wir alle auf dem Tisch liegen haben und die unsere Arbeit eindrucksvoll widerspiegelt. Die weitere inhaltliche Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Untersuchung wird Gegenstand der nachfolgenden Aussprache sein. Es ist an der Stelle nicht meine Verantwortung, diese zu führen.

Mir bleibt hier noch, meinen Dank auszusprechen. Ich möchte mich vor allem bei den Obleuten bedanken, bei jedem einzelnen Ausschussmitglied natürlich, genauso bei den Mitarbeitern der Fraktionen. Ich bedanke mich natürlich insbesondere bei der Verwaltung, insbesondere beim Stenografischen Dienst, der uns in den Jahren begleitet hat und auch einige Protokolle zu fertigen hatte. Ich bedanke mich bei den beiden Ausschussekretärinnen Frau Weidig und Frau Kaas, ich bedanke mich bei den Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien, aber auch bei den Betroffenen und deren Rechtsbeiständen.

Es war für mich als Vorsitzende immer eine gute, angenehme Zusammenarbeit mit allen Beteiligten und - wie bei jedem Untersuchungsausschuss - auch für mich eine lehrreiche Zeit. - Vielen Dank!

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin und eröffne die Aussprache. Man ist übereingekommen, dass die Fraktion DIE LINKE mit der Aussprache beginnt, daher erteile ich das Wort dem Kollegen Jochen Flackus für die Fraktion DIE LINKE.

**Abg. Flackus (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist richtig, wir haben vor fast genau zwei Jahren auf Antrag unserer Fraktion den Untersuchungsausschuss eingerichtet, jetzt wurde der Bericht vorgelegt. Ich wollte auch von unserer Seite, auch von der Oppositionsseite, Danke an die Vorsitzende sagen: Die Verhandlungsführung über die zwei Jahre war professionell und fair. Wir haben das auch auf der

**(Abg. Flackus (DIE LINKE))**

persönlichen Ebene gut geschafft, das war ja von der Thematik her nicht immer einfach. Von uns jedenfalls ein herzliches Dankeschön, das brauchen wir nicht unbedingt zu wiederholen, aber es war in Ordnung!

(Beifall von den Regierungsfractionen und von der LINKEN.)

Sie haben davon gesprochen, dass die Fraktionen eigene Wertungen abgegeben haben. Ich möchte angesichts der Beschränkung der Redezeit nur drei von uns gerne vortragen. Das sind einmal die Gründe für das Defizit des LSVS, dann das Thema Verstärkungsfonds und schließlich auch das Thema Aufsicht und Kontrolle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Minus des LSVS - Frau Vorsitzende, Sie haben darauf hingewiesen - ist von 500.000, das war im Jahr 2009, auf 13,3 Millionen Euro im Jahr 2017 gewachsen, das war das Ergebnis von Projure, dem Gutachter der Staatsanwaltschaft. Der Chief Restructuring Officer, den der LSVS seit dieser Zeit hat, kommt sogar auf fast 19 Millionen Defizit, das hat er im Ausschuss vorgetragen. Das sind Summen, bei denen in einem Unternehmen - ich blicke mal in Richtung Handwerk - ein Konkursverfahren wahrscheinlich unausweichlich gewesen wäre. Und wenn der LSVS keine Körperschaft des öffentlichen Rechts gewesen wäre, sondern ein Unternehmen, hätte man wahrscheinlich auch sehr intensiv über Haftungsfragen diskutiert – intensiver, als wir das getan haben.

Der Ausschuss hat in dem Untersuchungszeitraum festgestellt, dass es erstens eine dauerhafte Unterdeckung in der Vermögenslage gab und zweitens eine latente Zahlungsunfähigkeit des Verbandes. Bestimmend dafür - auch das war eigentlich ein Ergebnis quer durch alle Gremien - war eine Missachtung der jährlichen Ergebnisse, und das von allen Kontrollgremien, von allen Gremien, die an der Arbeit des LSVS mitgewirkt haben, und auch der Rechtsaufsicht.

Es gab einen Dreischritt über die Jahre. Die LSVS-Präsidenten haben die Minusbilanzen unterschrieben, Präsidium und Vollversammlung haben zugestimmt und das Sportministerium als verantwortliche Rechtsaufsicht hat die Bilanzen in seinen Schreibtischen verschwinden lassen. Das war das Prinzip, nach dem der LSVS gearbeitet hat.

Man muss auch sagen, der LSVS selbst, und das, glaube ich, ist auch Konsens im Ausschuss gewesen, hatte kein wirksames Controlling, keine Antikorruptionsrichtlinie - ich glaube, bis heute gibt es eine so etwas nicht -, angeblich keinen Abgleich zwischen den Haushaltsentwürfen und dem tatsächlichen Haushalt insgesamt, es wurden Vergaberegeln umgangen und bei Eingruppierungen im Personalbereich - also der TV-L - wurden die Besserstel-

lungsverbote, die es für die Verwaltung im Land gibt, missachtet.

Die Folge war auch eine Überpersonalisierung vieler Bereiche und die Folge davon war natürlich, dass die Personalkosten durch die Decke geschossen sind, die Sozialdemokraten haben in ihrer Stellungnahme sehr ausführlich darauf hingewiesen. Die Folge waren wiederum neue Kredite, um die Löcher zu stopfen, und in dieser Folge, völlig logisch, steigende Zinslasten.

Und heute, das muss man sich einfach vor Augen führen, ich habe vorhin von 19 Millionen Euro Defizit gesprochen, hat der LSVS eine Kreditlast von 30 Millionen Euro, die er bewerkstelligen muss. Es wurden Grundstücke, obwohl das gegen das Bilanzrecht spricht, nicht aktiviert und es gab den dauerhaften Verlustbringer, die Hermann-Neuberger-Sportschule. Es war all dieses in der Summe und dazu - das sagt meine Fraktion ganz deutlich - ein Präsident, der den Verband nach Gutsherrenart führte.

All das, das kann man zumindest in Teilen im Untersuchungsausschuss im allgemeinen Bericht lesen, hatte weder ein Verantwortlicher in den einzelnen Gremien heftig kritisiert, noch hat die Rechtsaufsicht gegengesteuert. Das, glaube ich, kann man feststellen.

Ich möchte deshalb für meine Fraktion darüber hinaus feststellen: Die Schieflage, das Defizit, die Unterdeckungen, die täglichen Missachtungen von Vorschriften waren sowohl für den Hauptgeschäftsführer als auch für Präsident und Präsidium sowie auch für Vorstände und Vollversammlung objektiv erkennbar.

(Beifall von der LINKEN.)

Das gilt auch besonders für die Rechtsaufsicht im Sportministerium. Alle haben nach dem Motto gehandelt: Niemand fragt etwas, niemand sagt etwas, niemand weiß etwas und niemand erinnert sich an etwas. Das war das Prinzip, nach dem über Jahre gearbeitet wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss es leider auch sagen, der Landessportverband war Spielball der großen Parteien hier im Land, und deshalb werde ich jetzt zu dem Beispiel Verstärkungsfonds kommen. Auf Vorschlag der Ministerpräsidentin, damals Frau Kramp-Karrenbauer, wurde 2016 angeregt, einen Verstärkungsfonds anzulegen. Der Aufsichtsrat Saartoto hat im März 2016, ein Jahr vor der Landtagswahl, ein Programm beschlossen: 250.000 Euro jedes Jahr für vier Jahre. Damit sollte unter anderem dafür geworben werden, dass ein Tischtennis-Bundesstützpunkt eingerichtet wurde. Der Ausschuss hat aber herausgefunden, dass leider ein Großteil des Geldes für einen Spieler, einen Profi und einen Trainer, ausgegeben wurde.

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

Der zweite Punkt, was mit dem Geld gemacht wurde: Es wurden Checks übergeben, im Wahlkampf, vom LSVS-Präsident selbst, von Abgeordneten, von Ministern, auch von Kandidaten für den Landtag, und zwar immer nur von denen aus den Koalitionsparteien. Beträge, Blankochecks wurden oft, das haben Zeugen ausgesagt, vor Ort erst festgelegt, nachdem man gesehen hatte, was dort gebraucht wird. Die Ausgaben in diesem Bereich wurden vom Landessportverband separat verbucht. - Separat, wohlgemerkt, nicht in der normalen Buchführung. Die Staatsanwaltschaft hat festgestellt, und ich zitiere, dass in diesem Bereich ohne Beschlüsse und ohne Kontrolle gehandelt wurde.

Wir stellen fest, die Politik hat diesen Verstärkungsfonds initiiert und anschließend auch das Geld aus diesem Fonds verteilt. Das haben Ermittlungen der Staatsanwaltschaft bestätigt und man kann feststellen: Ohne Zweifel hat dieser Verstärkungsfonds der politischen Landschaftspflege von CDU und SPD gedient, der Sport wurde an dieser Stelle für Stimmenfang im Landtagswahlkampf missbraucht.

(Beifall von der LINKEN.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will mich hier nicht aufblasen, es kann auch sein, dass ich naiv bin, aber ich möchte an dieser Stelle wirklich einen Vorschlag machen: Ich bitte um eine Art Selbstverpflichtung aller dieses Hauses - auch meiner Partei selbstverständlich -, in Zukunft die Mittelvergabe in diesem Bereich denen zu überlassen, die dafür zuständig sind, die verantwortlich sind und die die nötige Transparenz und Kontrolle herstellen.

(Beifall von der LINKEN.)

Denken Sie bitte einmal über diesen Vorschlag nach. Ich sage das, ohne mich irgendwie moralisch in eine Ecke zu stellen. Vielleicht bin ich zu naiv, ich schlage das aber trotzdem vor. Das Signal, da bin ich sicher, das an die Öffentlichkeit und an den Sport gesendet würde, würde auch etwas bringen für das Thema Vertrauensrückgewinnung, dazu werde ich später noch kurz etwas sagen.

Kommen wir zum dritten Punkt, Aufsicht und Kontrolle. Ich habe schon einiges erwähnt, was da schiefgelaufen ist. Alle Sportminister im Untersuchungszeitraum - Frau Kramp-Karrenbauer, Frau Bachmann und Herr Bouillon - waren sowohl für die Sportförderung insgesamt zuständig als auch Aufsichtsratsvorsitzende bei Saartoto. Ein ganz klarer offensichtlicher Interessenskonflikt.

Ich erkenne ausdrücklich an, dass der amtierende Sportminister Klaus Bouillon diesen Aufsichtsratsvorsitz niedergelegt und dies im Untersuchungsausschuss bei seinem Auftritt dort auch begründet hat. Ich zitiere ihn noch einmal: Ich kann nicht über Zuschüsse entscheiden und nachher als Rechtsaufsicht sagen, ob ich mich richtig verhalten habe. - So

haben Sie es formuliert, wenn ich richtig zitiert habe, Herr Minister. Ich habe Respekt vor dieser Konsequenz.

(Beifall von der LINKEN und bei der CDU.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Ministerin, die im Ausschuss war, kein Minister, der im Ausschuss war, möchte etwas von der Situation beim LSVS mitbekommen haben, keine Ministerin und kein Minister wurde vom jeweiligen Staatssekretär über die Schieflage informiert und keine Ministerin und kein Minister sieht sich logischerweise aus diesen beiden Punkten in der Folge auch verantwortlich für die Situation. Ich muss Ihnen sagen, mir ist da spontan Bertold Brecht eingefallen, ich darf ihn einmal zitieren: „Wir stehen selbst enttäuscht und sehr betroffen den Vorhang zu und alle Fragen offen.“

(Beifall von der LINKEN.)

Ich möchte jetzt ein bisschen zusammenfassen, wir müssen auch noch an die Zukunft denken. Diese Schieflage und der Skandal konnten sich entwickeln, weil alle Verantwortlichen nicht ihrer Verantwortung nachgekommen sind, jedenfalls nicht in dem Umfang, wie es notwendig gewesen wäre. Es entstand ein System, eine Mischung von nicht wissen, nicht können und nicht wollen, über Jahre hinweg, begünstigt durch ein Beziehungsgeflecht von Mitgliedern der Regierungsparteien und dadurch, dass niemand Rücksicht auf Interessenskonflikte und entstehende Problematiken genommen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der große Verlierer ist der Saar-Sport. Dessen Zentrum, nämlich der Landessportverband, hat in der Diskussion in den Jahren erheblich an Ansehen verloren. Was vielleicht aus meiner Sicht noch schwerer wiegt: Er hat Vertrauen verloren, das Vertrauen der Sportvereine, der Verbände, die sich zum Teil auch sehr kritisch geäußert haben während der Diskussionen im Untersuchungsausschuss und auch im Innen- und Sportausschuss.

Es geht auch um viele Tausend Amateure, das war oder ist das Spannende am Saar-Sport. Über 350.000 Mitglieder, das ist einfach eine riesige Zielgruppe für die Politik, selbstverständlich auch für meine Partei, das steht völlig außer Frage. Das ist eine riesige Zielgruppe für die Politik! Es wird nach meiner Auffassung lange dauern, bis neues Vertrauen entstanden sein wird, und es wird lange dauern - ich habe auf die Kreditlasten verwiesen -, bis die finanziellen Lücken geschlossen werden.

Jetzt haben wir alle gemeinsam eine Chance eröffnet. Wir haben ein neues Gesetz einvernehmlich verabschiedet, wir haben einen Kompromiss gefunden - ich schaue noch einmal in die Richtung des Kollegen Funk, mit dem wir das damals intensiv diskutiert haben -, und wir haben zwei neue Vorstände. Meine Fraktion wünscht ihnen Fortune für die Zu-

**(Abg. Flackus (DIE LINKE))**

kunft und ich wünsche ihnen vor allem, und das dreimal hintereinander, politische Widerstandskraft, damit ihnen diese Politikferne, die sie auch ohne Zweifel mitbringen - ich habe mit ihnen ein persönliches Gespräch geführt -, erhalten bleiben möge! Also, politische Widerstandskraft und drei Ausrufezeichen hintendran! - Vielen Dank!

(Beifall von der LINKEN.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Herr Kollege Flackus. Ich erteile nun dem Kollegen Frank Wagner für die CDU-Fraktion das Wort.

**Abg. Wagner (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mit meiner persönlichen Geschichte beginnen, mit meiner persönlichen Erfahrung, wie ich als Kind und als Saarländer den LSVS und die Landessportschule erlebt habe. Ich glaube, dass ich mit dieser Geschichte symbolisch für sehr viele Saarländerinnen und Saarländer, für sehr viele Sportler im gesamten Land spreche. Ich habe im Alter von acht Jahren in meiner Heimatgemeinde Losheim zwei Mal in der Woche in einem großen Turnverein geturnt und wurde dort für einen Lehrgang an der Landessportschule gesichtet. Ich weiß noch sehr genau, wie aufgeregt ich an diesem Tag war, als es dann zur Sportschule ging, zu einem Training mit dem Olympiateilnehmer Benno Groß aus Lebach, die meisten kennen ihn. Es war ein besonderes Training, viele weitere Sichtungslahrgänge folgten. Was mich damals schon besonders berührte, war dieses familiäre Miteinander von Olympiasieger, Familien, Turnerinnen und Turnern und allen Sportlern unter einem Dach.

Ähnliche Erfahrungen habe ich in den vergangenen Jahren bei einem großen Projekt des Sports in der Großregion erlebt, bei der großen Fair Play Radtour. Acht Tage radeln 300 Kinder und Jugendliche quer durch die Großregion. Für sie ist die Etappe im Saarland immer ein Highlight, wenn es heißt, wir kommen an der Landessportschule an, können dort die Infrastruktur nutzen, gemeinsam essen, grillen und feiern, und man kennt sich. Genau diesen Geist des Saarsports gilt es zu erhalten und weiterzuentwickeln. Ich möchte - und ich glaube, da spreche ich für die meisten hier im Saal - diesen Leuchtturm des Saarsports wieder erhellen. Leider ist in den vergangenen Monaten und Jahren um diesen Leuchtturm des Saarsports Nebel aufgezozen.

Wir als Untersuchungsausschuss haben uns in den vergangenen drei Jahren - eben wurde von zwei Jahren gesprochen, da wurde schon ein Jahr unterschlagen, aber es waren wirklich drei Jahre - sehr intensiv mit dieser Thematik beschäftigt. Ich möchte

mich an der Stelle bei wirklich allen Mitgliedern bedanken, auch beim fraktionslosen Abgeordneten, für den fairen Umgang miteinander, für die Transparenz und dafür, dass es nie ein Problem war, auch kurzfristig Punkte auf die Tagesordnung zu setzen, Zeugen und Berichterstatter einzuladen. Das war ein ordentlicher Umgang miteinander und wir haben dafür gestanden, die Dinge transparent aufzuklären, was uns auch gelungen ist. Ich möchte mich auch bei der Vorsitzenden Dagmar Heib bedanken.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Nun zum Landessportverband: Der Landessportverband war und ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Damit verbunden ist die Autonomie, die Selbstständigkeit des Saarsports und die Finanzierungsgrundlage des Sporttachtels, was ein hohes Gut ist, das - so viel vorweg - auch erhalten wurde. Es war zu vielen Zeitpunkten nicht selbstverständlich, dass das gelingen kann. Aufgabe und Ziel des LSVS ist natürlich die Förderung des Sports. Die Unterstützung der zahlreichen Fachverbände in unterschiedlichen Sportarten steht mit an oberster Stelle, um den Verwaltungsbereich, aber auch viele andere administrative Abläufe zu unterstützen. Breitensport, Freizeitsport, Gesundheitssport, aber auch der Leistungssport arbeiten Hand in Hand unter einem Dach. An oberster Stelle und das Herz des Ganzen sind die Mitglieder, die vielen Vereine und Verbände. Ich habe letzte Woche im Austausch mit den neuen Vorständen erfahren - das hat mich besonders gefreut -, dass das Saarland immer noch das Bundesland mit der höchsten Vereinsdichte im gesamten Bundesgebiet ist. Diese gilt es aufrechtzuerhalten, das sind wir unseren Kindern und Jugendlichen schuldig.

(Beifall von der CDU.)

Ich komme zur Struktur des LSVS, eine eigentlich für Vereine und Verbände typische Struktur, eine ehrenamtliche Struktur mit drei Organen: Präsidium, Vorstand und Mitgliederversammlung. Aber der LSVS mit der Sportschule ist professioneller und größer geworden, ist ein Wirtschaftsunternehmen geworden, und daher rührt im Prinzip der Geburtsfehler: Es hätte eine professionellere Anpassung der Strukturen geben müssen. Ich möchte hier vor allem das Jahr 1982 nennen, als die Hermann-Neuberger-Sportschule mit allen Gebäuden, dem gesamten Personal, mit diesem riesigen Verwaltungsapparat auf den LSVS übertragen wurde. Hier hätte eine strukturelle Neuausrichtung erfolgen müssen. Dieser Schritt wurde leider versäumt. Von daher war es ein großer Fehler, die gesamte Verantwortlichkeit in ehrenamtliche Hände zu legen, der bestraft und jetzt korrigiert wurde. Dieses Jahr 1982 möchte ich noch mal hervorheben.

Ich komme zur eigentlichen Krise des Saarsports, zum finanziellen Defizit des LSVS und der Hermann-

(Abg. Wagner (CDU))

Neuberger-Schule. Ich möchte mit unserer Arbeit im Untersuchungsausschuss beginnen, der sich in vielen Sitzungen vor allem mit dem Themenkomplex des finanziellen Defizites beschäftigt hat. Es wurden uns dort viele Dinge erläutert, aber im gesamten Ausschuss wurde sehr deutlich - und das haben Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Juristen explizit bestätigt -, dass dieses finanzielle Defizit aufgrund der Komplexität, der Kompliziertheit der Sachzusammenhänge für einen Laien und auch für ein ehrenamtliches Präsidium eigentlich nicht erkennbar war. Die Profis von den Wirtschaftsunternehmen, die Wirtschaftsprüfer, haben Tage, teilweise Wochen gebraucht, um hinter dieses System zu steigen und genau zu erkennen, wo die Problemstelle lag, die letztendlich zu dem finanziellen Defizit von 13,3 Millionen Euro geführt hat. Es wurde ein sehr umfangreiches mehrere hundert Seiten umfassendes Gutachten von Dr. Harz erstellt, der uns das auch vorgetragen hat, wobei uns klar wurde, wie komplex und kompliziert das Ganze ist.

Grundlage, worauf sich das Präsidium und die entsprechenden Kontrollgremien berufen haben, waren die testierten Jahresabschlüsse des Wirtschaftsprüfers, der im Übrigen nie gewechselt wurde, was auch ein kapitaler Fehler war. Es gab in allen Jahren immer einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk, obwohl ein Defizit ausgewiesen wurde. Es wurde in mehreren Sitzungen bestätigt, dass der Wirtschaftsprüfer seiner Pflicht nicht nachgekommen ist, das Präsidium auf die finanziell missliche Lage hinzuweisen. Ein Zitat des Wirtschaftsprüfers Peter Hans - mit Erlaubnis der Präsidentin: Es gibt eine Redepflicht und es wäre an dieser Stelle eine Schreibpflicht gewesen, zu fragen: Um Gottes Willen, was ist hier los? Hier läuft seit vielen Jahren etwas in die völlig falsche Richtung. - Genau dieser Hinweis hätte in den Bestätigungsvermerk gehört. Das ist leider nicht erfolgt.

Nun zu den Ursachen: Auch eben haben wir schon einiges dazu gehört. Eines vorweg, was am allerdeutlichsten ist: Der LSVS hat über Jahre und Jahrzehnte deutlich zu viel Geld ausgegeben. Er hat mehr Geld ausgegeben, als er eingenommen hat. Wenn ich als Privathaushalt ein Einkommen von 3.000 Euro habe und jeden Monat 4.000 Euro ausgebe, habe ich irgendwann ein großes Problem. Beim LSVS hat das etwas länger gedauert. Auf die Sachzusammenhänge gehe ich nachher noch ein. Der Fernwärmevertrag wurde im Jahr 2014 gekündigt, ein deutlicher Fehler, der zu einem Kostenaufwuchs und damit zu einem Defizit geführt hat. Dann natürlich die hohen laufenden Kosten. Ich bin eben auf die Übertragung der Hermann-Neuberger-Schule im Jahr 1982 eingegangen. Die ganzen Gebäude, das Personal, der große Verwaltungsapparat waren ein riesiger Kostenblock, der plötzlich im System war. Und natürlich gab es auch Chaos in der Buchhaltung. Wir haben uns sehr intensiv damit

auseinandergesetzt. Ein Beispiel, das es sehr deutlich macht: Ab dem Jahr 2009 hat eine systematische Doppelbuchung im Bereich der Sportplanungskommission stattgefunden, indem Mittel aus der Sportplanungskommission sowohl im Bereich der Hermann-Neuberger-Sportschule wie auch im Bereich des LSVS gebucht worden sind. Diese Doppelbuchung hat auch dazu geführt, dass Mittel hin und her geschickt werden konnten, ohne dass es zu erkennen war.

Ich möchte an der Stelle nicht um den heißen Brei reden: Ja, es gab Verfehlungen, es gab persönliche, individuelle Verfehlungen und diese möchten wir hier nicht positiv darstellen, im Gegenteil: Es wurde sich sehr intensiv damit auseinandergesetzt, es gab zahlreiche Verfahren, es gab Urteile und persönliche Konsequenzen bis hin zu Rücktritten. Die handelnden Personen sind nicht mehr da, von daher gilt es, den Blick nach vorne zu richten. Diejenigen, die damals dafür verantwortlich waren, sind dort nicht mehr in irgendwelchen Ämtern tätig.

Zu den Konsequenzen, welche sehr umfangreich sind: Ich möchte den Blick deutlich nach vorne richten. Im März 2018, kurz nachdem bekannt wurde, was hier los ist, wurde der Konsolidierungsberater Herr Blank eingesetzt, ein Profi im Bereich Sanierung und Neustrukturierung. Auch heute ist er noch als CRO tätig, um die Vorstände entsprechend zu beraten. Der Untersuchungsausschuss hat sich intensiv mit der Materie beschäftigt und die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht. Sie hat eine Lenkungsgruppe mit zwei Staatssekretären und den Fraktionsvorsitzenden der Großen Koalition eingesetzt. Ich möchte mich an dieser Stelle bei der Lenkungsgruppe bedanken, die über viele Sitzungen einen hervorragenden Job gemacht hat, vor allem die Strukturen neu gedacht, sich auch mit der neuen Gesetzgebung beschäftigt und die Aufarbeitung vorangetrieben hat, aber vor allem den Blick neu nach vorne gerichtet hat, dies federführend bei Staatssekretär Christian Seel, der heute auch hier ist. Vielen Dank dafür, dass ihr euren Beitrag für die Landesregierung geleistet habt, sodass der LSVS auf eigenen Füßen stehen kann.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Zum 30.10.2019 wurde ein neues Gesetz, das LSVS-Gesetz verabschiedet. Alles, was ich eben im Bereich der strukturellen Probleme angesprochen habe, aber auch der Kontrollen, die nachgeschärft werden müssen, ist in dieses Gesetz eingearbeitet worden. Die zweite und letzte Stufe dieses Gesetzes ist im vergangenen Monat, am 02. Februar, in Kraft getreten, als der Aufsichtsrat das ehrenamtliche Präsidium ersetzte. Vorne stehen zwei hauptamtliche Vorstände. Ich möchte mich auch bei dem neuen Aufsichtsrat und beim Vorsitzenden Heinz König dafür bedanken, dass sie in kürzester Zeit und zwar mit einer bundesweiten Ausschreibung - auch das

**(Abg. Wagner (CDU))**

ist ein einmaliger Vorgang der vergangenen Jahre, dass man das bundesweit angegangen ist - mit Johannes Kopkow und Joachim Tesche zwei ausgewiesene Profis gefunden haben. Ich habe vergangene Woche mit beiden sprechen können und man merkt, dass sie diesen Geist des LSVS zurückhaben möchten. Beide bringen einen großen Erfahrungsschatz aus der freien Wirtschaft mit, sind ausgewiesene Experten und möchten den Sport, den LSVS im wichtigen Vier-Augen-Prinzip professionell nach vorne ausrichten.

Zum Thema Kontrolle: Die Rechtsaufsicht ist der rechtlichen Prüfung nachgegangen. Auch damit haben wir uns intensiv auseinandergesetzt, und nein: Da ist nichts in einer Schublade verschwunden, was nachher nicht mehr angesprochen wurde. Es wurde bestätigt, dass ein Austausch mit der Geschäftsführung stattgefunden hat, dass Fragen gestellt und auch beantwortet wurden. Aber es wurden auch Korrekturen vorgenommen, um die Abläufe noch effizienter zu gestalten und verschiedene Abläufe anzupassen. Der Wirtschaftsprüfer wurde ausgewechselt. Neu ist auch die parlamentarische Kontrolle. In der vergangenen Woche gab es zum ersten Mal einen Bericht dazu im Haushalts- und Finanzausschuss. Auch das ist ein wichtiges Signal, dass die Abgeordneten des Haushalts- und Finanzausschusses regelmäßig Bericht erstattet bekommen. Der neue Vorstand macht eine fünfjährige mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung, die der Rechtsaufsicht, dem Ausschuss, aber vor allem dem Aufsichtsrat und der Mitgliederversammlung des LSVS vorgelegt wird.

Zusammengefasst: Der LSVS lebte jahrelang über seine Verhältnisse. Die Strukturen waren nicht zeitgemäß und der Größe dieses Wirtschaftsunternehmens angepasst. Kontrollmechanismen konnten ausgehebelt werden. Es gab individuelle Verfehlungen - ich bin eben darauf eingegangen. Da wurden aber Konsequenzen gezogen und Urteile gesprochen. Die handelnden Akteure sind nicht mehr da. Es gilt jetzt, den Blick nach vorne zu richten. Ich möchte deutlich sagen: Wir haben hieraus gelernt, es wurden massive Konsequenzen gezogen, worauf ich sehr intensiv eingegangen bin. Dieser Skandal darf sich nicht wiederholen und ich gebe Ihnen recht: Auch da müssen wir uns bei der Ehre packen und Dinge moralisch hinterfragen. Aber ich glaube, in jeder Krise steckt auch eine Chance und diese Chance wurde ergriffen, das sind wir dem Sport schuldig. Es gilt, den Blick nach vorne auszurichten. Das Allerwichtigste: Die Autonomie des Saarsports und das Sporttachtel sind erhalten geblieben, was maßgeblich wichtig für die Stabilität und die Zukunftsfähigkeit des LSVS ist. Sport muss wieder Sport sein und der Leuchtturm soll endlich wieder richtig leuchten. Das haben unsere Vereine und Verbände und alle Sportlerinnen und Sportler und der

gesamte Nachwuchs im Land verdient. Ich bin guter Dinge, dass uns das gelingen wird. - Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Herr Kollege Wagner. Das Wort hat nun der Abgeordnete Rudolf Müller für die AfD-Fraktion.

**Abg. Müller (AfD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der objektive Teil des Abschlussberichtes des Untersuchungsausschusses gibt die Ergebnisse der Untersuchung des Ausschusses sachlich korrekt wieder. Einige der Ursachen für das Entstehen des finanziellen Defizites beim LSVS liegen offenkundig weit vor dem Untersuchungszeitraum des Ausschusses und reichen zum Teil bis in die Achtzigerjahre und in die Ära Hermann Neuberger zurück. Diese konnten aber im Rahmen des Untersuchungsauftrages nicht näher beleuchtet werden.

Die wesentlichen Ursachen für das entstandene Defizit im Untersuchungszeitraum sind aus unserer Sicht an wenigstens drei Einzelpositionen festzumachen, aber auch an fehlerhaften internen Prozessen innerhalb des LSVS - wie wir schon ausführlich gehört haben -, die zum einen dazu geführt haben, dass finanzielle Fehlentwicklungen nicht erkannt oder schlimmstenfalls vertuscht worden sind, und zum anderen eine Unternehmenskultur befördert haben, die interne Kontrollmechanismen außer Kraft gesetzt hat. Das alles führte zu einem Verlust des Kostenbewusstseins und zu einer Wohlfühl- und Gefälligkeitspolitik, im Zusammenhang mit Mitarbeiter-einstellungen auch teilweise zu überhöhten Gehältern.

Neben den schon genannten Gründen und den hohen Personalkosten sind drei Hauptursachen zu nennen. Erstens: die ausufernden Kosten für die Multifunktionshalle, für deren Bau im Jahre 2011 ein Kredit in Höhe von 17 Millionen Euro aufgenommen wurde, wohingegen die Zuschüsse aus dem Konjunkturpaket lediglich 5 Millionen Euro betragen. Die Umschuldung im Jahre 2016 inklusive einer Vorfälligkeitsentschädigung und weiterer Kreditaufnahme für die Sanierung der Turnhalle hat zu einer erheblichen effektiven Mehrbelastung des LSVS beigetragen. Zweitens: der 2014 erfolgte Abschluss einer geänderten Vereinbarung aus einem Vertrag von 1982, wonach rückwirkend zum 01.01.2011 die unentgeltliche Lieferung von Fernwärme an den LSVS durch die Universität des Saarlandes entfiel. Dies führte zu einer strukturellen Mehrbelastung des LSVS von circa 400.000 Euro im Mittel der Jahre 2011 bis 2017, zusammen also etwa 2,8 Millionen. Drittens: Ein Planungsfehler in den Haushalten der Jahre 2009 bis 2017, wobei der Zuschuss aus der Sportplanungskommission von jährlich 550.000 Euro

(Abg. Müller (AfD))

sowohl im Haushaltsplan des LSVS als Einnahme als auch im Wirtschaftsplan der Hermann-Neuburger-Sportschule als Erlös berücksichtigt wurde, ohne dass der Betrag bei den Ausgaben an der Sportschule im Haushaltsplan eingeplant wurde.

Hinzu kommen grobe Verstöße gegen die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, was von Zeugen immer wieder klar benannt wurde, eine Buchhaltung, die nicht auf Transparenz, sondern auf Intransparenz und Verschleierung ausgerichtet war, wie es ein Wirtschaftsprüfer sehr deutlich ausdrückte. Der Untersuchungsausschuss hat im Prinzip im Laufe der Zeit kaum neue Erkenntnisse geliefert, die nicht schon recht früh zu Beginn seiner Tätigkeit bekannt gewesen wären.

Die Überreichung von 56 Schecks mit einem Gesamtvolumen von 55.000 Euro im Vorfeld der Landtagswahl 2017 durch den damaligen Präsidenten sowie durch Minister und Bürgermeister - fast alle von der CDU, auch einige von der SPD, damit es nicht so auffällt - ist ein geradezu klassisches Beispiel einer unredlichen Verquickung zwischen Politik und Sport im Saarland, ebenso der Prozess der Entscheidungsfindung über die Verwendung der Mittel aus dem sogenannten Verstärkungsfonds, in dem der damalige Präsident eine Mehrfachrolle gespielt hat. Diese unselige klügelhafte Verbindung zwischen Politik und Sport war auch der Nährboden für die Fehlentwicklungen innerhalb des LSVS, wo Strukturen entstanden, die letztlich nicht mehr in der Lage waren, ein Minimum an Kostenbewusstsein zu entwickeln. Es hat sich vielmehr ein System von Gefälligkeiten entwickelt, wie es in Unternehmen und Körperschaften ohne klare Verantwortlichkeiten leider häufiger und typischerweise der Fall ist, das Ganze auch noch wesentlich durch Toto und Lotto subventioniert.

Das vom Landtag beschlossene LSVS-Gesetz setzt an der richtigen Stelle an, Strukturen sind gestrafft und Verantwortlichkeiten klar geregelt. Eine gewisse Abnabelung von der Landespolitik ist einigermaßen gelungen und institutionalisiert. Eine Lehre aus dem Untersuchungsausschuss, der insgesamt leider mehr als 1 Million Euro gekostet hat, sollte auch sein, dass der mit dem LSVS-Gesetz begonnene Weg weiter beschritten werden muss, auch wenn das Land Hauptanteilseigner von Saartoto ist. So ist die Besetzung des Aufsichtsrates mit mehreren Ministern alles andere als glücklich und kann - ich betone: kann - unsachliche Begehrlichkeiten wecken. Kritisch wird es an dem Punkt, wo parteipolitische Interessen ins Spiel kommen, wie es bei der Affäre um die Schecks vor der Landtagswahl 2017 der Fall war. Das Land hat keinesfalls parteipolitische Interessen einzelner Regierungsparteien zu stützen, auch nicht über den Umweg einer Mehrheitsbeteiligung an einem Unternehmen.

Der Weg ist also begonnen und der Untersuchungsausschuss hat seinen Anteil daran. Er muss jedoch weitergegangen werden. Dazu gehört als nächster Schritt, die hochbezahlten Geschäftsführerposten bei Saartoto nicht mehr paritätisch nach Parteizugehörigkeit an verdiente Parteisoldaten zu verteilen, sondern nach der erforderlichen Qualifikation auszu-schreiben. Auch muss es keine zwei Geschäftsführer - einen von der CDU, einen von der SPD - mit jeweils 18.000 Euro im Monat geben. Ein einziger Geschäftsführer mit so einem Gehalt muss genügen, dann bleibt auch mehr für den Sport. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat nun die Kollegin Petra Berg für die SPD-Fraktion.

**Abg. Berg (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon viel über die Arbeit des Untersuchungsausschusses gehört, deshalb ist es mir sehr wichtig, eingangs etwas klarzustellen: Der Untersuchungsausschuss selbst hat keine strafrechtlichen Ermittlungen angestellt. Selbstverständlich haben wir zur Kenntnis genommen, dass Urteile und Entscheidungen gefallen sind. Aber der Untersuchungsausschuss wurde eingesetzt, um das öffentliche Interesse daran zufriedenzustellen und Hintergründe und Zusammenhänge zu erfahren und darzustellen. Deshalb wurde auch die Staatsanwaltschaft, insbesondere Herr Oberstaatsanwalt Uthe, mehrmals als Zeuge vernommen.

Ich will hier auf drei Fragen darüber eingehen, was aus meiner Sicht die wesentliche Aufgabe des Untersuchungsausschusses war: Gab es ein System, das zu dieser Schieflage führte? Gab es parteipolitische Einflussnahme? Und zum dritten: Wie war es mit der Transparenz der Mittelvergabe, der Kontrolle und der Verwendung der finanziellen Mittel?

Zur ersten Frage, die beantwortet werden muss: Welches System hat zu dieser eklatanten finanziellen Schieflage im LSVS geführt? Wer hat es aufs Gleis gesetzt und wer hat es gefördert? Aufgeflogen ist die Schieflage im Oktober 2017, als die Universität gegen den LSVS Forderungen aus einem Fernwärmeliefervertrag in Höhe von jeweils 500.000 Euro für die Jahre 2015 und 2016 geltend gemacht hat. Es dauerte jedoch bis Dezember 2017, bis das Debakel seinen Weg an die Öffentlichkeit fand. Während der Öffentlichkeit Ende 2017 noch vorge-spiegelt wurde, das Defizit belaufe sich gerade mal auf 500.000 Euro, lag das tatsächliche Defizit damals schon bei über 13 Millionen Euro.

(Abg. Berg (SPD))

Bereits im Jahr 2011 war die defizitäre Situation dem damaligen Präsidenten Meyer bekannt. Das hat eine Zeugenaussage im Untersuchungsausschuss bestätigt. Die Zeugin hat ausgesagt - ich darf zitieren: Der Präsident hat getobt, als er erfahren hat, dass der Hauptgeschäftsführer 1 Million Euro an Saartoto zur Rückführung der Darlehensverbindlichkeiten überwiesen hat. - Es war dem Präsidenten also bekannt. Trotz dieser Kenntnis wurden überhaupt keine Gegenmaßnahmen getroffen, um den LSVS finanziell zu stabilisieren. Im Gegenteil: Der Gutachter Harz hat festgestellt, dass mindestens seit 2009 die Repräsentation über die Interessen des Sports gestellt wurde. So wurden Weihnachtsgeschenke, Betriebsausflüge, Empfänge und Weihnachtsfeiern finanziert. Es wurden sogar die „Liebesromantage“ des Präsidenten Meyer in Sulzbach mit Sportmitteln finanziert.

Es gibt weitere, sehr konkrete Beispiele für eigenmächtige Verfügungen über Finanzmittel des Saarsports in diesem Feudalsystem. In den Jahren 2009 bis 2017 wurden zinslose Darlehen in Höhe von rund 240.000 Euro an Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des LSVS und der Hermann-Neuberger-Sportschule ausgezahlt. Der Leiter der EDV Marx, Arbeitnehmer des LSVS, stellte seinem Arbeitgeber insgesamt 163.000 Euro für seine eigene Computerfirma in Rechnung. Aus dem Sonderfonds LSVS erfolgten in den Jahren 2012 bis 2017 Barzahlungen an ein Präsidiumsmitglied für Literatur, Unterrichtsmaterialien, für Kfz-Versicherung, Kfz-Steuern und auch für EDV-Geräte, die allesamt - so wurde im Untersuchungsausschuss festgestellt - keinen Bezug zu Zwecken des Sports aufwiesen. Allein die Verabschiedung des ehemaligen Präsidenten Meyer schlug mit 19.000 Euro zu Buche, wohlgemerkt in einer Zeit, in der die defizitäre Lage des LSVS schon bestand. Auch nach dem Wechsel des Präsidenten 2014 setzte sich dieser eigenmächtige, das geltende Recht missachtende Umgang mit den finanziellen Mitteln des Saarsports fort.

Die saarländischen Turnerinnen und Turner kämpften jahrelang für die Sanierung ihrer maroden Bogenturnhalle. Die Aufstockung der Kredite um 3 Millionen Euro sollte dies endlich ermöglichen. Doch statt zur Sanierung der Halle wurde das Geld zweckwidrig und ohne ordnungsgemäßen Beschluss für die laufenden Aufwendungen und Liquiditätsengpässe verwandt. Dieses System, durch Kredite fehlende Liquidität auszugleichen, belastete bereits seit 2011 die Haushalte des LSVS. Und auch der Umgang mit den Personalausgaben hatte System: Die Personalausgaben stiegen von 2009 bis 2017 von rund 2,7 Millionen jährlich auf 3,5 Millionen Euro jährlich. Allein 15 Angestellte des LSVS bezogen je ein Arbeitsentgelt von 80.000 Euro pro Jahr, was den Bezügen eines Landgerichtspräsidenten entspricht, darunter auch der Koch der Mensa.

Kommen wir zur zweiten Frage. Gab es eine parteipolitische Einflussnahme auf die Institutionen des Sports? Im Untersuchungszeitraum waren Ämter und Funktionen in Personalunion besetzt, was sicher nicht einen unbeeinflussten Umgang mit dem Saarsport gewährleistete. Der Präsident des LSVS war zugleich Präsident des Landtages. Die die Rechtsaufsicht innehabenden jeweiligen Sportminister überwachten die ordnungsgemäße Haushaltsführung des LSVS und waren zugleich als Aufsichtsratsvorsitzende der Saarland Sporttoto GmbH zuständig für die Zuweisung der finanziellen Mittel an den LSVS. Die Reform des LSVS hat diese Fehler behoben.

Die Staatsanwaltschaft hat im Untersuchungsausschuss eine parteipolitische Einflussnahme bestätigt, dies insbesondere am Beispiel der Verwendung der sogenannten Verstärkungsfonds. Herr Flackus, darauf muss ich zu sprechen kommen, weil Ihre Darstellung hier nicht so ganz der Feststellung im Untersuchungsausschuss entsprochen hat. Der Fonds wurde durch die Saarland Sporttoto GmbH eingerichtet, um Anliegen und Bereiche in Sport und Kultur zu fördern. Der Aufsichtsrat sollte über die Verwendung der Gelder durch Einzelfallbeschlüsse entscheiden. Tatsächlich aber wurden die Gelder durch Präsident Meiser über Schecks an die Vereine gelenkt. Im Bereich Kultur hat die Vergabe der Verstärkungsfonds wohlgemerkt ordnungsgemäß funktioniert. Das haben wir im Ausschuss gehört, aber mit den Schecks war es so: 75 Prozent der Schecks - das stimmt - wurden im Zeitraum November 2016 bis März 2017 überreicht. Die Landtagswahl war, wir erinnern uns, am 26. März. Dabei übergaben Mitglieder unseres Koalitionspartners 79 von 81 Schecks. Das muss an dieser Stelle gesagt werden. Herr Flackus, da war Ihre Darstellung nicht so ganz richtig. Die Staatsanwaltschaft formulierte in diesem Zusammenhang, ich darf zitieren: Diese Handhabe lässt vermuten, dass bei der Übermittlung der Schecks die Parteizugehörigkeit statt der Zuwendung durch den Verstärkungsfonds eine größere Rolle gespielt hat. Im Rahmen der staatsanwaltlichen Ermittlungen wurde zudem zweifelsohne festgestellt, dass die Schecks der politischen Landschaftspflege dienten und zu Zwecken des Landtagswahlkampfes missbraucht wurden. Das ist in den öffentlichen Protokollen des Untersuchungsausschusses nachzulesen. Das hat im Übrigen auch der Hauptgeschäftsführer Paul Hans in seiner Zeugenvernehmung im Juni letzten Jahres so ausgesagt.

Damit bleibt die dritte Frage zu beantworten. Wie war es mit der Transparenz, der Kontrolle und der Verwendung der finanziellen Mittel? - Ja, es gab keine Nachvollziehbarkeit der Geldflüsse, es gab eine völlig falsche Kontoführung, es wurde alles über ein einziges Konto gebucht und Eigenmächtigkeiten und ein Feudalsystem führten zu einer systematischen



(Abg. Berg (SPD))

Verschleierung der finanziellen Situation. Notwendige Kontroll- und Aufsichtsorgane funktionieren nicht. Neben der Rolle des Präsidenten wurde auch die Rolle der Präsidiumsmitglieder überprüft. Der Gutachter hat ein umfangreiches Gutachten erstellt, das vollumfänglich in den Untersuchungsausschuss eingeführt worden war. Dass jedes Mitglied für sich in der Lage war, die Anzeichen und Auffälligkeiten der Fehlentwicklung zu erkennen, konnte nicht festgestellt werden. Denn, so schreibt der Gutachter, Voraussetzung hierfür seien ein gewisser Sachverstand und betriebswirtschaftliche Kenntnisse, die bei der Ausübung des Amtes sicher nicht geschadet hätten. Ich stelle also infrage, ob es für jeden und jede erkennbar war. Ich gebe Ihnen aber recht, dass eine wirksame Kontrolle nicht stattgefunden hat.

Im objektiven Teil des Abschlussberichtes ist jedenfalls festgestellt, dass die Rechtsaufsicht die Haushaltspläne und Jahresabschlüsse auch überprüft hat. Zeugen haben bestätigt, dass die Rechtsaufsicht Zugang zu den einschlägigen Berichten hatte, die konstant erhebliche Bilanzverluste zwischen 300.000 Euro und 8 Millionen Euro auswiesen. Auch in den Jahresabschlüssen wurden stets sehr hohe Verbindlichkeiten ausgewiesen, die einen Rückschluss auf Haushaltsdefizite geradezu aufdrängten. Hier haben die Kontrollorgane versagt. Natürlich wird das alles auch in den kommenden Jahren Auswirkungen haben, denn die Verbindlichkeiten müssen zurückgeführt werden. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sanierung zeigt erste Wirkungen. Die finanzielle Lage des LSVS ist wieder stabil. Für mich ist noch wichtiger, dass sie transparenter und kontrollierter ist. Dazu hat parallel zur Arbeit im Untersuchungsausschuss auch der Lenkungsausschuss beigetragen. Herr Kollege Wagner hat es schon erwähnt. Christian Seel, Jürgen Barke, Alexander Funk und Stefan Pauluhn haben Entscheidungen auf den Weg gebracht, die den LSVS finanziell stabilisieren, sanieren und die Grundlagen für eine wirkliche Erneuerung legen.

Das in diesem Ausschuss erarbeitete neue Gesetz für den LSVS wurde im Landtag einstimmig beschlossen. Das Sporttachtel, das in diesem Jahr mit rund 14,4 Millionen Euro für den Saarsport zur Verfügung steht, konnte dadurch in die Zukunft gerettet werden. Der Saarsport verfügt damit über ein Finanzierungsmodell, um das unser Landessportverband bundesweit beneidet wird. Dafür einen herzlichen Dank auch von unserer Seite an den Lenkungsausschuss.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Durch die bitter notwendig gewordene Reform des LSVS und die gelungene Sanierung, die der Konsolidierungsbeauftragte Blank im ersten Quartalsbericht vor dem Finanzausschuss des saarländischen Landtages vor zwei Wochen bestätigt hat, ist der Saarsport neu aufgestellt und kann in eine gute Zu-

kunft blicken. Für uns als SPD-Fraktion stellt eine am Gemeinwohl orientierte Sportförderung eine herausragende gesellschaftliche Aufgabe dar, die größtmögliche Unterstützung verdient, jedoch niemals zum Spielball parteipolitischer Interessen gemacht werden darf. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Autonomie des Saarsports gewahrt bleibt, dass sie von politischer Einflussnahme verschont bleibt, aber auf politische Unterstützung vertrauen kann. Denn politische Unterstützung braucht der Saarsport, um eine gute finanzielle Basis zu haben und Krisenzeiten zu meistern. In Krisenzeiten wie aktuell setzt sich die SPD-Fraktion für eine gute Öffnungsperspektive im Sport ein. Das ist unser Versprechen, denn insbesondere Kinder, Jugendliche, aber auch ältere Menschen leiden unter Bewegungsmangel, gesundheitlichen Beeinträchtigungen und fehlender sozialer Teilhabe, die der Sport bietet. Für uns heißt das: politische Unterstützung? - Ja! Politische Einflussnahme? - Nein! Das ist der Weg in die Zukunft für unseren Saarsport. - Vielen Dank.

(Beifall von der SPD.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Berg. - Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist bereits deutlich nach 15.30 Uhr, der vereinbarten Schlusszeit für die heutige Sitzung. Entsprechend dem Beschluss des Erweiterten Präsidiums werden wir die heutige Plenarsitzung jetzt beenden. Die noch nicht behandelten Tagesordnungspunkte 10, 13, 14, 15 und 16 werden auf die nächste Plenarsitzung verschoben. Ich wünsche Ihnen allen noch einen schönen Nachmittag und Abend. Ich schließe die Sitzung.